CDU entkernt S. 8

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 23 – 11. Juni 2011

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Beim Atomstopp regelrecht vorgeführt: FDP-Chef Rösler hatte gegen Merkel keine Chance

Bild: dapd

Mit dem Rücken zur Wand

Für die FDP entwickelt sich die Koalition mit Angela Merkel zur Todesfalle

In der Energiewende spielte Kanzlerin Merkel die Liberalen abermals gnadenlos an die Wand. Für die FDP stellt sich langsam die Koalitionsfrage.

Mit derselben Unbeirrtheit, mit welcher Angela Merkel alle Verträge zur Stabilität des Euro oder die Wehrpflicht über den Haufen warf, hat die CDU-Chefin mit dem Atomausstiegsgesetz auch die bisherige Energiepolitik ihrer Partei begraben. Dies geschah wie in den anderen Fällen erstaunlicherweise ohne nennenswerten Protest aus den eigenen Reihen. Einzig die FDP leistete bis zuletzt hinhaltenden Widerstand. Die Liberalen versuchten vor allem, ein Minimum an Flexibilität in den Ausstiegsbeschluss zu bringen.

Dabei wussten sie Experten aus dem Energiesektor auf ihrer Seite: Der Chef der halbstaatlichen Deutschen Energie-Agentur (Dena), Stepan Kohler, spricht angesichts der Behauptung, die abrupte Energiewende gebe es beinahe zum Nulltarif, von „Schönrednerei". Um Engpässe und Preisexplosionen zu verhindern, wollten die Liberalen daher späteren Regierungen eine gewisse Bewegungsfreiheit hinterlassen, ohne am Ausstieg an sich zu rütteln.

> Die Kanzlerin lässt den Liberalen keinen Millimeter

Vergeblich: Merkel schickte ihren Umweltminister Norbert Röttgen vor, um alle blaugelben Einwände vom Tisch zu fegen. Kommentatoren sprechen von einem Beschluss, der nicht von Pragmatismus, sondern von Ideologie geprägt sei. Am Ende war es ausgerechnet das rot-grün regierte Nordrhein-Westfalen, das Bedenken hinsichtlich bezahlbarer Energie für die Industrie geltend machte. Auch diese Mahnung verhallte im Kanzleramt.

Die Liberalen mussten erneut die bittere Erfahrung machen, dass die Kanzlerin nicht bereit ist, dem Koalitionspartner auch nur einen Millimeter Entfaltungsmöglichkeit zu überlassen. Im Gegenteil: In den Verhandlungen wurde der kleine Partner regelrecht vorgeführt. FDP-Chef Philipp Rösler wurde keine Chance gegeben, seine Kompetenz als Wirtschaftsminister auch nur ansatzweise in die Waagschale zu werfen.

Für die Freien Demokraten dürfte nach der abermaligen Abkanzelung der Zeitpunkt gekommen sein, über die Zukunftsfähigkeit dieser Koalition nachzudenken. Unübersehbar steuert Merkel in Richtung Schwarz-Grün. Der Eindruck wird unterstrichen von der starken Rolle, welche sie ihrem bekanntermaßen schwarz-grün gepolten Umweltminister einräumt.

Beim Versuch, wieder eigenes Profil zu gewinnen, fällt den Liberalen allerdings ihr Versagen angesichts der ordnungspolitischen Sünden in der sogenannten Euro-Rettungspolitik auf die Füße. Möglicherweise haben sie bei ihrem Rostocker Parteitag (*PAZ* berichtete) die letzte Gelegenheit verspielt, auf diesem Feld zum Sprecher einer deutschen Mittelschicht zu werden, die atemlos zusieht, wie die Stabilität ihres Geldes unter europhilen Allerweltsfloskeln verjubelt wird. *Hans Heckel*

(Siehe auch Kommentar zur Lage der CDU auf Seite 8.)

Leitartikel:

Euroshima

Dieter Späthmann (85) war achtzehn Jahre Vorstandsvorsitzender der Thyssen AG. Er gilt als Vater des Transrapid. Der Jurist und Volkswirt hat eine Klage beim Bundesverfassungsgericht wegen der Milliardenhilfe für Griechenland eingereicht. Er schreibt zum Euro-Desaster, dass niemand die eigentlichen Euro-Schäden für Deutschland erwähne, die sich seit dessen Einführung 1999 ereignen, jedes Jahr wieder. Er nennt den Mehrzins, den deutsche Kreditnehmer zahlen müssen, um die Zinsen der EU-Südländer zu subventionieren. Es sei ein erklärtes Ziel des Euro gewesen, den Minderleistern die Kapitalkosten zu senken, damit diese ihre Produktivität verbessern und zu Deutschland aufschließen können. Ergebnis sei allerdings keine Produktivitätsverbesserung, sondern Konsumhilfe und weitere Verschuldung bei den Südländern. Späthmann ist fassungslos, dass die Bundesregierung das Geschehen um den Euro für richtig hält und der Bundestag alles abnickt. Er fordert, dass Deutschland zum Vor-Euro-Status zurückkehre und eine Revision der EU anmahne. Deutschland müsse mit seinen natürlichen Standortkosten Wettbewerb betreiben können, um die damit verbundenen niedrigen Kosten am Markt zur Geltung zu bringen. Mit den Rettungsschirmen müsse Schluss sein. Sie bewirkten bei den betroffenen Volkswirtschaften, die allesamt durch den für sie überhöhten Außenkurs des Euro partiell wettbewerbsunfähig geworden sind, keine Besserung der Wettbewerbsfähigkeit, sondern schonten nur die fremden Gläubiger fremder Staaten. Er beziffert die Kosten Deutschlands am Euro bisher mit 2500 Milliarden Euro. *W. v. G.*

Pleite und kein Ende

Griechenland erhält weitere Milliarden aus EU-Hilfsprogramm

Griechenland kann seine Schulden – die täglich mehr werden – nicht mehr bedienen. Gleichwohl werfen EU und EZB weiterhin gutes Geld den notleidenden Krediten hinterher. Die Verantwortlichen auf der europäischen Ebene sprechen von einer Euro-Krise, tatsächlich aber handelt es sich um eine Schuldenkrise einiger Euroländer. Seit bald anderthalb Jahren will man den Menschen im EU-Raum weismachen, in Griechenland gäbe es nur eine momentane Liquiditätsklemme. Die EU-Solidargemeinschaft müsse nur mit Krediten und niedrigen Zinsen ein wenig helfen. Schon 2012 könne sich Griechenland wieder an den Finanzmärkten refinanzieren. Diese Illusion ist geplatzt. Warnungen von Wirtschaft und Wissenschaft wurden von der politischen Klasse in den Wind geschlagen. Im Mai vorigen Jahres wurde der „Euro-Rettungsschirm" (Hilfsprogramm) für Griechenland in Höhe von 110 Milliarden Euro gezimmert. In zwei Wochen wird Athen eine weitere Abschlagsumme von 12 Milliarden Euro aus diesem Programm erhalten, obwohl die Griechen das harte Sanierungsprogramm von EZB und IWF nur teilweise erfüllt haben.

> »Sanktionierte Konkursverschleppung«

Ohne die jetzt zugesagte Zahlung wäre Griechenland Anfang Juli zahlungsunfähig. EU und EZB schlagen vor, Athen einen weiteren Kredit (Rettungsschirm) in Höhe von 60 bis 80 Milliarden Euro zu gewähren. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" nennt dies eine „europäisch sanktionierte Konkursverschleppung". Am Beginn der verhängnisvollen Entwicklung stand der Bruch des Maastrichter Vertrages. Entgegen den Festlegungen dieses Vertrages wurde Euroland eine Transferunion. EZB-Präsident Jean-Claude Trichet hatte unter Missachtung des EZB-Statutes daran entscheidenden Anteil. Deutschland belohnt ihn für seine Antistabilitätspolitik mit dem Aachener Karlspreis. *W. v. Gottberg*

Kassen droht Massenpleite

Gesundheitsreform ruiniert gesetzliche Krankenversicherung

Der Dachverband der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) hat nach der Schließung der City BKK „vermehrte Anhaltspunkte für eine potenzielle Gefährdung" bei 23 weiteren Krankenkassen. Das ergeben interne Schätzungen, aus denen die Zeitung „Wirtschaftswoche" zitiert. Demnach sind bis zu 28 Millionen Menschen betroffen. Sollte eine Pleite in diesem Ausmaß eintreffen, müssten insgesamt 40 Prozent aller Versicherten wechseln, rechnet die Zeitung vor. Rund 147 Krankenkassen gibt es derzeit. Welche Versicherungen knapp bei Kasse sind, machte der Verband GKV nicht öffentlich.

In Ballungsgebieten drohen aufgrund teurer Gesundheitsversorgung offenbar besonders viele Insolvenzen. Gesundheitsexperten kritisieren derweil, dass die Kassen ihre Bilanzen nicht vollständig offenlegen müssen. Wegen dieser Freiheiten bei der Ausweisung von Einnahmen und Ausgaben haben Versicherte kaum die Möglichkeit herauszufinden, ob sie auch bald betroffen sind, so die Kritik.

> 28 Millionen Versicherte betroffen

Grund für die schlechte Finanzlage mancher Kassen ist neben teils anteilig hohen Verwaltungskosten vor allem die letzte Gesundheitsreform. Zwar dürfen die Kassen seither einen Zusatzbeitrag von acht bis 37,50 Euro erheben, um ihre Kosten zu decken, dieser darf aber ein Prozent vom monatlichen Bruttoeinkommen nicht übersteigen.

Ein Negativwettbewerb um möglichst wenig Zusatzbeitrag treibt jetzt die Kassen tiefer in die Krise: Die Deutsche BKK verlor nach Einführung eines Zusatzbeitrags von acht Euro pro Monat rund 140 000 Mitglieder, das sind 15 Prozent ihrer Kunden. Die Folge: „In ein bis zwei Jahren wird die Finanzierung der gesamten GKV wieder zur Disposition stehen", sagt Steffen Hehner, Partner bei der Unternehmensberatung McKinsey, gegenüber der „Wirtschaftwoche". *SV*

MELDUNGEN

Solarhersteller in Bredouille

Berlin – Deutsche Hersteller von Fotovoltaikanlagen könnten zum Verlierer der Energiewende werden, weil sie auf die Konkurrenz aus Fernost nicht vorbereitet sind. Begünstigt durch hohe staatliche Subventionen, haben die meisten Unternehmen es versäumt, rechtzeitig Kosten zu senken und neue Märkte zu erschließen. „Zu langsam und zu einfallslos“, ergab eine Expertenanalyse der Berliner Hochschule für Technik und Wirtschaft (HTW). Chinesische Hersteller, die fast ausschließlich für den Export produzieren, behandeln Deutschland als wichtigsten Zielmarkt. Inzwischen stammt fast die Hälfte der neu installierten Solarstromanlagen aus China – mit stark steigender Tendenz. Als Folge weltweiter Überkapazitäten sagt die HTW-Analyse einen „massiven Verdrängungswettbewerb“ voraus. Milliardensubventionen würden den „überfälligen Ausleseprozess“ nur weiter verzögern. *CR*

Einreiseverbot für Westpolitiker

Minsk – Weißrussland will Vertretern der Europäischen Union sowie der USA künftig die Einreise verweigern. Das bestätigte das belarussische Außenministerium nach Informationen der Minsker oppositionellen Internetplattform Charter.org. Nach inoffiziellen Angaben führen die Behörden in Minsk eine Liste von über 150 Personen, die in Weißrussland unerwünscht sind. Darauf soll sich auch der Vorsitzende des Europäischen Parlaments, Jerzy Buzek, befinden, der als scharfer Kritiker des Lukaschenko-Regimes hervorgetreten ist. Die EU hatte nach den blutig niedergeschlagenen Protesten gegen die manipulierte Präsidentschaftswahl am 19. Dezember 2010 alle Kontakte nach Minsk abgebrochen. Gegen 180 Lukaschenkotreue Politiker und Beamte wurde ein Einreiseverbot verhängt und dieses unlängst noch auf weitere Personen ausgedehnt. *CR*

Auf dem Weg in »gerechtfertigte« Kriege

Bundesverteidigungsminister will Einsätze der Bundeswehr von nationalen Interessen abkoppeln

Auf dem Kirchentag in Dresden hat Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière eine gute Figur gemacht. In einer Diskussion mit dem EKD-Vorsitzenden Nikolaus Schneider rang er um die Vereinbarkeit von Bundeswehr-Einsätzen und christlicher Friedensethik. Schneider hatte ihm zuvor vorgeworfen, durch die Neuausrichtung der Streitkräfte zur Einsatzarmee „Kanonenbootpolitik in neuer Form“ zu betreiben. Auslöser der Debatte waren de Maizières Äußerungen über die mögliche Ausweitung der Auslandseinsätze.

Dass die Bundeswehr mit weiteren Einsätzen im Ausland rechnen muss, hatte der Minister bereits Ende Mai in seiner Regierungserklärung angekündigt. Es müsse selbstverständlich sein, dass Deutschland die internationale Verantwortung übernehme, „die wir uns zutrauen, die man uns zutraut und die man von uns erwartet“. Das sei „Ausdruck nationalen Selbstbehauptungswillens und staatlicher Souveränität“ und „mehr, als bisher in Deutschland bekannt und wohl auch akzeptiert“ sei. Deutschland habe den Anspruch, ein verlässlicher Partner in Europa und der Welt zu sein. Wer das Maß deutscher Verantwortung festlegt und wer bestimmt, wodurch diese Verlässlichkeit bewiesen wird – die Bundesregierung, Washington, die EU oder die Vereinten Nationen –, ließ der Minister allerdings offen.

Was auf die deutschen Soldaten zukommen könnte, machte de Maizière in einem Interview mit der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ deutlich. Wegen der Rolle Deutschlands in der Welt könne es auch zu Einsätzen in Ländern kommen, wo Deutschland keine unmittelbare Interessen habe. Er kann sich sogar vorstellen, wo das demnächst sein könnte: im Sudan, im Jemen, in Somalia oder auch in Pakistan. Die Erfahrungen in Afghanistan seien kein Grund, solche Einsätze auszuschließen. Gerade die Nennung Pakistans als möglicher Einsatzort lässt aufhorchen, denn ein dortiger Konflikt könnte schnell internationale Ausmaße annehmen. Offensichtlich hat de Maizière vergessen, dass China dem Land zugesagt hat, es zu verteidigen, sollte es, unter welchen Umständen auch immer, angegriffen werden. Damit könnte sich die Bundeswehr, sollte das vom Verteidigungsminister ausgemalte Einsatzszenario Wirklichkeit werden, unversehens in einem Krieg wiederfinden, der diese Bezeichnung in jedem Fall verdient und ungeahnte Folgen für Deutschland haben würde. Dementsprechend verwundert zeigt sich auch der Vorsitzende des Bundeswehrverbandes, Ulrich Kirsch. Er warnt davor, mögliche Einsatzländer konkret anzusprechen und dabei „den Bogen zu Afghanistan zu spannen“. Denn, so Kirsch weiter, das Ergebnis in Afghanistan sei „ja nicht so ganz gut“. Außerdem fordert er,

> »Entscheidungen, wo keiner mit sauberen Händen herauskommt«

Auslandseinsätze, die nicht im nationalen Interesse lägen, ausgiebig zu debattieren.

Die ambitionierten Vorstellungen des Ministers von den zukünftigen Einsatzszenarien stehen jedoch kaum in Einklang mit der Bundeswehrplanung. Nicht mehr Geld und mehr Soldaten sollen die Streitkräfte bekommen, sondern sie sollen sparen und reduzieren. De Maizière setzt das fort, was sein Vorgänger angeschoben hat. Allerdings vermeidet er dabei das Wort Reform, denn er weiß, dass die Soldaten, für die der stete Wandel in den vergangenen Jahren Alltag war, darauf mittlerweile allergisch reagieren. So spricht de Maizière lieber von einer „Neuausrichtung“ der Bundeswehr. Viel Neues ist in seiner Beschreibung der Herausforderungen und Aufgaben der Bundeswehr indes nicht zu finden. Vielmehr stehen die Richtlinien zur Reduzierung der Truppe in Kontinuität zu früheren Grundsatzdokumenten. Neu ist dagegen der Stil, in dem de Maizière den Umbau der Bundeswehr angeht. Im Gegensatz zu seinem Vorgänger, der mit kühnen Vorschlägen schnell bei der Hand war, ohne Machbarkeit oder Konsequenzen zu bedenken, steht de Maizière eher für bedächtiges Verwaltungshandeln. Statt unrealistische Wunschvorstellungen zu verfolgen, will er solide Strukturen schaffen.

Dennoch hat er die Etatfolgen vermehrter Einsätze nicht bedacht und es versäumt, für die solide Finanzierung einer Bundeswehr im Dauereinsatz zu sorgen. Er konnte oder wollte nicht durchsetzen, dass die Streitkräfte zusätzliche Mittel bekommen, wenn Regierung und Parlament weitere Einsätze beschließen. So muss die Truppe diese zusätzlichen Belastungen aus dem Bestand finanzieren. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Rainer Arnold, hält das Sparziel von 8,3 Milliarden Euro daher für nicht realisierbar. Er kritisiert, dass der Minister nicht darlege, wie er dieses „fiskalische Loch“ aufzulösen gedenke.

Beim Kirchentag in Dresden gab sich der bekennende Christ de Maizière friedliebend, ohne dabei von seinen Positionen abzuweichen. Als wichtiges Land in der Welt, das seinen Wohlstand aus der Welt und im Handel mit ihr verdiene, müsse Deutschland auch Verantwortung in internationalen Konflikten übernehmen, so der Minister auf den Vorwurf der „Kanonenbootpolitik“. Ein militärisches Eingreifen könne er sich aber nur unter Einhaltung strenger Kriterien bei Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit vorstellen. Man dürfe nicht von einem „gerechten“ Krieg, sondern nur von einem „gerechtfertigten“ Krieg sprechen. Man habe es mit Entscheidungen zu tun, „wo keiner mit sauberen Händen herauskommt“. Am Ende der Veranstaltung bekam de Maizière tosenden Applaus. Noch vor wenigen Jahren hätte man ihn hier vom Podium gepfiffen, jetzt gefiel den Kirchentagsbesuchern, was er sagte und wie er es sagte. Allein die Tatsache, dass de Maizière vor diesem Publikum seine Perspektive von Politik darlegen konnte, kann er als Erfolg verbuchen. *Jan Heitmann*



Schwarz-Rot-Gold weht über der Wüste: Hier in Afghanistan, bald auch im Jemen oder in Pakistan? Bild:mauritius

Die Schulden-Uhr: Ausländer sollen helfen

Griechenland soll im Gegenzug für neue Kredithilfen 50 Milliarden Euro aus dem Verkauf staatlicher Immobilien und Unternehmen erlösen. Da selbst EU und IWF Zweifel daran haben, dass die griechische Regierung diesen Verkauf gegen innenpolitische Widerstände durchsetzen kann, wollen beide eigene Mitarbeiter in das überschuldete Land entsenden. Die Idee hierzu stammt von dem Vorsitzenden der Euro-Gruppe, dem luxemburgischen Premier Jean-Claude Juncker, und Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble. Allerdings werden diese Beamten wohl kaum derart gut motiviert sein wie ihre Gegner in den zur Privatisierung anstehenden staatlichen Betrieben. Zu atemberaubend sind dafür deren Privilegien.

1.957.011.612.168 €

Vorwoche: 1.955.608.677.992 €
Verschuldung pro Kopf: 23.954 €
Vorwoche: 23.936 €

(Dienstag, 7. Juni 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Vitaminbonbon für Wutbürger«

Evangelischer Kirchentag von Grünen politisch instrumentalisiert

Zum 33. Evangelischen Kirchentag kamen am vergangenen Wochenende 120000 Dauerteilnehmer in Dresden zusammen. Das waren so viele wie seit 16 Jahren nicht mehr. Die Sonne schien und die Kirchentagsregie war fest in der Hand der Grünen, die das Christentreffen zu einem „Vitaminbonbon für Wutbürger“ umgestalten wollten. Von Theologie und Glauben wurde am Dresdener Elbufer wenig gesprochen, dafür umso mehr von der Weltpolitik. Kirchentagspräsidentin Katrin Göring-Eckardt (Grüne) meinte, in Dresden habe der „erste echte wiedervereinigte Ost-West-Kirchentag“ stattgefunden. Im Vorfeld des Kirchentages war die Befürchtung laut geworden, Dresden sei eine „glaubensfreie Zone“, weil so wenige Sachsen evangelische Kirchenmitglieder sind. Dem hielt Göring-Eckardt entgegen, sie sei selbst zuweilen eine Zweiflerin und freue sich über die „offenen Arme der Zweifler“.

Beim Abschlussgottesdienst, bei dem einige Teilnehmer gleichzeitig in der Elbe badeten, forderte die Frankfurter Pfarrerin Ulrike Trautwein „Gerechtigkeit für alle Menschen auf der Welt“. Sie warnte zugleich vor dem Streben nach Reichtum und Kriegen. Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel spannte in Dresden den ganz großen Bogen und forderte die Reform des UN-Sicherheitsrates. Bundespräsident Christian Wulff warb in einer Diskussion mit Migranten für „Offenheit für Fremdes und Fremde“. Offene Gesellschaften würden sich besser entwickeln als geschlossene, behauptete das Staatsoberhaupt. Der

> Linkspolitische Themen beherrschten die Veranstaltung

ehemalige CDU-Generalsekretär Heiner Geißler schließlich lobte die Energiewende und den geplanten Atomausstieg.

Begründungen aus Bibel und Theologie, dem einstigen Markenzeichen des Protestantismus, fehlten meist bei diesen weltpolitischen Ausflügen. Dafür machte sich der „Arbeitskreis Hexenverbrennung“ aus Unna für eine Rehabilitierung der bis ins 18. Jahrhundert etwa 50000 ermordeten Frauen stark. Die Resonanz auf diese Forderung blieb jedoch gering.

Mehr Aufmerksamkeit erregte dagegen die aktuelle Afghanistan-Politik. Die Ex-EKD-Chefin Margot Käßmann prangerte den deutschen Waffenhandel an und wiederholte ihre schon im Januar 2010 geäußerte Meinung, dass Beten für die Taliban besser sei als das Bombardieren. Dem hielt Bundesverteidigungsminister Thomas de Maizière entgegen, dass Beten für Täter und Opfer gleich welcher Nation richtig und sinnvoll sei. „Allerdings ersetzt das Gebet nicht praktische Politik.“ Die Bundeswehr werde ihren Einsatz in Afghanistan unvermindert fortsetzen; vor Gewalt dürfe man nicht weichen.

Dass der Kirchentag von linkspolitischen Themen beherrscht war, ist kein Zufall. Nicht nur die Präsidentin kommt von den Grünen, auch die Generalsekretärin Ellen Ueberschär ist seit 2002 Mitglied der Grünen-Akademie der Böll-Stiftung. Gleichzeitig leitet der frühere sächsische Landesgeschäftsführer der Grünen, Hubertus Grass, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Kirchentages. Selbst der seit 2004 in Sachsen amtierende evangelische Landesbischof Jochen Bohl zählte als Gastgeber zum grünen Urgestein, denn er war bis 1993 stellvertretender Landessprecher der saarländischen Grünen. *Hinrich E. Bues*

Kakofonie

Katholische Reformdebatte stockt

Der von den katholischen Bischöfen zur Krisenbewältigung des Missbrauchskandals ausgerufene fünfjährige Dialogprozess droht sich ins Gegenteil zu verkehren.

Der Freiburger Professor Michael N. Ebertz beobachtete bereits „geradezu kakofone Ausmaße“ des innerkirchlichen Dialoges. Seit Monaten sieht sich der Vorsitzende der katholischen Bischofskonferenz, Erzbischof Robert Zollitsch, einem Trommelfeuer von kritischen Äußerungen prominenter Publizisten, Professoren und Philosophen ausgesetzt. Sie protestieren gegen die Zielsetzung der „Dialoginitiative“ von Bischofskonferenz und katholischem Zentralkomitee (ZDK).

> Trommelfeuer kritischer Publizisten

Die gewünschte Reformdebatte um die Weihe von „bewährten verheirateten Männern“ zum Priesteramt, von Frauen zum Diakonat und mehr innerkirchliche Demokratie droht im Keim zu ersticken. Gläubige empören sich in Briefen, E-Mails und im Internet über die „aggressive Anti-Rom-Stimmung“ ihrer eigenen Bischöfe. Besonders im Schussfeld befinden sich der Stuttgarter Bischof Gebhard Fürst (62) und der ZdK-Vorsitzende Alois Glück (71).

Junge engagierte Katholiken wie die Sprecherin des Medien-Netzwerkes „Generation Benedikt“, Mareike-Christin Bues (21), kritisierten kürzlich den ZdK-Chef im „Rheinischen Merkur“ (Beilage „Die Zeit“). Glücks Anliegen sei aussichtslos, weil Deutschland gerade einmal zwei Prozent der katholischen Weltkirche repräsentiere und mit dieser Reformforderung völlig allein dastehe. Und im Übrigen sei über die strittigen Weihen bereits seit 1995 endgültig von höchster Stelle abschlägig entschieden worden.

Vier Monate vor dem Besuch von Papst Benedikt XVI. in Deutschland präsentieren sich die katholischen Bischöfe alles andere als einig. Der Münchener Erzbischof Reinhard Kardinal Marx beklagt bereits die schlechte Debattenkultur und eine zunehmende Polarisierung, ohne allerdings einen konstruktiven Gegenvorschlag zu präsentieren. *HEB*

Kein Tag ohne Demo

Von VERA LENGSFELD

Es vergeht kein Tag in Berlin, ohne dass gegen oder für etwas demonstriert wird. Gegen Atomkraft, für „Erneuerbare Energie“, gegen Videoüberwachung, für mehr Sicherheit auf Straßen und Plätzen, gegen Rechts, für Multikulti. An den Wochenenden kommen zahlreiche Feste und andere Aktivitäten hinzu. Manchmal, wie am vergangenen Sonntag, wird die Stadt fast lahmgelegt.

Ich hatte an diesem Tag eine Freundin zum Flieger nach Norwegen zu bringen, der in Schönefeld startet, und später ein Treffen mit einem Freund, der aus Köln kam.

Eigentlich kein Problem, denn nachmittags nach Schönefeld zu fahren und dann abends am Gendarmenmarkt zu sein, ist theoretisch leicht möglich. Um auf alle Eventualitäten vorbereitet zu sein, hatte ich Berliner Rundfunk gehört. Das ist ein Muss für alle, die sich durch die Stadt bewegen, denn der Sender hält stündlich über die neuesten Sperrungen und Ausfälle bei den Öffentlichen Verkehrsmitteln auf dem Laufenden.

Die Fluggäste, die nach Schönefeld wollten, müssten mit erheblichen Verzögerungen rechnen, teilte die muntere Stimme des Moderators mit: Die fünfte Demonstration gegen die Flugrouten des neugebauten „Berlin Brandenburg International“ fände gerade statt und behindere den S-Bahn-Verkehr zum Flughafen. Also machten wir uns zwei Stunden früher auf den Weg, und es gelang tatsächlich, meine Freundin pünktlich zum Flieger zu bringen. Dafür blieb ich auf der Rückfahrt über eine Stunde auf der blockierten S-Bahn-Strecke stecken.

Mir blieb viel Zeit, darüber nachzudenken, was die Flugroutengegner eigentlich berechtigt, ihre Mitmenschen so zu behindern.

Inzwischen näherte sich der Zeitpunkt des Treffens mit dem Kölner Freund. Da erreichte mich sein Anruf. Er hatte sich am Flughafen Tegel ein Fahrzeug gemietet, in der Annahme, damit schnell am Gendarmenmarkt zu sein. Fehlanzeige. Schon kurz hinter der Ausfahrt vom Flughafen war die Stadtautobahn gesperrt. Kein Hinweis, ob die Umleitung nach rechts oder links erfolgt. Als früherer Berliner kannte mein Freund einige Schleichwege. Das half ihm nicht viel weiter, denn das Stadtzentrum war großflächig abgeriegelt. Schließlich landete er in Schöneberg, von wo er nach Mitte fahren konnte. Grund war die Sternrundfahrt des ADFC unter dem Motto „Freie Fahrt für freie Räder“.

Als Trostbonbon für alle Sonntagsausflügler, die an diesem schönen Tag Berlin ohne Rad genießen wollten, wurde verfügt, dass der Einzelfahrschein der BVG wie ein Tagesticket galt. Wer das nutzte, lief allerdings Gefahr, in der S-Bahn stecken zu bleiben ... Zeit für eine Demo gegen die Behinderungen durch Demos!

Investoren lieben Berlin

Platz eins in Deutschland, Rang drei in Europa: Dennoch bleibt die Arbeitslosigkeit hoch



Attraktiver Investitionsstandort: Berlin hat bei den Wachstumszahlen aufgeholt.

Bild: maruitius

Die Unternehmensberatung Ernst & Young hat 812 internationale Unternehmen befragt und ermittelt, dass Deutschland zurzeit zu den attraktivsten Investitionsstandorten zählen soll. Berlin belegte, zur Überraschung vieler, den Platz eins in Deutschland (die *PAZ* berichtete). Selbst europaweit rangieren nur Paris und London vor der deutschen Hauptstadt.

Die Neuigkeiten sollten die Hauptstädter freuen. Doch wurde die Nachricht an der Spree eher verhalten aufgenommen. Hauptsorge bleibt der Arbeitsmarkt, denn Investitionen senken nicht unbedingt die Arbeitslosenzahl. Sie bedeuten gelegentlich sogar Arbeitsplatzverluste, wenn florierende Firmen aufgekauft und die Einzelteile anschließend verkauft werden.

Auf dem Berliner Arbeitsmarkt haben sich die optimistischen Einschätzungen der Analysten jedenfalls noch nicht praktisch niedergeschlagen. Der arbeitsmarktpolitische Sprecher der FDP-Fraktion im Abgeordnetenhaus, Volker Thiel, kommentierte das als ein „arbeitsmarktpolitisches Armutszeugnis“. Sogar Sachsen-Anhalt und Mecklenburg- Vorpommern wiesen im Mai eine geringere Arbeitslosenrate aus als Berlin. Mit 13,6 Prozent belegt die Hauptstadt den traurigen letzten Platz aller Bundesländer.

Dessen ungeachtet fordern die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) eine „Neuausrichtung“ der Arbeitsmarktpolitik in Berlin. Darunter verstehen sie auch eine „Vereinfachung der Zuwanderung von ausländischen Facharbeitern“, was angesichts der hohen Erwerbslosigkeit vielerorts auf Unverständnis stößt.

Berlin hat nicht nur viele Arbeitslose, auch die Qualität der noch vorhandenen Stellen hat sich verändert. Von 1991 bis 2006 gingen 258 400 (meist ordentlich bezahlte) Industrie-Arbeitsplätze verloren. Der Öffentliche Dienst hat zusätzlich noch einmal 60 000 Stellen abgebaut, was sich beispielsweise bei der Polizei bemerkbar macht. Stattdessen entstanden im Dienstleistungssektor 161 700 neue Stellen. Dabei handelt es sich aber auch um Plätze im Leiharbeitsbereich oder der Gastronomie, die nicht immer auskömmliche Löhne bezahlen und sogar dazu führen können, dass die Beschäftigten als „Aufstocker“ Leistungen nach Hartz IV in Anspruch nehmen müssen.

> Neue Stellen gehen zum großen Teil an die Zugezogenen

Selbst das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erklärt zur weiterhin hohen Erwerbslosigkeit: „Ein Grund dafür ist, dass ein erheblicher Teil der neuen Stellen von Zugewanderten besetzt worden ist.“ Nur 45,7 Prozent der Berliner zwischen 15 und 65 sind erwerbstätig. Der Bundesdurchschnitt in den 30 größten Städten liegt bei 54,7 Prozent. Wirtschaftssenator Harald Wolff (Linke) gibt sich dennoch zuversichtlich. „Wenn Zukunftsbranchen wachsen, wird sich das auch in neuen Arbeitsplätzen niederschlagen. Entscheidend ist aber, dass die Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit steigern konnten, wie sich in steigenden Exportzuwächsen zeigt. Das geht nur mit höherer Produktivität. Berlin hat zum Bundesdurchschnitt bei den Wachstumszahlen aufgeholt.“ Die harten Zahlen sollten seinen Optimismus dämpfen: Offiziell gibt es in Berlin 11 145 offene Stellen, aber die Angebote sind nicht immer am Tariflohn orientiert oder keine Dauerarbeitsplätze, sondern eher dafür gedacht, im Pflegeheim eine Vertretung für die Zeit des Sommerurlaubs zu finden. Zwar wächst die Wirtschaftskraft Berlins seit 2004 wieder – aber nur um rund 1,7 Prozent jährlich. Der Abstand zu anderen Großstädten ist groß geworden. Pro Kopf erarbeiten zwei Berliner zusammen kaum mehr an Bruttoinlandsprodukt als ein Bürger Hamburgs.

Ein Ausweg aus der Dauerschwäche ist kaum in Sicht – im Gegenteil, es könnte noch schlimmer kommen: Bei einem Regierungswechsel zugunsten der Grünen käme deren Vorstellungen mehr Gewicht zu. Was von dort an wirtschaftspolitischen Vorstellungen verbreitet wird, gibt wenig Anlass zur Zukunftsfreude. Im Programm heißt es: „Green Economy ist das Zukunftsfeld für die Wirtschaft des 21. Jahrhunderts. Schwerpunktthemen wären E-Mobility, Gesundheitswirtschaft, Ressourcen- und Energieeffizienz sowie nachhaltiger Tourismus. Mit innovativen Stakeholdern aus Wirtschaft und Wissenschaft wurden erste Maßnahmenvorschläge, notwendige Rahmenbedingungen und Ansätze für richtungsweisende Projekte für die Berliner Wirtschaft entwickelt.“ In der Praxis würde das zunächst bedeuten, dass Berlin auf den Weiterbau der Autobahn A 100 – der ersten leistungsfähigen Autoverbindung zwischen der westlichen und der östlichen Stadthälfte – verzichten müsste. UVB-Hauptgeschäftsführer Christian Amsinck: „Die A 100 muss kommen, um den Osten der Stadt besser anzubinden, davon würden besonders Gewerbegebiete wie der Clean Tech Business Park Marzahn profitieren.“

Die hohen Arbeitslosenzahlen in Berlin haben aber noch eine ganz andere Ursache. Das Stichwort lautet: Öffentlicher Beschäftigungssektor (ÖBS), eine Art staatlich alimentierte Beschäftigungstherapie für Langzeitarbeitslose, die zu den Lieblingsinstrumenten der Linkspartei gehört. Zuständig ist hier die Arbeitssenatorin Carola Bluhm (Linke). Sie musste trotz lautstarker Proteste in Richtung Bundesregierung eine Kürzung ihres Etats hinnehmen, der aus dem Topf der Bundesarbeitsministerin gefüllt wird. Bluhm kann nun statt wie bisher nicht mehr 5700 Arbeitslose im ÖBS unterbringen, sondern nur noch 5000. Der Sinn solcher Programme wird von Arbeitsmarktexperten indes ohnehin schwer angezweifelt. *Theo Maass*

Mülltonnen verstummen

Berlin: Projekt der »singenden Abfalleimer« vorzeitig beendet

Mit Abfalleimern, die bei Mülleinwurf ein Musikstück von sich geben, wollte Stadtentwicklungssenatorin Ingeborg Junge-Reyer (SPD) in den Berliner Parks für mehr Sauberkeit sorgen. Bereits nach zwei Wochen musste der Versuch allerdings vorzeitig abgebrochen werden – einer der Müllbehälter ist gestohlen, andere sind teilweise schwer beschädigt worden.

„Nett, kreativ und lebensfremd“ – urteilte Heinz Buschkowsky, Bürgermeister des Bezirks Neukölln, von vornherein über das „Park Sound Project“ seiner Parteifreundin Junge-Reyer. Im Mauerpark und im Görlitzer Park sollten per Solarstrom betriebene Müllbehälter Lieder mit Titeln wie „Müll ist lästig“ oder „Müll in die Tonne, das rockt“ erklingen lassen, sobald Parkbesucher ihren Abfall in einen der sieben Behälter befördern. Nach 14 Tagen wird das Projekt, das eigentlich bis 11. Juli laufen sollte, beendet.

Senatorin Junge-Reiyer hält den Versuch dennoch für einen Erfolg: „Das Projekt hat viele Berliner und Berlinerinnen motiviert, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen und über ihr Verhalten im Umgang mit Müll in den städtischen Grünflächen nachzudenken“, lässt die Senatsverwaltung verlauten. Bereits zu Beginn des Versuchs hatte Heinz Buschkowsky gewarnt, dass es Menschen gebe, denen der öffentliche Raum egal sei und als Lösung ein starkes Ordnungsamt favorisiert. Auch in anderen Bezirken wurde das Problem der Vermüllung nüchterner gesehen als von der Senatorin. Peter Beckers (SPD), Ordnungsamts-Stadtrat in Friedrichshain-Kreuzberg, hatte die Aufstellung größerer Abfallcontainer gefordert.

> 60 000 Euro für nichts: SPD-Senatorin spricht von »Erfolg«

Auf die Erhebung von Bußgeldern für „Müllsünder“ wie in anderen Großstädten will Junge-Reyer nach wie vor verzichten. Die Begründung mutet angesichts der 60 000 Euro, die das „Park Sound Project“ kostete, sonderbar an: Geldmangel. Die Ordnungsämter könnten es sich nicht leisten, zum Beispiel an den Wochenenden Patrouillen zu entsenden. Außerdem sei die Einführung von Bußgeldern unrealistisch: „Weil es kaum möglich ist, jemanden auf frischer Tat zu ertappen.“

Angesichts dieser Haltung wird den Berliner Bezirken zunächst nur übrig bleiben, weiterhin die enormen Kosten für die Säuberung der vermüllten Parks zu tragen. Allein der Bezirk Mitte musste nach Ostern 20 Tonnen Abfälle aus dem Tiergarten entsorgen, was den Bezirk 20 000 Euro gekostet hat. *Norman Hanert*

Zweimal Öney

Südwest-Ministerin behält Berliner Mandat

Ärger um die neue baden-württembergische Integrationsministerin Bilkay Öney (SPD). Obwohl sie als Ministerin bereits bezahlt wird, streicht sie immer noch ihre Bezüge als Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses ein.

Das klingt nach Geldscheffelei, hat aber einen ernsteren Hintergrund: Würde sie ihr Mandat an der Spree aufgeben, dann wäre kurz vor den dortigen Parlamentswahlen am 18. September eine ausgewachsene Regierungskrise möglich. Die Mehrheit aus SPD und Linken in Berlin beträgt zur Zeit 76 Mandate, während alle anderen (FDP, CDU, Grüne und Fraktionslose) zusammen auf 73 kommen. Aber: Sollte Frau Öney aus dem Parlament ausscheiden, dann würde kein SPD-Kandidat, sondern ein Grüner ins Parlament nachrücken, weil Frau Öney für diese Partei 2006 gewählt wurde und erst später zur SPD wechselte. Damit wäre Klaus Wowereits Mehrheit auf ein einziges Mandat zusammengeschmolzen.

Kritiker meinen daher, dass Frau Öney sich bis zur Sommerpause Zeit lasse mit der Wohnungssuche in Stuttgart, um Wowereits Mehrheit zu schützen. Sie hatte erklärt, erst bei einem Umzug in die württembergische Hauptstadt das Berliner Mandat aufgeben zu wollen. Berlins Grünen-Landesvorsitzender Daniel Wesener kommentierte das Verhalten seiner früheren Parteifreundin so: „Ich verstehe nicht, was ihr Wohnsitz mit dem Mandat zu tun hat. Frau Öney kann kaum Berlin und Baden-Württemberg gleichzeitig vertreten.“

Angriffe auf ihr Verhalten von Seiten der Union schmettert Öney betont giftig ab: „Für die CDU ist es wahrscheinlich ein bisschen viel, erst mit Winfried Kretschmann einen grünen Regierungschef und dann auch noch eine türkische Ministerin zu verkraften.“ *Hans Lody*

35 Parteien treten an

Berlins Landeswahlleiter hat zu den Wahlen zum Abgeordnetenhaus am 18. September am 1. Juni insgesamt 35 Parteien zugelassen. Neben den fünf bereits im Abgeordnetenhaus vertretenden Parteien SPD, CDU, Linke, Grüne und FDP werben unter anderem zwei neue bürgerliche Rechtsparteien, „Die Freiheit“ und „Pro Deutschland“, um die Stimmen. „Die Freiheit“ wird von dem früheren CDU-Abgeordneten René Stadtkewitz angeführt. Die beiden Gruppen müssen jeweils noch bis zum 12. Juli 2200 Unterstützungsunterschriften sammeln.

Ebenfalls zugelassen sind erstmalig die „Freien Wähler Deutschland“, die am Wochenende ihre Landesliste nominierten. Sie werden von dem langjährigen Landesvorsitzenden des Verbandes der Reservisten der Deutschen Bundeswehr, Oberst d. R. Hans-Jürgen Malirs, angeführt. Mit Volker Graffstadt, bis 2008 Mitglied des Landesvorstandes der FDP, ist dort auch ein Kandidat mit parteipolitischer Erfahrung vertreten. *H. L.*

Zeitzeugen



Harry Sauer – Der stellvertretende Bundesvorsitzende ist gleichzeitig saarländischer Landesvorsitzender des Verbandes der Lebensmittelkontrolleure (BVLK). Die 1978 ins Leben gerufene Interessenvertretung der Lebensmittelkontrolleure zählte zum Gründungszeitpunkt rund 600 Mitglieder.

Michael Lohse – Dem Deutschen Bauernverband (DBV), dessen Pressesprecher Lohse ist, gehören 18 Landesbauernverbände sowie der Bund der Deutschen Landjugend, der Deutsche Raiffeisenverband und der Bundesverband der ehemaligen landwirtschaftlichen Fachschulabsolventen an. Er ist damit die größte landwirtschaftliche Berufsvertretung in der Bundesrepublik Deutschland.



Robert Koch – Der 1843 in Clausthal geborene und 1910 in Baden-Baden gestorbene Mediziner und Mikrobiologe zählt zu den Begründern der modernen Bakteriologie und Mikrobiologie. Der Nobelpreisträger für Medizin hat grundlegende Beiträge zur Infektionslehre geliefert. So trägt das Robert-Koch-Institut (RKI) als Bundesinstitut für Infektionskrankheiten und nicht übertragbare Krankheiten sowie als zentrale Überwachungs- und Forschungseinrichtung der Bundesrepublik nicht ohne Grund seinen Namen.

Rudolf Steiner – Der 1861 in Kraljevec geborene und 1925 in Dornach gestorbene österreichische Esoteriker und Philosoph begründete die Anthroposophie. Gemäß dieser Lehre können Butter und Milchprodukte aus Rohmilch eine Quelle für psychische Heilkräfte sein. Sie verliehen Bodenständigkeit und Selbstsicherheit. Nur Rohmilchprodukte erreichten die seelische Ebene ganz direkt.



Karl Lauterbach – Der Mediziner und Politiker, 1963 in Düren geboren, ist seit 1998 Direktor des neu gegründeten Instituts für Gesundheitsökonomie und Klinische Epidemiologie (IGKE) an der Universität zu Köln. Als Direktkandidat des Wahlkreises Leverkusen-Köln IV wurde er 2005 in den Bundestag gewählt, dem er heute noch angehört. Seit 2009 ist der Sozialdemokrat Sprecher der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion.

Ernstfall Todeskeim

Ehec-Ausbreitung macht Mängel der föderalen Lebensmittelüberwachung deutlich

Die Angst vor der aggressiven Ehec-Infektion geht europaweit um: Allein Hamburgs Universitätsklinik behandelt 82 schwer Erkrankte. Bei manchen schädigt das vom Bakterium freigesetzte Gift die Nieren bis zum Organversagen. Während Mediziner und Seuchenexperten Ehec einzudämmen versuchen, gleicht die Suche nach der Quelle der Krankheit einer Aneinanderreihung von Spekulationen.

Medien wie Experten haben praktisch jeden Bereich der Nahrungskette im Visier. Auch die Politik kritisiert, und zwar Kompetenzstreitigkeiten der Experten. Tatsächlich hätten Bund wie Länder Grund zur Selbstkritik: Das Niveau der vorbeugenden Maßnahmen sinkt seit Jahren – Lebensmittelkontrolle nach Kassenlage. Weil die späte Suche nach der Quelle des Ehec-Erregers einem Irrlauf gleicht, scheint Vorbeugung umso wichtiger. „In der durchregulierten EU-Welt gibt es strenge Hygiene-Vorschriften“, beruhigte ein Sprecher des Bundeslandwirtschaftsministeriums die Verbraucher. In der Praxis gibt es im Binnenmarkt jedoch keine Kontrolle der nach Deutschland eingeführten EU-Lebensmittel. Es gilt der freie Warenverkehr. Das erleichtert pauschale Verdächtigungen spanischer Gurken, die inzwischen als Ursache ausscheiden, weil sie schlimmstenfalls mit einem anderen, weniger gefährlichen Ehec-Stamm belastet waren. Die widersprüchlichen Expertenmeinungen machen Verbraucher ratlos. Laut Umfragen sinkt das Vertrauen in Lebensmittelkontrollen.

> In der Praxis keine Kontrolle im EU-Binnenmarkt

In Deutschland führen die Gemeinden solche Proben in Geschäften und an Umschlagplätzen durch. Zuständig sind allerdings die Bundesländer. Politiker schelten das selbst geschaffene föderale Nebeneinander. So vermisst SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach eine zentrale Steuerung der Ehec-Bekämpfung: „Denn bislang verläuft sich die Zuständigkeit zwischen lokalen Gesundheitsämtern, Kliniken, dem Robert-Koch-Institut und der Gesundheitsbehörde.“

Nicht nur in der akuten Krise, gerade bei der dauerhaften Kontrolle steuerte die Politik zuletzt fehl. „Es reicht nicht aus, erst in Hamburg zu kontrollieren, wenn die Sachen auf den Tisch kommen, das muss schon früher geschehen“, kritisiert Bauernverbandssprecher Michael Lohse mit Blick auf EU-Warenströme. Der Norden zeigte sich früh als Zentrum der Krankheit, doch fiel der Verdacht anfangs auf Spanien.

Dabei gibt es genug Grund, in Deutschland zu suchen. Harry Sauer, Vize-Chef des Bundesverbands der Lebensmittelkontrolleure, sagte vergangenes Jahr: „Lebensmittelsicherheit ist in Deutschland eine Mogelpackung.“ Zwar orientieren sich die Kontrollen in Deutschland an einheitlichen Standards, da sie aber Sache der Bundesländer sind, ist das Kontrollnetz unterschiedlich eng geknüpft. Manche Länder sparen gerade bei den Lebensmittelkontrolleuren.

Inzwischen haben die EU und sogar die USA reagiert. Brüssel steuert ein Schnellwarnsystem an und bietet den „kompetenten deutschen Kontrolleuren“, so ein aktuelles Papier, Hilfe bei der Ehec-Suche an. Es gibt allerdings kaum Grund, an der Kompetenz der deutschen Kontrolleure zu zweifeln: Sie warnen seit langem vor der Ausdünnung ihres Berufsstandes. Matthias Hermann, Vorsitzender des Landesverbandes der Lebensmittelkontrolleure Hessen, forderte im Februar 70 bis 80 Kollegen zur Verstärkung der 135 hessischen Prüfer. Andernfalls ließen sich deutlich weniger lebensmittelverarbeitende Firmen überwachen als vorgeschrieben. Mit Kontrollen nach Kassenlage leisten die Bundesländer in Zeiten grenzenloser europäischen Handels und entsprechender Verbreitungsmöglichkeiten keinen guten Beitrag zur Infektionsvorbeugung. *SV*

Fast jedes Lebensmittel auf Skandalliste

Lebensmittelskandale lösen immer wieder Angst und Schrecken in der Bevölkerung aus. Noch im Januar warnten Behörden über Wochen vor Dioxin-Eiern, doch kein einziger Eier-Esser wurde krank. Diverse „Experten“ vergaßen dabei den Hinweis, dass der Mensch kleine Mengen von Dioxin verträgt, vorausgesetzt, man isst nur wenige Eier pro Tag. Fast jedes Lebensmittel war in den letzten Jahren einmal auf der Skandalliste. Als in Heringen kleine Würmer entdeckt wurden, wollte kein Mensch mehr Fisch essen. Rinderwahnsinn und Schweinepest erschreckten die Fleischesser und führten zu Massenschlachtungen. Die von Zugvögeln eingeschleppte Geflügelpest machte die Vernichtung von hunderttausenden Hühnern oder Puten notwendig. Fleischereien gingen an diesen Epidemien ebenso wie manche Zuchtbetriebe pleite. Über Wochen und Monate wurde fast kein Fleisch mehr gekauft. Während die Zahl der Opfer meist gering blieb, blieben die hohen Zahlen bei Erkrankungen wegen Verunreinigungen meist unbeachtet. Nach Angaben des Robert-Koch-Instituts erkranken pro Jahr 150 000 bis 200 000 Menschen in Deutschland durch biologische Erreger wie Salmonellen und Schimmelpilze. Wie viele Menschen daran pro Jahr sterben, ist nicht bekannt. Doch in den Vereinigten Staaten zählt man pro Jahr 5000 Tote durch Lebensmittelinfektionen; in England und Wales sind es 700 pro Jahr. Ende März 2011 entdeckte die Stiftung Warentest auf Spiralnudeln mit Biosiegel Schimmelpilzbelastungen. Im Jahr 2007 musste die Firma Hipp Säuglingsmilch zurückrufen. 2006 nahm eine Ladenkette in Österreich Bio-Hirse aus den Regalen, weil sie giftigen Stechapfelsamen enthielt. Schon 15 dieser Körner können für einen Erwachsenen tödlich sein. *HEB*

> Zahl der Todesopfer bleibt meist gering



Verzweifelte Konsumentin: Welche Lebensmittel können noch ohne Bedenken verzehrt werden? Bild: pa

Der Bio-Glaube stirbt

Vermeintlich gesunde Produkte bergen häufig viele Gefahren

Lange Zeit galt im Volksglauben die Gleichung: Bio = gut und Chemie = schlecht. Jahrelang predigten Ernährungsberater den Verzehr von Rohkost und Salaten, jetzt sterben Menschen daran. Bio-Apostel warnten vor Pestizidspuren auf Erdbeeren, nun erweist sich die „natürliche“ Verschmutzung auf Salatgurken oder Tomaten als lebensgefährlich. Das Motto „Natur pur“ hat mit einem Schlag seinen fast überirdischen Glanz verloren.

Das Wort „Bio“ kommt vom griechischen Wort „bios“ und heißt schlicht und ergreifend „Leben“. Doch die Natur und das Leben sind nicht einfach gut. Zahlreiche giftige Vertreter des Lebens wie Kreuzottern, Spinnen oder wilde Tiere machten das Leben in der Natur schon immer zu einem gefährlichen Dasein. Dazu kommen für das menschliche Auge unsichtbare Lebewesen wie Salmonellen oder der Ehec-Keim. Er lebt in den Därmen von Rindern, Schafen und Ziegen und richtet dort keinen Schaden an. Eine der vielen seiner Abarten aber ist für den Menschen ganz unverträglich, da er Gifte produziert, die zu Nierenversagen und vielem mehr führen.

Den Bio-Bauern diese Misere alleine anlasten zu wollen, geht allerdings zu weit. Sie verdienten zwar prächtig am Glauben der Menschen, dass die Nahrungsmittel, die mit Kuhmist oder Gülle gedüngt wurden, besser schmecken oder gesünder sein sollen.

Entstanden ist der Bio-Anbau aber aus einem anderen Motiv. Als vor 30 bis 40 Jahren der rücksichtslose Einsatz von Pestiziden und chemischer Düngemittel zum Aussterben von Tierarten und zu Schädigung der Gewässer führte, steuerte man um. Heute dürfen Landwirte in bestimmten Randzonen ihrer Felder keine Gifte mehr sprühen. Kühe und Schafe allerdings grasen weiterhin direkt an Seen und Flüssen. So können möglicherweise Ehec-Keime in die landwirtschaftliche Erzeugung gelangen. Werden Gemüse oder Salate mit kontaminiertem Wasser bewässert, ist die gefürchtete Verunreinigung da.

> Ergebnis bei mikrobiologischen Tests oft schlecht

Bio-Betriebe verzichten auf manche Möglichkeiten der modernen Landwirtschaft, gegen Bakterien vorzugehen. Eine im Jahr 2007 veröffentlichte Auswertung von 54 Lebensmitteluntersuchungen der Stiftung Warentest beleuchtete das Problem: „In unseren Tests schnitten viele Bioprodukte bei der mikrobiologischen Prüfung schlecht ab.“ Viele unerwünschte Keime belagerten vor allem tierische Bioprodukte wie Fleisch-, Fisch- und Milcherzeugnisse.

Als besonders gefährlich gelten die Pilzgifte. Das „Mutterkorn“, ein Pilz, der auf Roggen gedeiht und dadurch früher häufig ins Brot gelangte, kostete viele Menschen das Leben. In den Industrieländern ist diese Gefahr durch Kontrollen weitgehend gebannt, anders ist dies in Entwicklungsländern.

Als besonders tückisch gilt die Rohmilch. Demeter-Biobauern, die der Anthroposophie Rudolf Steiners anhängen, lehnen das Kurzzeiterhitzen (Pasteurisieren) der Milch aus ideologischen Gründen ab. 2006 und 2008 erkrankten Kinder einer Schulklasse und eines Ferienlagers nach dem Verzehr von Rohmilch. Zwei Schüler kamen bis die Intensivstation. *H.E. Bues*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Wilhelm v. Gottberg
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)
Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chef vom Dienst: Dr. Jan Heitmann; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil, Bücher:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, Leserbriefe:** Manuela Rosenthal-Kappi; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper.**Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon (040) 4140 08-0
Telefon Redaktion (040) 4140 08-32
Fax Redaktion (040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen (040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb (040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb (040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **3469**

Polnischstämmige werden rehabilitiert

Deutsche Minderheit als Geisel polnischer Interessenpolitik

Seit langem fordern polnische Vereinigungen in Deutschland von der Bundesregierung die Wiederherstellung des Minderheitenstatus, der ihnen in der Weimarer Republik zuerkannt worden war. Die Rechte der Deutschen Minderheit in der Republik Polen auf muttersprachlichen Unterricht verkommen darüber zur Fußnote.

Bis 1940 existierte im – damals weit nach Osten ausgreifenden – Deutschen Reich der Bund der Polen in Deutschland. Im seinerzeitigen Verband der nationalen Minderheiten in Deutschland waren neben der dänischen, sorbischen und friesischen Minderheit auch die Polen als Minderheit organisiert. Nach Ende des Polen-Feldzuges wurde der Verband im Februar 1940 per Verordnung des Ministerrats für die Reichsverteidigung verboten und aufgelöst.

Steter Tropfen höhlt den Stein, kann man wohl sagen angesichts des polnischen Erfolges, die umstrittenen Ansprüche in die deutsch-polnischen Regierungskonsultationen gebracht zu haben. Seit Februar 2010 diskutieren Regierungsdelegationen beider Länder, polnische Interessenvertreter aus Deutschland sowie Vertreter der Deutschen Minderheit in Polen am Runden Tisch über polnische Wünsche, als nationale Minderheit rehabilitiert und in frühere Rechte wiedereingesetzt zu werden.

Die polnische Diplomatie ist für ihre Hartnäckigkeit bekannt und der Zeitpunkt für deutsche Zugeständnisse an Polen liegt günstig: Dieses Jahr steht im Juni der 20. Jahrestag der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Nachbarschaftsvertrages ins Haus, auf den man sich hüben wie drüben mit zahlreichen gemeinsamen Veranstaltungen vorbereitet.

Der „Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Polen über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit vom 17. Juni 1991“, wie er amtlich heißt, vermeidet eine Festlegung in Fragen einer „polnischen Minderheit“ und spricht in Artikel 20 lediglich von „Personen deutscher Staatsangehörigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, die polnischer Abstammung sind oder die sich zur polnischen Sprache, Kultur oder Tradition bekennen“. Aus gutem Grund, denn von einer dem Völkerrecht entsprechenden Minderheit kann keine Rede sein: Die hierzulande lebende, überaus heterogene polnische Bevölkerungsgruppe setzt sich samt und sonders aus Immigranten zusammen: den Nachfahren der vor über 100 Jahren ins Ruhrbecken eingewanderten Bergarbeiter sowie den nach 1989 zugezogenen legalen wie illegalen Wirtschaftsmigranten und Studenten.

Warschau ist insbesondere daran gelegen, die – nach polnischer Lesart – „Asymmetrie“ bei der Erfüllung des Nachbarschaftsvertrages zwischen beiden Ländern zu beseitigen. Polen besteht auf einer stärkeren finanziellen Förderung polnischstämmiger deutscher Staatsangehöriger in Deutschland unter Verweis auf die Unterstützung der Deutschen Minderheit im eigenen Land.

Polen trotz deutscher Zugeständnisse noch unzufrieden

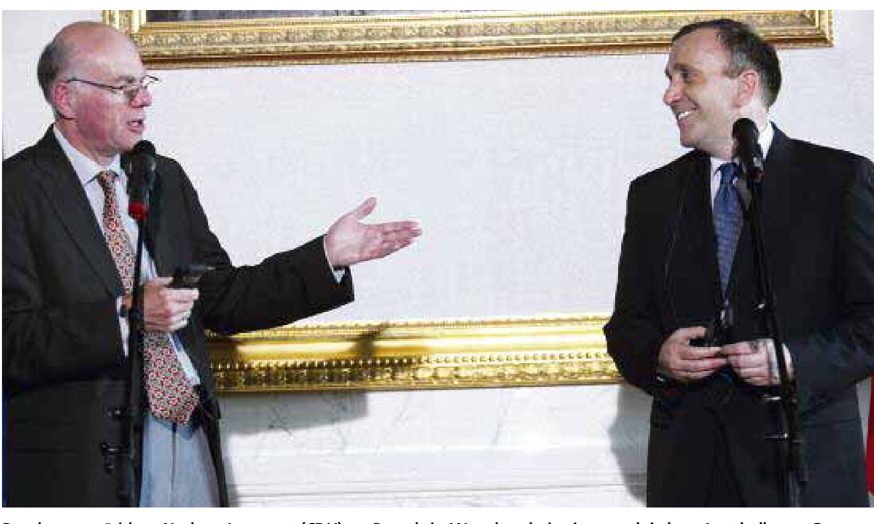
Nach schwierigen Verhandlungen kam bei den Beratungen jetzt der Durchbruch für Polen: Die deutschen Regierungsvertreter am Runden Tisch in Berlin „gingen auf unsere Bedingungen ein“, freute sich der Chef der polnischen Delegation, Vize-Innenminister Tomasz Siemoniak, in der nationalkonservativen polnischen „Rzeczpospolita“. Die Rehabilitierung der seinerzeitigen polnischen Minderheit durch den Bundestag solle noch in diesem Monat Bestandteil einer Entschließung zum 20. Jahrestag sein. Die Polnischstämmigen bekommen ein Büro in Berlin und ein Dokumentationszentrum in Bochum sowie ein „Museum der Polen“ – finanziert durch die Bundesrepublik.

Der Bund der Polen in Deutschland zeigte sich trotz der Zugeständnisse unzufrieden. „Warum kommt den Deutschen die Formulierung „polnische Minderheit“ nicht über die Lippen?“, fragte der Vorsitzende Marek Wojcicki die „Rzeczpospolita“. Weiter kritisierte er, in dem Beschluss, dessen genauer Wortlaut noch abgestimmt wird, werde im Anschluss an die Rehabilitierung an die Zwangsassimilation der heimatverbliebenen Deutschen etwa in Schlesien zur Zeit der kommunistischen Volksrepublik erinnert.

Auch die polnischen Regierungsunterhändler kritisierten, in der Entschließung sei nur von Personen mit polnischen Wurzeln, nicht aber von einer „polnischen Minderheit“ die Rede. Bei einem Treffen der Parlamentspräsidien beider Länder in Warschau gab sich Sejmmarschall Grzegorz Schetyna (PO) unterdessen zuversichtlich, dass der Text der Entschließung so sein werde, „wie er von der polnischen Seite erwartet wird“. Der polnische Botschafter in Berlin, Marek Prawda, strahlte: Nach informellen Konsultationen mit deutschen Politikern gebe es in einer neuen Fassung „keine Erwähnung der Vertriebenen“ mehr.

Den Umgang mit deutschen Ansprüchen illustriert indessen eine Szene auf dem 15. Deutsch-Polnischen Forum in Berlin. In dem hochkarätig besetzen Gesprächskreis im April wurde angemerkt, dass außer den Forderungen der Auslandspolen auch die Wünsche der Deutschen Minderheit nach deutschen Kindergärten und Grundschulen in ihren angestammten Siedlungsräumen – bisher gibt es keine einzige staatliche deutsche Minderheitenschule – berücksichtigt werden sollten. Der Ko-Vorsitzende des Forums, Krzysztof Miszczak aus der Kanzlei des polnischen Ministerpräsidenten, beendete die Diskussion abrupt: „Zuerst die Symmetrie und erst dann die Wünsche der Deutschen Minderheit.“

Christian Rudolf



Bundestagspräsident Norbert Lammert (CDU) zu Besuch in Warschau bei seinem polnischen Amtskollegen Grzegorz Schetyna (PO): Polnische Forderungen weitgehend erfüllt Bild: pa



MELDUNGEN

Linker Terror nimmt stark zu

Berlin – Die Zahl linker Terrorakte in Deutschland ist im ersten Vierteljahr 2011 deutlich angestiegen. Dies geht aus einem geheimen „Lagebild gewaltorientierter Linksextremismus“ hervor, das an die Presse lanciert wurde. Der Bericht ist eine Zusammenstellung der Ergebnisse der Verfassungsschutzämter von Bund und Ländern. Schon von 2005 bis Ende 2010 war demnach die Zahl gewaltbereiter Linksextremisten um 20 Prozent auf 6800 gestiegen. Besorgt sind die Verfassungsschützer darüber, dass es den militanten Linken gelungen sei, über die eigenen Reihen hinaus bei jungen, „anpolitisierten“ Menschen attraktiver zu werden. 65 Prozent der Militanten sind unter 26 Jahre alt. Von einem Terror im Stile der „RAF“ wollen die Beamten (noch) nicht sprechen. *H.H.*

Handy-Studie verdreht

Hamburg – Beamte der Weltgesundheitsorganisation (WHO) haben Ergebnisse der weltweit bisher größten Studie zum Hirntumor-Risiko von Handynutzern, der Interphone-Studie, in ihr Gegenteil verdreht. In einer Mitteilung der zur WHO gehörenden Internationalen Agentur für Krebsforschung (IARC) wird elektromagnetische Strahlung von Mobiltelefonen als „möglicherweise krebserregend“ bezeichnet. Die Fallstudie der Universität Bielefeld hatte allerdings überraschend ergeben, dass Personen, die kaum mobil telefonierten, öfter an Hirntumoren erkrankten als Handy-Vieltelefonierer. Die Daten sagten nichts darüber aus, ob elektromagnetische Strahlen Hirntumore hervorrufen. Die IARC-Experten verschwiegen diesen Befund und hoben stattdessen ein um 40 Prozent erhöhtes Tumorrisiko hervor, das sich in einer einzigen Testgruppe ergeben hatte. *CR*

Frei nach Königsberg

LO fordert Abschaffung der Visapflicht

Marek Golkowski, Polens Generalkonsul in Königsberg, hat bestätigt, dass die EU-Kommission derzeit berät, welchen Umfang das polnische Grenzgebiet an der innerostpreußischen Grenze haben soll, dessen Bewohner visafrei nach Königsberg reisen dürfen. Nach der EU-Richtlinie gilt ein 30-Kilometer-Grenzstreifen entlang der Staatsgrenze für den kleinen visafreien Grenzverkehr. Polen möchte dieses Privileg auch für die Bewohner Allensteins, Elbings und Danzigs durchsetzen, die drei Städte liegen außerhalb der 30-Kilometer-Zone. Für das Königsberger Gebiet gilt diese 30-Kilometer-Zone nicht; das ganze Gebiet gilt als Grenzgebiet.

Seit der Wende im Osten 1990 fordern die vertriebenen Ostpreußen und ihre Nachkommen, die Visapflicht für Königsberg aufzuheben, zumindest aber den Visumszwang durch einen gebührenpflichtigen Einreisestempel zu entbürokratisieren. Eine derartige Visumspflicht praktizierten die baltischen Staaten, bevor sie der EU beitraten. Der Autor dieser Zeilen hat wiederholt die Kanzler Kohl, Schröder und Merkel gebeten, in diesem Sinne tätig zu werden. Ohne Erfolg, es gab lediglich den Hinweis, die EU sei zuständig. Auch Außenminister Guido Westerwelle ließ bei seinem kürzlichen Besuch in Königsberg jedweden energischen Einsatz zum Wegfall der Visumspflicht für Deutsche vermissen.

EU berät über Umfang des Grenzgebietes

Nun haben sich die Vorsitzende der Königsberger Gruppe in Hamburg, Ursula Zimmermann, und der Landesgruppenvorsitzende der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) in Hamburg, Helmut Klingbeutel, in dieser Angelegenheit an Gouverneur Nikolaj Zukanow, die Bundeskanzlerin und die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach, gewandt. Sie bitten die Adressaten, sich für die Aufhebung des Visumzwanges für Königsberg einzusetzen. Der polnische Generalkonsul in Königsberg hat inzwischen mitgeteilt, dass seine Behörde eine neue Dienststelle einrichtet, in der Russen einen gebührenpflichtigen Ausweis bekommen, der zum visafreien Übertritt in das polnische Grenzgebiet berechtigt. Gebühr: 20 Euro, Gültigkeitsdauer: fünf Jahre.

Wilhelm v. Gottberg

Belohnung für Getreue

Sachsen-Anhalt stellt trotz Personalabbau weitere Referenten für Minister ein

Rot und Schwarz geben sich in Sachsen-Anhalt als Sparmeister. Finanzminister Jens Bullerjahn von der SPD will weiterhin radikal Stellen im öffentlichen Dienst abbauen. Bis 2020 soll es 15 000 weniger Stellen im Landesdienst geben. Das betrifft die Bürger auch direkt. So wird ein Personalabbau bei der Polizei von vielen Bürgern abgelehnt. Daher soll in diesem Bereich nicht weiter Personal reduziert werden. Auch die umstrittene Kreisreform geht letztlich auf dieses Bemühen zurück.

Bullerjahn will einen dreistelligen Millionenbetrag einsparen. Die Zahl der Neueinstellungen zum Ausgleich altersbedingter Fluktuation wird von 800 auf 400 halbiert. All diese Vorhaben brachten dem Minister erheblichen Ärger mit der Dienstleistungsgewerkschaft „Ver.di“ ein.

Aber dieser Personalabbau gilt anscheinend nur für „normale“ Bedienstete. Nach einer Vereinbarung zwischen Ministerpräsident Rainer Haseloff (CDU) und Bullerjahn werden künftig jährlich vier Millionen Euro bereit gestellt, um 45 gut besoldete Planstellen neu zu schaffen. Dies betrifft, wie es heißt, Vertrauensstellungen bei Ministern, also Referenten, Büroleiter und andere Positionen im persönlichen Stab der Minister.

Den Vorwurf der Parteibuchwirtschaft, Ämterpatronage oder Trickserei weisen die Koalitionäre weit von sich. Regierungssprecher Franz Kadell versucht das zu erklären und spricht von „Gestaltungsspielräumen“ und einem „Nullsummenspiel“. Es gehe auch um den Neuzuschnitt der Ressorts. Dem Vorwurf, es würden vor allem durch Parteimitgliedschaft begünstigte Personen eingestellt, tritt Kadell ebenfalls entgegen. Die Stellen wären „mit jungen Frauen, nicht mit altgedienten Parteisoldaten“ besetzt worden.

Neue Stellen werden mit jungen Frauen besetzt

Allerdings erklärte der Regierungssprecher nicht, warum „junge Frauen“ nun besser qualifiziert sind als „altgediente Parteisoldaten“. Kritiker sehen das eher als Zugeständnis an die Frauen – sowie an Gleichstellungsbeauftragte und die Gender-Ideologen. Ein Sprecher von Minister Bullerjahn erklärte, mit den Stellen sollen in den Ministerien „neue Schwerpunkte mit neuen Leuten gesetzt“ werden.

Ralf Seibicke, der Chef des Landesrechnungshofs, hält die Umsetzung der Absprache der Koalition nur dann für möglich, wenn der Landtag die neuen Stellen bewilligt. Ansonsten gelte der vom Parlament beschlossene Stellenplan. Zumindest sei aber die Verabschiedung eines Nachtragshaushaltes notwendig. Da könnten aber die Probleme der Landesregierung anfangen, denn bei einer Abstimmung im Parlament müsste Haseloff in einer geheimen Abstimmung in seine Mehrheit fürchten, denn die verabredeten Pläne gefallen nicht jedem. Der Zorn müsste allerdings schon sehr groß sein, denn CDU und SPD verfügen im Landtag über 67 Stimmen, während Linke und Grüne zusammen auf nur 38 Mandate kommen. Ein CDU-Vertreter, der seinen Namen nicht in der Zeitung lesen will, maulte: Einige Parteisoldaten, „die im Wahlkampf tapfer gekämpft haben“, sollten offenbar versorgt werden.

Kritik kommt selbst von der CDU-Fraktion

Zudem muss bei jeder Neueinstellung die Zustimmung des Personalrates eingeholt werden. Die Interessenvertretung der Beschäftigten wird sich genau überlegen müssen, ob sie angesichts des Stellenabbaus und der damit einher gehenden Mehrbelastung für die verbleibenden Mitarbeiter ihre Zustimmung gibt. Will die Gewerkschaft glaubwürdig bleiben, kann sie eigentlich der Einstellung nicht zustimmen.

Sogar aus der mitregierenden CDU-Fraktion kam öffentliche Kritik. Die CDU-Landtagsabgeordnete Nicole Rotzsch, die vormals der Enquetekommission für die Personalentwicklung vorstand, erklärte: „Ich habe mir schon verwundert die Augen gerieben, dass ausgerechnet der Finanzminister, der ständig nur vom Stellenabbau redet, unterschreibt, dass 45 Stellen neu geschaffen werden.“ Diese Vorgehensweise ist zudem Wasser auf die Mühlen der SED-Erben. Deren Fraktionschef Wulf Gallert, ein altgedienter Genosse aus DDR-Tagen, sprach von „Selbstbedienungsmentalität“ und geißelte das Vorgehen als „ausgesprochen frech“: „Was hier geplant ist, kann nur noch mit dem Begriff ‚skandalös‘ umschrieben werden. Anscheinend sollten hier politisch Getreue mit gut bezahlten Jobs belohnt werden.“ Die Linken-Fraktion will in der kommenden Landtagssitzung die Regierung auffordern, die Pläne öffentlich zu machen.

Hans Lody

MELDUNGEN

Ringen um Agrarbudget

Brüssel – EU-Landwirtschaftskommisar Dacian Ciolos strebt bei der Agrarförderung, mit 58 Milliarden Euro größter Ausgabenblock der EU, eine Umverteilung der Mittel an. Von den Plänen, die unter anderem Prämien für den Umweltschutz und Förderhöchstgrenzen beinhalten, würden vor allem Kleinbetriebe in Osteuropa profitieren. Mit erheblichen Einbußen wird bei Umsetzung des Vorhabens bei größeren Betrieben, unter anderem in der deutschen Landwirtschaft, gerechnet. *N.H.*

Als Vermittler gut aufgestellt

Moskau – Während die Nato weiter Luftangriffe gegen Gaddafi fliegt, laufen bereits Beratungsgespräche, wie es nach dem Fall Gaddafis in Libyen weitergehen soll. Russland soll dabei eine Vermittlerrolle zufallen. Präsident Dmitrij Medwedew stellte dies beim jüngsten G8-Treffen in Aussicht. Er schickte als Sonderbevollmächtigten Michail Margelow nach Bengasi, um sowohl mit Gaddafi-Getreuen als auch aus Tripolis als auch mit Aufständischen zu verhandeln. Die G8-Partner würden es begrüßen, wenn es Medwedew gelänge, Gaddafi zum Rücktritt zu bewegen. Russland müsste dann aber, so Gaddafis Bedingung, für dessen Sicherheit sorgen. Für Moskau stehen finanzielle Verluste in Milliardenhöhe auf dem Spiel, denn auch als die Konflikte begannen, unterzeichnete Russland noch Verträge mit Gaddafi. Die russischen Verluste durch die vom Kreml mitgetragenen Sanktionen gegen Libyen belaufen sich schon auf vier Milliarden US-Dollar. Experten sagen eine Privatisierungswelle nach Gaddafi voraus. Um die Verträge nicht sämtlich abschreiben zu müssen, will Russland sich vorab schon gut aufgestellt wissen. *MRK*

Schwieriger Schritt ins Leben

Die Gründung der Republik Südsudan ist von zahlreichen Konflikten begleitet

Mit der Besetzung der umstrittenen Abyei-Provinz durch nordsudanesische Truppen steigen die Spannungen knapp vier Wochen vor der Unabhängigkeit des Südsudan. Das Hauptproblem des neuen Staates Südsudan ist seine schwache sozioökonomische Basis.



Vor der Wahl: Südsudanesen demonstrieren für ihre Unabhängigkeit. Bild: pa

Am Flughafen in Juba, der neuen Hauptstadt des Südsudan, hängt seit einigen Wochen ein großes Plakat mit den Worten „Wilkommen im jüngsten Staat Afrikas“. Am 9. Juli 2011 wird das offizielle Geburtsdatum der Republik Südsudan sein, welcher nach einem Referendum im christlich und animistisch dominierten südlichen Teil des Sudan im Januar 2011 entstanden ist. Trotz eines Friedensabkommens ist die Gewalt jedoch nicht aus dieser Region verschwunden, da das Referendum zu viele Fragen offengelassen hat. Sechs Wochen vor der anstehenden Loslösung des Südens vom restlichen Sudan wurde die Stadt Abyei nach Gefechten von der nordsudanesischen Armee eingenommen und besetzt. Hierbei soll es zu Bombardierungen aus der Luft gekommen sein. Die US-Regierung hat die Besetzung von Abyei als „unangemessen und unverantwortlich“ bezeichnet und nannte sie eine „direkte Verletzung“ des Abkommens vom Januar, das einen beiderseitigen Truppenabzug aus dem Gebiet vorsieht. Der UN-Sicherheitsrat hat das Vorgehen des Nordens als einen „kriminellen Angriff“ scharf verurteilt und beide Seiten zur Zurückhaltung aufgefordert.

Hauptstreitpunkt ist die genaue Grenzziehung zwischen den beiden Staaten. Das Referendum vom Januar konnte in einigen historischen Regionen des Südsudan nicht stattfinden, weil man sich nicht über den Kreis der Wahlberechtigten einigen konnte. Ursprünglich sollte parallel zum Unabhängigkeitsreferendum ein eigenes Referendum in Abyei stattfinden, in dem die Bevölkerung entscheiden sollte, ob das Gebiet zum Süden oder zum Norden gehören soll. Nach Auffassung der Vertreter des Südens sollte nur das sesshafte Dinka-Volk als „ursprüngliche Bevölkerung“ des Gebietes wahlberechtigt sein, da die arabisierten Misseriya-Nomaden dort nur wenige Monate im Jahr durchziehen würden. Die Vertreter des Nordens dagegen verlangten die Teilnahme auch der Misseriya am Referendum.

Nach der Volksabstimmung, die ein klares Votum für die Unabhängigkeit brachte, gab es häufiger

Klares Votum für die Unabhängigkeit

Kämpfe in Abyei. Im Entwurf für die Verfassung des Südsudan wird die ölreiche Region Abyei, wo nur wenige Zehntausend Menschen leben, ausdrücklich als Teil des Südens beansprucht. In Abyei herrscht infolge des nicht stattgefundenen Referendums eine Art Schwebezustand, den die nordsudanesische Armee ausnutzte, um die Region zu besetzen.

Die Öleinnahmen werden 2011 etwa 98 Prozent der öffentlichen Einkünfte des neuen Staates ausmachen. Die Vereinbarungen über die gemeinsame Nutzung der Öleinnahmen zwischen beiden Staaten sind recht vage. Da die zukünftige Staatsgrenze quer durch viele Ölfelder verlaufen wird, ist eine getrennte Förderung kaum möglich. Der Norden verfügt durch den Ölhafen Port Sudan, über den bislang die gesamten Ölexporte des Sudan gehen, über eine Trumpfkarte. Solange die neue Pipeline vom Südsudan ins kenianische Mombasa noch nicht fertig ist, ist der Süden also vom Wohlwollen der Regierung des Nordens abhängig, um sein Öl, seine wichtigste Ressource, zu exportieren und dadurch sein Überleben zu sichern.

Anhaltende Spannungen und die große Instabilität gefährden den noch sehr zerbrechlichen Südsudan. In drei von zehn Bundesstaaten machen lokale Milizen der südsudanesischen Befreiungsbewegung SPLA die Herrschaft streitig. Diese Milizen werden vom Norden unterstützt, um den neuen Staat, der fast 50 Jahre lang für seine Unabhängigkeit gekämpft hat, von Anfang an zu destabilisieren. Früher hat der gemeinsame Kampf gegen die islamistische Zentralregierung die Südsudanesen geeint, heute ist jedoch auch die Regierung des Südsudan eine Quelle der Unzufriedenheit. Während der Vorbereitung des Referendums zögerten die Führer der

Grenzverlauf zum Norden unklar

Opposition aus Angst, den Unabhängigkeitsprozess zu gefährden, ihre Anliegen zum Ausdruck zu bringen. Erst als das Referendum beendet war, erhob die Opposition wieder ihre Stimme und warf der Regierung mangelnde Partizipation am Prozess der Unabhängigkeit vor.

Die neue südsudanesische Regierung wird vor allem von ehemaligen Militärs gebildet, die die Politik und Verwaltung erst noch erlernen müssen. Die Militärausgaben haben in den letzten Jahren ein Drittel des Bruttosozialprodukts verschlungen, wenig Geld blieb übrig für wesentliche Dienstleistungen wie medizinische Versorgung oder Zugang zu Wasser. Bildung gibt es im Südsudan praktisch nicht , wo 90 Prozent der Bevölkerung von weniger als einem Dollar pro Tag leben muss. Der Mangel an grundlegenden Dienstleistungen wird umso schmerzlicher empfunden, als seit November 2010, laut Angaben der Internationalen Organisation für Migration, mehr als 261000 Flüchtlinge aus dem Norden in den Süden zurückgekehrt sind und hauptsächlich am Rande der großen Städte dahinvegetieren.

Da die Öleinnahmen in Zukunft deutlich zurückgehen werden, ist die Förderung von Wachstum durch Unterstützung des privaten Sektors für die Schaffung einer stabilen und nachhaltigen Entwikklung des jungen Landes unerlässlich. Dies gilt insbesondere für die Ausbeutung seiner Böden, die zu den fruchtbarsten Afrikas gehören. Die Herausforderung besteht darin, ein faires Gleichgewicht zwischen der Subsistenzwirtschaft und der Bodenspekulation zu schaffen, die entstanden ist, weil die Bodenressourcen weiter Teile Ostafrikas ins Visier multinationaler Agrobusiness-Konzerne aus Asien und den arabischen Ölstaaten geraten sind.

Die Unabhängigkeit des Südsudan fällt zusammen mit dem Ende von fast 50 Jahren Bürgerkrieg, entsprechend hoch sind die Erwartungen vor allem an eine Friedensdividende nach der Unabhängigkeit. Der Konflikt um die Grenzziehung könnte dazu führen, dass der Norden die Unabhängigkeit des Südens doch nicht anerkennt. Dann müsste der Süden auf die lang ersehnte Friedensdividende verzichten, die friedliche Geburt eines neuen Staates in Afrika wäre in letzter Minute gescheitert und das Schicksal des Südsudan von Anfang an auf eine harte Probe gestellt. *Bodo Bost*

Weltbevölkerung schrumpft

Studie prophezeit globale demografische Herausforderung

Eine Studie der Deutschen Bank prognostiziert, dass um das Jahr 2050 das Maximum der Weltbevölkerung erreicht sein wird. Sinkende Geburtenraten und überalterte Gesellschaften werden nicht nur für die westlichen Länder zu einer enormen Herausforderung: Während Deutschland auf die Ergebnisse der laufenden Volksbefragung wartet, hat Sanjeev Sanyal, einer der renommiertesten Wirtschaftswissenschaftler Asiens, in einer Analyse für die Deutsche Bank einen Blick auf die globale Bevölkerungsentwicklung geworfen.

Sanyal sieht schon in den frühen 2020er-Jahren den Punkt erreicht, ab dem aufgrund niedriger Geburtenraten keine vollständige Reproduktion der Bevölkerungszahlen mehr stattfinden wird. Den entsprechenden Wert von 2,3 Kindern pro Frau unterschritten inzwischen nicht nur europäische Länder, sondern auch aufstrebende Staaten wie Brasilien, Süd-Korea und China. In China ist die Reproduktionsquote auf 1,8 gefallen, während Indien immerhin noch bei 2,6 Geburten pro Frau liegt.

Zunächst verzögert durch eine zunehmende Lebenserwartung, werden die niedrigen Geburtenraten ab 2050 zu einer schrumpfenden Zahl der Weltbevölkerung führen. Die Vereinten Nationen gehen von einem Maximalwert von zehn Milliarden Menschen aus, der um das Jahr 2050 erreicht sein wird. Bereits die aktuellen Daten aus den USA, China und Indien lassen den Schluss zu, dass sich das Wachstum der Bevölkerung zunehmend abschwächt, und zwar stärker als bisher prognostiziert. In den USA hat sich der Bevölkerungszuwachs auf nur noch 0,9 Prozent jährlich ver-

Höchststand von 10 Milliarden in 40 Jahren erreicht

langsamt. In China reduzierte sich das Wachstum auf 0,56 Prozent, während Russlands Bevölkerungszahl bereits jährlich um 0,4 Prozent schrumpft. In Asien wird Indien eine Ausnahme von dieser Entwicklung darstellen. Zwischen 2010 und 2020 wird die Zahl der Menschen, die zusätzlich auf den indischen Arbeitsmarkt drängen, um 17 Prozent wachsen. Theoretisch hätte Indien damit die Möglichkeit, Ersatz zu schaffen für das schrumpfende Arbeitskräfteangebot in anderen Ländern. Ob die Chance dieser „demografischen Dividende“, die sogar einige Jahrzehnte bestehen wird, genutzt wird und flankierende politische Maßnahmen ergriffen werden, ist allerdings nicht absehbar.

Fast dramatisch ist die Prognose zu nennen, die für die demografische Entwicklung Chinas entworfen wird. Das Maximum der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte wird bereits in den nächsten Jahren erreicht sein. In den 2020er-Jahren wird die Zahl stetig abnehmen, bis es in den 2030er-Jahren zu einer Verknappung kommt, die in einen regelrechten Kollaps des chinesischen Arbeitsmarktes mündet. In einem relativ kurzen Zeitfenster muss bis dahin der Umbau von einer beschäftigungsintensiven Industriestruktur gelingen. Selbst eine Lockerung der Ein-Kind-Politik könnte an den demografischen Problemen mittelfristig nichts mehr ändern. Verschärft durch eine zunehmende Überalterung, nach Sanyal „wahrscheinlich die am schnellsten überalternde Gesellschaft der Geschichte“, ist für China der Punkt zum Umsteuern bereits vorüber.

Die demografische Herausforderung ist allerdings eine globale Angelegenheit. Das Ende der Zunahme der Weltbevölkerung in den nächsten Jahrzehnten zählt die Studie der Deutschen Bank sogar zu den wichtigsten Entscheidungspunkten in der bisherigen Menschheitsgeschichte. *Norman Hanert*

Doppelpass für Südtiroler

Italienische und österreichische Staatsbürgerschaft möglich

Im August 2010 hat die Autonomiebewegung „Süd-Tiroler Freiheit“ eine Kampagne gestartet, um den Südtirolern neben der italienischen den Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft zu ermöglichen. Hierdurch solle es für Österreich leichter werden, auf internationaler Ebene seine Rolle als Schutzmacht der Südtiroler wahrzunehmen. Außerdem ließen sich, so argumentieren die Befürworter, auf diesem Wege die wirtschaftlichen Beziehungen zum übrigen Tirol intensivieren und die strittige Frage der nationalen Zugehörigkeit südtiroler Sportler durch deren freie Entscheidung entschärfen.

Sowohl in Südtirol als auch in Österreich finden seitdem Informationskampagnen und Unterschriftensammlungen statt, die das Begehren unterstützen. Inzwischen haben sich sämtliche im Bozener Landtag vertretenen deutschen und ladinischen Parteien den Forderungen angeschlossen. Auch die von Südtirol abgetrennten Ladiner des Gebietes Hayden (ladinisch: Anpez, italienisch: offiziell Cortina d'Ampezzo) und Vertreter der Welschtiroler aus dem Trentin möchten wieder Österreicher werden. In Österreich selbst wird die Frage mittlerweile landesweit diskutiert und Vertreter aller österreichischen Parteien, sogar aus den Reihen der Grünen, haben ihre Unterstützung für ein solches Vorhaben bekundet.

Umstritten war bisher vor allem der rechtliche Rahmen, über den den Südtirolern ein Erwerb der österreichischen Staatsbürgerschaft ermöglicht werden

Wien sieht keine verfassungsrechtlichen Bedenken

sollte. Einen möglichen Präzedenzfall stellen die Bewohner der Siedlung Dreizehnlinden in Brasilien dar, die in den 90er-Jahren die österreichische Staatsbürgerschaft zugesprochen bekamen. Ihre Vorfahren waren, planmäßig von der damaligen österreichischen Regierung gefördert, als Bürger der (österreichischen) Ersten Republik nach Südamerika ausgewandert, sodass ihre Nachfahren nun nach dem Abstammungsprinzip eingebürgert werden konnten.

Auch die Südtiroler waren aus österreichischer Sicht nach dem Ersten Weltkrieg noch eine Zeit lang Bürger der Ersten Republik, sodass eine analoge Anerkennung prinzipiell denkbar wäre. Der zuständige Ausschuss des österreichischen Parlaments hatte diese Frage nun dem Innen- und dem Außenministerium sowie wegen ihrer verfassungsrechtlichen Aspekte auch dem Bundeskanzleramt vorgelegt. Ein Gutachten des Innenministeriums hatte schon vor seiner Bekanntgabe für Furore gesorgt, da es angeblich das gesamte Vorhaben für verfassungsrechtlich unmöglich erklären würde. Tatsächlich vertraten die Juristen die Ansicht, dass es nach der jetzigen Gesetzeslage nicht möglich sei, die Staatsbürgerschaft ausschließlich an die Südtiroler zu vergeben. Hierfür sei eine Änderung des Gesetzes nötig.

Eine solche einfache Gesetzesänderung ist weitaus unkomplizierter als eine Änderung der Verfassung, sodass die Einbürgerungsbefürworter aufatmen konnten. Inzwischen hat auch das Bundeskanzleramt bestätigt, dass es in dieser Frage keine verfassungsrechtlichen Bedenken gebe. Angesichts des parteienübergreifenden Grundsatzkonsenses werden die Südtiroler daher wohl bald die Möglichkeit haben, auch die Staatsangehörigkeit ihrer Schutzmacht zu erwerben. *Thomas W. Wyrwoll*

Inkompetenz oder Korruption?

Griechische Kreditausfallversicherungen wurden trotz der finanziellen Schieflage des Landes verkauft

Georgios Papandreou sieht sich im griechischen Parlament mit brisanten Anschuldigungen konfrontiert. Obwohl regierungsintern die finanzielle Schieflage des Landes bereits bekannt war, hat die staatlich kontrollierte Hellenic Postbank noch im Dezember 2009 Kreditausfallversicherungen veräußert. Käufer der Papiere waren private Investoren, die zum Bekanntenkreis des Bruders von Ministerpräsident Papandrou zählen.

Auf den ersten Blick machen die Geschäfte der Hellenic Postbank mit Kreditausfallversicherungen (CDS) auf griechische Staatsanleihen in der zweiten Hälfte des Jahres 2009 nur den Eindruck einer gehörigen Portion Inkompetenz. Sollte die Geschäftsführung der Bank, deren größter Aktionär der Staat Griechenland ist, nichts davon mitbekommen haben, dass die eigene Regierung intern bereits Verhandlungen mit dem Internationalen Währungsfonds über ein Hilfsprogramm aufgenommen hat? Die erst im Sommer 2009 von der Bank angekauften CDS-Papiere wurden bereits im Dezember 2009 weiterverkauft. Im Nachhinein gesehen zum denkbar ungünstigsten Zeitpunkt.

Kurz nach dem Verkauf wurden auch in der breiten Öffentlichkeit Details zur wahren Finanzlage Griechenlands bekannt. Inzwischen hat sich die Lage so weit zugespitzt, dass sogar ein Staatsbankrott nicht ausgeschlossen scheint. Die Bonität Griechenlands wird aktuell so schlecht eingeschätzt, dass zur Absicherung griechischer Anleihen im Wert von zehn Millionen Euro Versicherungsprämien in Höhe von 1,38 Millionen Euro fällig werden. Die CDS-Papiere, die von der Hellenic Postbank im Dezember 2009 für 1,3 Milliarden Euro an eine in Genf ansässige Firma verkauft wurden, haben inzwischen einen Marktwert von 23 Milliarden Euro. Im Falle eines tatsächlichen Staatsbankrotts würde sich der Marktwert sogar auf 60 Milliarden Euro erhöhen.

Dass bei dem Geschäft nur eine völlige Fehleinschätzung der finanziellen Situation Griechenlands durch die Hellenic Postbank vorlag, wird inzwischen von Vertretern der Opposition angezweifelt. Panos Kammenos, Abgeordneter der Nea Dimokratia, hat in der Öffentlichkeit im Zusammenhang mit dem Geschäft schwere Vorwürfe erhoben. Im griechischen Fernsehen verlangte er von Ministerpräsident Papandreou Aufklärung über die damaligen Vorgänge: „Klären sie uns auf, wieso hat die Hellenic Postbank die CDS an eine private Firma verkauft, just zu dem Zeitpunkt, als die geheimen Gespräche von Papandreou mit Strauss-Kahn stattfanden und die CDS anschließend in den folgenden Monaten explodiert sind?“

Dem Staat gingen 23 Milliarden Euro verloren

Kammenos gilt innerhalb der griechischen Politik keineswegs als „Hinterbänkler“ – in der Vergangenheit hat er sich einen guten Ruf in zahlreichen Untersuchungsausschüssen bei der Aufklärung von Korruptionsfällen erarbeitet.

In der Tat sind die Umstände des Geschäfts merkwürdig. Dass Papandreou die Öffentlichkeit mit der Aussage „Es ist genug Geld da“ belogen hat, während er hinter den Kulissen bereits mit dem Internationalen Währungsfonds Verhandlungen aufgenommen hatte, ist in Griechenland inzwischen weithin bekannt.

Sollte von dem Täuschungsmanöver aber auch die staatlich kontrollierte Postbank betroffen gewesen sein? Zweifel sind angebracht, zumal bei der Postbank selbst genug Einblick in die finanzielle Lage des Landes vorhanden gewesen sein dürfte. Noch fragwürdiger wird die Transaktion allerdings, wenn man einen Blick auf die Käufer der CDS-Papiere wirft, die bei dem Geschäft eine besonders „glückliche Hand“ bewiesen haben. Gesellschafter des Unternehmens sind bekannte griechische Persönlichkeiten, unter anderem Miranda Xafa, ehemalige Ökonomin beim Internationalen Währungsfonds, sowie Theodore Margellos, der bereits in der Vergangenheit wegen umstrittener Exportgeschäfte im Blick der Öffentlichkeit stand.

Es ist aber vor allem ein Name, der in der griechischen Öffentlichkeit Argwohn erregt: Jose-Maria Figueres. Dieser gilt als Bekannter von Andreas Papandreou Jr., dem Bruder des Ministerpräsidenten. Beide sitzen gemeinsam im Vorstand einer anderen Gesellschaft. Den Nachweis, dass sich die Familie Papandreou persönlich bereichert hat, konnte Panos Kammenos noch nicht erbringen. Bisher haftet dem Geschäft nur der starke Verdacht einer Begünstigung Dritter an. Solange die Vorwürfe durch einen Untersuchungsausschuss des Parlaments nicht geklärt sind, muss sich zumindest die Hellenic Postbank den Vorwurf völliger Inkompetenz gefallen lassen. Der Gewinn für die Bank durch den Verkauf soll sich auf 35 Millionen Dollar belaufen, während die Investorengruppe ihren Einsatz von 1,3 Milliarden Euro vervielfacht hat.

Hätte die Hellenic Postbank die Kreditausfallversicherungen erst jetzt veräußert, könnte Griechenland den Gerüchten über eine drohende Zahlungsunfähigkeit etwas gelassener entgegen sehen. Die Staatskasse würde 23 Milliarden Euro mehr vorweisen. *Norman Hanert*



Protest von Staatsbetriebsbediensteten: Nicht nur sie bereichern sich in Griechenland auf Kosten des Staates. Bild: pa

KURZ NOTIERT

Ifo-Chef Sinn bezeichnet Euro-Zonen-Chef Juncker als Fehlbesetzung: Der Chef des Münchener Ifo-Instituts, Hans-Werner Sinn, wirft dem Vorsitzenden der Euro-Zone, Jean-Claude Juncker, Parteilichkeit im Streit um einen Schuldenschnitt für Griechenland vor. Der Luxemburger sei eine „Fehlbesetzung“. Juncker kämpfe nicht gegen den Schuldenschnitt, um Europa, sondern um seiner Heimat zu helfen. Dort mache die Bilanzsumme der Banken das 18-fache des Bruttoinlandsprodukts aus, in Deutschland nur das Zweieinhalbfache. Bei einem Schuldenschnitt müssten Banken, die griechische Papiere halten, mit hohen Verlusten rechnen. *H.H.*

Gazprom profitiert von Fukushima: Bei einem Treffen mit dem russischen Präsidenten Dmitrij Medwedew zeigte sich Gazprom-Chef Alexej Miller äußerst zufrieden über den Anstieg des Öl- und Gasexports des Staatsunternehmens. Der Gasexport überstieg im ersten Quartal dieses Jahres den Vorjahreswert um bis zu 30 Prozent im Monat Mai. Grund für die verstärkte Nachfrage sei die Lage vor allem nach der Reaktorkatastrophe in Japan, aber auch die Lage im Nahen Osten und Nordafrika, so Miller. Experten warnen jedoch vor verfrühtem Optimismus, denn sie gehen davon aus, dass bereits im zweiten Halbjahr das Pendel in die Gegenrichtung ausschlagen wird. Weil viele Europäer enorme Preissteigerungen im Herbst erwarten, würden sie ihre Gasvorräte auffüllen. Wenn die Läger voll sind, werde die Nachfrage automatisch sinken. *MRK*

Deutschlands Export dominiert europäischen Chinahandel: Rund 45 Prozent aller EU-Exporte nach China stammen aus Deutschland. Das entspricht der China-Exporten von Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und den Niederlanden zusammengenommen. Insgesamt steuert Deutschland knapp ein Drittel zu den Exporten der Europäischen Union bei, was nur wenig über seinem Gesamtbeitrag am Bruttoinlandsprodukt der Gemeinschaft liegt. *H.H.*

Rosinenpicker

Karstadt-»Retter« gefährdet den Konzern

Gleich hinterm Karstadt-Haupteingang ist erst einmal eine Verkaufssonderfläche zu überwinden. Eng zusammengestellte Ständer mit großgeblümten Blusen für die Dame ab 70 sind zu passieren, bevor man gleich daneben die Parfumabteilung erreicht. Dieses seit Jahrzehnten vertraute Erscheinungsbild wirkt angesichts der Debatten um die Zukunft des angeschlagenen Karstadt-Konzerns Fragen auf. Wollte der im vergangenen Jahr als Retter gefeierte US-Milliionär Nicolas Berggruen, der die Karstadt-Kaufhäuser 2010 für den symbolischen Kaufpreis von einem Euro erworben haben soll, das Traditionsunternehmen nicht umstrukturieren? Bisher ist davon nicht viel zu sehen.

Dafür gelangte der offenbar zuvor nicht mit dem Aufsichtsrat abgestimmte Konzernaufspaltungs-Plan des 49-jährigen, weltweit aktiven Geschäftsmannes in die Schlagzeilen. Ausgerechnet das wegen mangelnder Wirtschaftskompetenz als Quotenfrau belächelte Aufsichtsratsmitglied Doris Schröder-Köpf schlug als erste Alarm. Der Aufsichtsratsvorsitzende Alain Caparros, im Hauptberuf Chef der Rewe-Supermärkte, trat sogar im April wegen eines unterschiedlichen Verständnisses „über die Rolle des Aufsichtsrats in der strategischen Ausrichtung des Unternehmens“ zurück. Berggruen ersetzte ihn sofort durch Jared Bluestein. Dieser arbeitet seit 15 Jahren für Berggruen und verkündete Mitte Mai offiziell, dass Warenhäuser, Sporthäuser und Premium-Häuser – die drei Bereiche der Karstadt-Kette – künftig rechtlich eigenständig sein sollen. Er bestätigte damit indirekt das, wovor Schröder-Köpf gewarnt hatte: Berggruen schafft die Möglichkeit, sich die Rosinen aus dem Karstadt-Konzern herauszupicken, in dem er das rentable Luxus- und Sportgeschäft von allen Lasten befreit und die Karstadt-Stammhäuser doch noch in die Insolvenz laufen lässt. Da es bisher keine Hinweise auf ein überarbeitetes Geschäftsmodell für die Stammhäuser gibt – obwohl die Zeit drängt, schließlich läuft Ende August 2012 der mit erheblichen Kostenvorteilen verbundene Sanierungstarifvertrag aus – spricht einiges dafür, dass der als edler Retter gefeierte Berggruen gar nicht so uneigennützig agiert, wie gehofft. Noch in diesem Monat soll ein detaillierter Plan für die Zukunft des Konzerns vorgelegt werden. *Bel*

Populismus contra Wirtschaftlichkeit

In Österreich wird Energiepolitik durch Wahltaktik fehlgeleitet

Der deutsche Kernenergie-Ausstieg wurde in Österreich meist mit „Genugtuung“ registriert. Ohne daran zu denken, dass heimische Zulieferer Einbußen erleiden, dass Pumpspeicherkraftwerke zum Wiederauffüllen der Speicher (und anschließender Produktion von Spitzenstrom) eines Tages keine überschüssige Grundlast mehr aus deutschen Kernkraftwerken verfügbar haben könnten und dass länderübergreifende Netzzusammenbrüche wahrscheinlicher werden.

Für manchen war der deutsche Beschluss ein Déjà-vu-Erlebnis, denn auch westlich von Wien gibt es ein Atomkraftwerk – das nie in Betrieb ging. Boulevard-Medien und die beginnende „Grün“-Bewegung hatten eine Angst-Kampagne gestartet, Bundeskanzler Bruno Kreisky, ein erklärter AKW-Befürworter, sah den nächsten Wahlausgang gefährdet und drückte sich mit einer Volksabstimmung um die Verantwortung. Die brachte 1978 ein knappes Nein – aber fünf weitere Jahre SPÖ-Alleinherrschaft waren gesichert. Das Abschreiben der Milliarden-Investition traf ohnehin „nur“ einen Staatsbetrieb, und ein nahe dem AKW, noch vor der CO2-Hysterie, errichtetes Ersatzkraftwerk wird eben mit polnischer und tschechischer Kohle betrieben. Nach Kreiskys Abgang starteten der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Industrie gemeinsam eine Initiative zur Revision des „Atom-Verbots“. Doch dann kam Tschernobyl, und seither kann es kein Politiker mehr wagen, sich für Kernkraft auszusprechen. Der neuernannte Wissenschaftsminister Karlheinz Töchterle (ÖVP) erntete darum gleich Beifall für die Forderung nach Umwidmung von Euratom-Geldern für „Ausstiegsforschung“.

Alternative Energien allein können den Bedarf nicht decken

Österreich kann zwar den größeren Teil seines Strombedarfs aus Wasserkraft decken und könnte den Anteil sogar noch erhöhen. Aber die Jahrzehnte, als alle stolz waren auf die neuen Kraftwerke, insbesondere die Großspeicher in den Alpen und die Laufkraftwerke an der Donau, sind vorbei, und in jüngerer Zeit waren keine größeren Vorhaben mehr durchsetzbar. Denn Genehmigungsverfahren werden durch einen Wildwuchs an Vorschriften, zu denen mit der EU auch noch übernationale kamen, durch diverse, oft ferngesteuerte „Non Governmental Organizations“, durch Bürgerininitiativen und durch politische Trittbrettfahrer endlos verzögert. Ein bereits genehmigtes Laufkraftwerk an der Traun etwa wurde verzögert, weil man an der Baustelle ein Massengrab fand. Für die Grünen ging es prompt um KZ-Opfer – aber dann waren es nur Tote aus den Bauernkriegen.

Der Gesamtenergiebedarf Österreichs muss ohnehin zum größeren Teil durch Importe gedeckt werden – auch von „Atom-Strom“. Denn Kohle ist kaum vorhanden, und die Öl- und Gas-Lager gehen zur Neige. Die heute teilprivatisierte OMV kann für sich buchen, dass sie nicht nur ihr Tankstellennetz nach Bayern, Oberitalien, Südosteuropa und in die Türkei erweiterte, sondern auch Raffinerien zukaufte und Erschliessungsprojekte im Nahen Osten in Angriff nahm, woher auch das meiste Öl importiert wird. Gas kommt überwiegend aus Russland, und „ausgegaste“ Lagerstätten dienen als unterirdische Zwischenlager, die etwa bei der Ukraine-Krise 2009 Versorgungsengpässe vermeiden halfen. Für ein Binnenland ohne eigene Vorkommen ist und bleibt aber die Weltpolitik das Hauptrisiko fossiler Energieträger.

Die „alternativen Energien“ werden zwar hochjubelt, könnten aber schon allein aus Klima-Gründen nur einen Teil des österreichischen Bedarfs decken. Eine touristisch genutzte Landschaft kann man eben nicht großflächig mit Windrädern und Kollektoren verschandeln. Und die „Öko-Bilanz“, wenn ehrlich kalkuliert, ist meist auch viel schlechter als behauptet, bis auf Holz aus dem Wald, der laut Prognosen schon gestorben sein müsste. Doch auch bei Holz muss man eben noch den Transport einrechnen.

Klar scheint jedenfalls, warum das Schulniveau noch weiter gesenkt werden muss, vor allem hinsichtlich Physik und Wirtschaft. Denn sonst könnte jemand daraufkommen, dass es „erneuerbare Energien“ gar nicht gibt, weil Energie immer nur von einer Form in eine andere verwandelt werden kann, und dass die für „saubere Energien“ unverzichtbaren Subventionen immer erst von der „schmutzigen“ Real-Wirtschaft erarbeitet werden müssen. *R. G. Kerschhofer*

Kassen-Wandertag

Von Sverre Gutschmidt

Die Gesundheitsreform schaffte mit der Regelung, alle Einnahmen der Krankenversicherungen (KV) in einen Topf zu werfen (Gesundheitsfonds) und dann zur Verteilungsschlacht zwischen den Kassen aufzurufen, viel Extra-Bürokratie. Die Kassen lernen, sich krank zu rechnen, um viel zurückzuerhalten. Was als fauler Kompromiss startete, hat nicht einmal nötigste Anpassungen in Form der Reform teurer KV-Verwaltung erfahren. Die Zusammenlegung nicht lebensfähiger Kassen blieb aus, Angst um abwandernde Versicherte lähmt sie. Gesundheitsministerium und Versicherungsaufsicht halten sich bedeckt, um keine panische Angst vor der großen Pleite auszulösen. Doch gerade Ältere und chronisch Kranke zahlen, entgegen den Beteuerungen der Politik, die Zeche der handwerklich schlechten Reform. Mit mehr „freiwilligen" Leistungen ködern derweil Ärzte ihre Patienten. Die Pleite bereits weniger weiterer Kassen könnte einen Domino-Effekt auslösen: Bei angespannter Lage müssen verbleibende Kassen die Verpflichtungen der geschlossenen mit bis zu 2,5 Prozent ihrer eigenen Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds übernehmen – für manche wohl zu viel.

Schuldig

Von Wilhelm von Gottberg

Mit einer großen Regierungsdelegation ist die Bundeskanzlerin in die USA gereist, mit dabei Finanzminister Wolfgang Schäuble und Verteidigungsminister Thomas de Maizière. Damit wird deutlich, es geht um Geld und um Militäreinsätze. Der Besuch der Kanzlerin ist protokollarisch aufgewertet worden. Obwohl offiziell kein Staatsbesuch, enthält das Protokoll dennoch Elemente eines Staatsbesuches. Die Begrüßung erfolgte mit militärischen Ehren, es gab ein privates Abendessen mit Obama sowie ein weiteres Vieraugengespräch mit dem amerikanischen Präsidenten. Höhepunkt des Besuches ist die Auszeichnung Merkels mit der Freiheitsmedaille – der höchsten zivilen Auszeichnung der USA. Das offizielle Amerika hat im Vorfeld des Besuches deutlich gemacht, worum es geht. Deutschland soll sich beim Wiederaufbau Libyens engagieren, die US-Interessen bei der Bewältigung der europäischen Schuldenkrise beachten und in Afghanistan im Einklang mit amerikanischen Interessen handeln. Im Klartext: Deutschland soll imperiale amerikanische Politik unterstützen. Das ist die Erwartungshaltung der USA und dafür wird Merkel schon mal vorab mit der Freiheitsmedaille geehrt.

Da der Kanzlerin innenpolitisch der Wind ins Gesicht bläst, wird die Auszeichnung ihrer Befindlichkeit gut tun. Ob sie wohl bedacht hat, dass mit der Annahme der Auszeichnung eine Abhängigkeit zu den USA geschaffen wurde? Zweifel sind angebracht. Sie hätte gewarnt sein müssen. Erst kürzlich hatte Altkanzler Helmut Schmidt geäußert, dass die USA sich daran gewöhnt hätten, dass Völkerrecht für sich selbst nicht für zwingend zu halten. Irak und Libyen sind Beleg dafür.

Was aus der CDU geworden ist

Von Karl Feldmeyer

Der Beschluss der Bundeskanzlerin und CDU-Vorsitzenden Angela Merkel, aus der Atomenergie auszusteigen, hat nicht nur die politische Landschaft Deutschlands grundlegend verändert. Auch die CDU/CSU und die Grünen, die in der Atomfrage bislang gegeneinander standen, befinden sich nun in einer neuen Lage.

Mit dem Regierungsbeschluss, alle Kernkraftwerke bis 2022 stillzulegen, hat sich das Thema erledigt, das für die Masse der Grünen identitätsstiftend war. Damit, dass die Grünen ihr wichtigstes Ziel erreicht haben, haben sie es aber zugleich verloren. Somit benötigen sie ein neues Thema, mit dem sie ihre Anhänger zusammenhalten und motivieren können. Das könnte schwierig werden.

Verglichen mit dem, was der Ausstiegsbeschluss für CDU und CSU bedeutet, nimmt sich dies allerdings relativ unproblematisch aus. Für die CDU ist mit der Abkehr von der zivilen Nutzung der Kernenergie die letzte Position gefallen, die vom einstigen politischen Profil der CDU übrig geblieben war. Merkel hat damit weder von den politischen Positionen, die vor ihrer Zeit das Profil der CDU ausgemacht hatten, etwas übrig gelassen noch vom einstigen Führungspersonal.

> Mit dem Atomausstieg ist die letzte Position des CDU-Profils gefallen

Ihr neuer Kurs begann mit der Preisgabe der alten CDU-Position „Deutschland ist kein Einwanderungsland" und dem Umschwenken auf die entgegengesetzte Position der Grünen. Er setzte sich fort mit dem völligen Profilverlust in der Wirtschafts- und Ordnungspolitik, der Finanz- und Steuerpolitik sowie der Gesundheitspolitik. In der Familienpolitik vollzog Merkel eine 180-Grad-Wende. An die Stelle bürgerlich-christlicher Wertvorstellungen setzte sie das sozialistische Familienbild, das die Mutter in die Produktion und die Kinder in die Krippe schickt.

Die Wehrpflicht schaffte sie binnen weniger Wochen ab, ohne dafür eine überzeugende Begründung zu geben – was sie aber nicht daran hinderte, bis kurz vor der Entscheidung sich öffentlich zur Wehrpflicht zu bekennen. In der Europapolitik wurde sie vertragsbrüchig. Sie setzte sich über die von Kohl ausgehandelten Verträge von Maastricht, die die Stabilität des Euro gewährleisten sollten, hinweg, das gilt insbesondere für die „No bail out"-Klausel, die Transferleistungen zwischen den Euro-Staaten ausdrücklich verbietet, und schuf den vertragswidrigen Euro-Rettungsfonds. Das ist das Loch, in das seit einem Jahr die Milliarden der deutschen Steuerzahler fließen, um Griechenland und anderen Betrug, Korruption und Misswirtschaft zu finanzieren, kurz: Sie schüttet seither unser Geld in ein Fass ohne Boden.

Die Frage, warum sich dagegen in der CDU kein Entrüstungssturm erhebt, ist leicht zu beantworten: Weil keiner mehr da ist, der ihn entfachen könnte. Merkel hat alle ausgebootet, die eine Alternative zu ihr hätten werden können. Das begann mit Rühe und setzte sich fort über Merz, Koch und andere. Im Präsidium und im Vorstand sitzen heute Politiker, die man getrost als politische No-Names bezeichnen kann. Genau genommen hat Merkel die CDU als politische Kraft abgeschafft. Das kann nicht einmal deren Konkurrenten freuen.



„Atomkraft? Nein Danke": Die einstmals grüne Position hat sich das Bundeskanzleramt zu eigen gemacht und damit der Union wie den Grünen ein Identitätsproblem verschafft.

Bild: dpa

Gastkommentar

Kritische Gedanken zu unserer Zeit

Von Christian von der Groeben

Wir, die noch lebende Kriegsgeneration, haben nach den furchtbaren Vorkommnissen von Krieg, Flucht und Vertreibung – viele sind davon traumatisiert geblieben – eine beispiellose positive Entwicklung in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts bis zum Wunder der Wiedervereinigung erleben dürfen. Negative Entwicklungen der letzten Jahrzehnte geben allerdings Anlass zu Besorgnis für die Zukunft unseres Landes oder sogar der ganzen zivilisierten Welt.

Der Physiker und Energieexperte Gustav Krüger behauptet z. B.: „Wir leben in einem Irrenhaus, und wie in einem richtigen Irrenhaus merken die Insassen nicht, dass sie in einem Irrenhaus leben." Die Frage bei all dem Irrsinn dieser Welt ist immer zu stellen: „Cui bono?" oder: Wem nützt es, wer verdient daran?

Unsere häufig unredlichen Politiker ohne Rückgrat sind Meister des Vertuschens und der Verniedlichung, die nur auf die Aussichten der nächsten Wahl schauen. Um abzulenken, werden zunehmend neue Lebensformen gefördert, auf allen Ebenen Frauenquoten und sogar Migrantenquoten eingeführt, um modern und fortschrittlich zu erscheinen. Die eigentlich erfolgreichste Landesregierung (Baden-Württemberg) wurde aus dem Amt gefegt, wobei der „erdrutschartige Sieg" der Grünen allerdings nur auf 16 Prozent der Wahlberechtigten beruht, denn bei einer Wahlbeteiligung von 66.2 Prozent erhielten die Grünen 24,2 Prozent der abgegebenen Stimmen. In Bremen dagegen wurde wieder die Landesregierung bestätigt, die für die höchste Verschuldung, höchste Arbeitslosigkeit und Spitzenplatz bei allen Negativstatistiken steht. Trotzdem wird dem mündigen Wähler immer wieder Verstand und Weitsicht bestätigt.

Korruption, Bestechung und Steuerhinterziehung sind allgegenwärtig. Deutschland gilt trotz eines Schuldenbergs von über 1,7 Billionen Euro als wirtschaftliche Lokomotive in Europa. Aber: 35 Generationen haben daran abzuzahlen, falls keine neuen Schulden mehr gemacht werden. Neben den insolventen europäischen Ländern ist die „Weltmacht" USA mit Schulden von über 14 Billionen US-Dollar seit langem pleite. EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso: „Wir verteidigen den Euro; koste es, was es wolle!" Und der Chef der Euro-Gruppe, Jean-Claude Juncker, sagt zu den Problemen des Euro: „Wenn es ernst wird, müssen wir lügen." Die Politik sollte endlich wieder in die Realität zurückkehren, denn inzwischen geht das Gespenst um, dass einige Länder wieder aus der Euro-Währung aussteigen müssen. Oder steuern wir auf die nächste große Inflation, Deflation bzw. Währungsreform zu?

> »Wer in einer Demokratie die Wahrheit sagt, wird von der Menge getötet«

Windräder werden errichtet, wo wenig Wind weht, Solardächer installiert, wo wenig Sonne scheint. Mit unvorstellbar hohen Subventionen auf viele Jahre werden Staat und Bürger belastet. Ein alternatives (grünes) Weltbild hat die Mitte der Gesellschaft erreicht. Eine Kommentierung von Atomausstieg und Energiewende würde diesen Rahmen sprengen, denn auch der geordnete Ausstieg aus der Kernenergie bleibt weiterhin belastet durch das ungelöste Endlagerproblem. Gegen die Produktion von Biotreibstoffen aus Energiepflanzen wird jedoch zunehmend Widerstand zu erwarten sein.

Nun zum Horrorszenarium des Anstiegs des Meeresspiegels durch die angeblich beschleunigte Aufheizung der Erdatmosphäre: Seit nahezu 150 Jahren gibt es Pegelmessungen. Diese zeigen eine Abschwächung des Meeresspiegel-Anstieges in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhundert. Seit etwa 20 Jahren wird nun der Meeresspiegel mit speziellen Radar-Methoden von Satelliten aus gemessen. Daraus ergibt sich für diesen Zeitraum ein mittlerer Anstieg von 2,8 mm pro Jahr. Seit 100 Jahren zeichnet der Pegel Norderney auf: So betrug von 1906 bis 2005 sein Anstieg 24,3 Zentimeter. Daher hat auch das Intergovernmental Panel of Climate Change seine Anstiegsprognosen für 2100 von 63 auf 39 Zentimeter zurückgenommen.

Der Artenschutz verursacht seit Jahrzehnten Bauverzögerungen und Mehrkosten in Milliardenhöhe. Nur die erhöhten Planungskosten aus Auflagen der Ökorichtlinien im Bundesfernstraßenbau 2004 bis 2014 betragen 440 Millionen Euro, bei den tatsächlichen Baukosten betragen die Mehrkosten 6,3 Milliarden Euro. Bäume reichen bereits aus, den Volkszorn hochkochen zu lassen. Aber was kümmert es die Aktivisten, wenn die (nicht einmal heimischen) Platanen und der Juchtenkäfer gerade so nützlich sind im bizarren Kampf gegen den Stuttgarter Bahnhofsbau. Zur Artenvielfalt bei Tieren und Pflanzen sind weder Vorschriften noch Schutzvorrichtungen, sondern nur ein vernünftiges Verhalten seitens der Menschen nötig.

Nur „Bio" ist in; das Stichwort „Gen" birgt schon umfangreichen Diskussions- bzw. Zündstoff, ohne die bewiesenen und möglichen positiven Aspekte überhaupt zu überdenken.

Unbequeme Wahrheiten (Sarrazin: „Deutschland schafft sich ab") werden ignoriert und schöngeredet. Die Weltbevölkerung wächst alle 12 Jahre um eine Milliarde. Die Feststellung, dass z. B. Afrikas Bevölkerung sich innerhalb der vergangenen 60 Jahre verfünffacht hat und sich in den nächsten 20 Jahren noch einmal verdreifachen wird, beunruhigt unsere vielen „Gutmenschen" offensichtlich nicht. So fordert die Grünen-Parteivorsitzende Claudia Roth eine vorübergehende Aufnahme der Flüchtlinge und Unterstützung durch Studien und Stipendien, um ihnen bei der Rückkehr und dem Aufbau ihrer Heimatländer zu helfen. Man kuriert ratlos an den Symptomen; dabei drängt das Problem und die Bevölkerungszahlen steigen weiterhin, d. h. der Druck wird sich verstärken und möglicherweise in Gewaltaktionen Bahn brechen. Es muss nach Wegen gesucht werden, die es z. B. den Bewohnern Afrikas ermöglichen, ein Leben mit Zukunftschancen auf ihrem eigenen Kontinent zu führen.

> Der negative »Zeitgeist« wird von Deutschland angeführt

Religiöser Wahn führt seit Jahrhunderten zu Kriegen, Vertreibungen und in den letzten Jahrzehnten zudem zu unkalkulierbarem Terrorismus. Da immer mehr Menschen sich von den Kirchen abwenden, werden diese ihrer ursprünglichen Aufgabe, das Volk ruhigzustellen, nicht mehr gerecht. Dagegen erleben Sekten und sonstige Heilslehren wieder mehr Zulauf. Die Zeugen Jehovas prophezeien uns sogar bessere Zeiten ohne Hunger und Krankheiten in einer intakten Umwelt.

Die Gesundheitskosten überrollen inzwischen unsere überalterte Gesellschaft; zügellose Lobbyisten sorgen dafür, dass gutgemeinte Gesundheitspolitik auch in Zukunft ohnmächtig bleibt. Seit Jahrzehnten wird auch mit Schlankheitsdiäten viel Geld verdient. Inzwischen ist bei allen Fachleuten unstrittig, dass alle Diäten nutzlos sind und nur mehr Bewegung und weniger Essen hilfreich sind.

Nicht einmal im Sport geht es mit rechten Dingen zu. Undurchsichtige Skandale auf höchsten Ebenen, Schmiergeldaffairen und regelmäßige Dopingvorfälle verderben immer wieder unsere Freude am Spitzensport.

Fazit: Seit Jahren werden Ängste geschürt vor dem baldigen Weltuntergang durch die von Menschen verursachte „Klimakatastrophe", wozu uns die „geborenen Gutmenschen" schon Ozonloch, Waldsterben, Flüssesterben, Robbensterben, Atomtod, Erderwärmung usw. „verkauft" haben. Dieser negative „Zeitgeist" wird inzwischen angeführt von einem verzagten Deutschland, das so aber politisch, militärisch und wirtschaftlich in die völlige Bedeutungslosigkeit absinken wird. Abschließend ein Rat des Königsberger Philosophen Immanuel Kant (1774–1804): „Habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen, um dich aus der selbstverschuldeten Unmündigkeit zu befreien."

Barocke Pracht aus Wien in Frankfurt

Eine Ausstellung im Liebighaus mit Exponaten aus Elfenbein zeigt die Kunst der Drechsler und Schnitzer

Der Handel mit Elfenbein ist heute weitgehend verboten. Durch die steigende Nachfrage nach dem Weißen Gold und den Einsatz moderner Waffen im vergangenen Jahrhundert gerieten ganze Tierarten an den Rand der Ausrottung.

Das 1973 eingeführte Washingtoner Artenschutzübereinkommen soll diesen Raubbau an der Natur unterbinden, dennoch versuchen Schmuggler immer wieder, dieses Verbot zu umgehen, wie ein Fund des Leipziger Zolls erst kürzlich zeigte. 35 Kilogramm Elfenbein aus Nigeria waren als Schmuck verarbeitet in unscheinbare Pakete verpackt.

Schon in der Antike war Elfenbein ein beliebter Werkstoff, der wegen seiner Elastizität und gleichzeitiger Härte von Bildhauern geschätzt wurde. Zudem war

> Auch der Thron des Salomo war aus Elfenbein gefertigt

die schimmernde Transparenz und die feine Äderung besonders gut geeignet, um Fleischtöne natürlich wiederzugeben. So schuf Phidias große Götterstatuen aus Elfenbein und in der Bibel wird berichtet, dass der Thron des König Salomo aus eben diesem Stoff zusammengesetzt gewesen sein soll.

Besonders im Barock war die Nachfrage nach dem Werkstoff außerordentlich groß. So erlebte die Elfenbeinkunst ihre höchste Blüte im Wien des 17. Jahrhunderts. Eine Ausstellung in der Skulpturensammlung des Frankfurter Liebighauses zeigt derzeit die barocke Pracht am Wiener Hof. Die Ausstellung mit Schätzen aus der Kunstkammer des Kunsthistorischen Museums in Wien wurde möglich, weil die Kunstkammer derzeit geschlossen ist und renoviert wird. Rund 36 virtuose Schnitzereien – Statuetten, Kannen, Pokale, Humpen oder Schalen aus Elfenbein, sogenannte Kunstkammerstücke ohne jeglichen Gebrauchswert – dokumentieren das außerordentliche Können von Künstlern wie Adam Lenckhardt, Johann Caspar Schenck oder Matthias Steinl. Letzterer stammte aus Salzburg und arbeitete in Schlesien. 1676 schuf er mit der Kirchenausstattung des Zisterzienserstifts Leubus sein erstes nachweisbares Werk. Zu der Zeit arbeitete dort auch der Königsberger Maler Michael Willmann, der die Kirche mit seinen großartigen Fresken ausmalte. Steinl ließ sich 1677 in Leubus nieder und erwarb ein Haus. 1681/82 verließ er Leubus allerdings wieder und zog nach Breslau. 1688 übersiedelte er dann nach Wien. Unter Kaiser Leopold I., dem ersten seiner drei kaiserlichen Dienstherren (er arbeitete auch unter dessen Söhnen Joseph I. und Karl VI.), erhielt Steinl das Amt des kaiserlichen Kammerbeinstechers (Elfenbeinschnitzers), das er bis zu seinem Tod 1727 innehatte. Steinl schuf großformatige Statuen, Altäre, Kanzeln, Denkmäler, sogar Kulissenarchitektur. Für Leopold I. fertigte er die ursprünglich ganz vergoldete „Maria Immaculata“, die heute im Liebighaus zu finden ist. Die Statue ist gegenwärtig im zweiten Stock in den Studioli während der Öffnungszeiten des Museums zu sehen. Sie war als Entwurf für eine schließlich nicht ausgeführte Säule zur Feier des Sieges über die Türken gedacht.



Matthias Steinl: Chronos auf der Weltkugel (Elfenbein, Lapislazuli,1643 / 44 – 1727)
Bild: Sammlung Reiner Winkler

Seine Meisterschaft erlangte Steinl aber in der Elfenbeinschnitzerei. Nur wenige Werke haben sich jedoch erhalten, wie die in Frankfurt ausgestellte Gruppe „Pluto und Proserpina“ sowie die aus einem Walrosszahn geschnittene „Allegorie der Elemente Wasser und Luft“. Gezeigt wird auch die kleinfigurige Gestalt des griechischen Gottes der Zeit „Chronos auf der Weltkugel“, die vor allem auch durch den farbigen Kontrast von schimmerndem Elfenbein und leuchtend blauem Lapislazuli fasziniert.

Fasziniert waren auch die Sammler der kostbaren Stücke, die habsburgischen Kaiser, Könige und Erzherzöge – so sehr, dass mancher selbst das Handwerk des Drechselns erlernte. Viele Stunden standen sie an den Drechselbänken und mochten selbst während politischer Tagungen nicht davon lassen. So wird berichtet, dass während eines Reichstages in Augsburg Kaiser Ferdinand III. mit seinen Söhnen einen Drechsler aufsuchte, um bei ihm zu drechseln. Kein Wunder, dass das edle Material durch den fürstlichen Handwerker noch zusätzlich geadelt wurde. *Silke Osman*

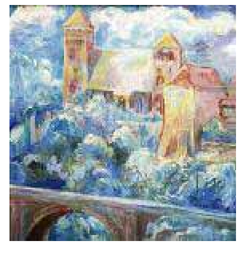
Die Ausstellung in der Skulpturensammlung des Liebighauses, Schaumainkai 71, ist bis zum 26. Juni dienstags sowie freitags bis sonntags von 10 Uhr bis 18 Uhr und mittwochs sowie donnerstags von 10 Uhr bis 21 Uhr geöffnet, Eintritt 9 / 7 Euro.

In Kürze

Alexander Kolde in Haldensleben

Man nannte ihn einen Meister der Farben. Nun ist eine Auswahl der farbenfrohen Werke Alexander Koldes in seine Vaterstadt Haldensleben zurückgekehrt. Das Museum Haldensleben zeigt aus Anlass seines 125. Geburtstages eine Ausstellung aus dem Nachlass des Künstlers.

Es war ein weiter Weg, den das Schicksal Alexander Kolde vorbestimmt hatte. Im Frühjahr 1885 war der Seifensieder Georg Kolde mit seiner kurz zuvor angetrauten Ehefrau Bertha aus dem fernen Warschau nach Neuhaldensleben gekommen, wo am 2. März 1886 Alexander geboren wurde. Über Wittstock ging es dann 1893 weiter nach Ostpreußen, wo der Vater in Rastenburg eine eigene Seifenfabrik errichtete. Alexander Kolde besuchte dort und in Lötzen das Gymnasium, um dann 1906 eine Ausbildung als Kunstmaler an der Berliner Akademie zu beginnen. In Königsberg erhielt er Impulse von Heinrich Wolff, in Berlin von Lovis Corinth. New York, Graudenz und Flensburg waren weitere Stationen in seinem künstlerischen Leben, das man nun in der Ausstellung bis zum 6. Oktober Revue passieren lässt. Geöffnet dienstags bis freitags 9 bis 12 Uhr und 14 bis 17 Uhr, sonntags 10 bis 12 Uhr und 14 bis 17 Uhr. *man*



Alexander Kolde: St. Georg in Rastenburg (Öl, 1952) Bild: OL

Alles aus einer Hand

Bayreuth 2011: Eine Vorschau auf die Festspiele

Wer die unendliche Vielfalt des Werkes Richard Wagners kennen lernen will, hat es in diesem Jahr ab dem 25. Juli leicht: Alle großen Elemente, von der umwerfenden Komik der „Meistersinger“ über Wagners Hauptmotiv Erlösung in „Parsifal“, „Lohengrin“ und „Tannhäuser“ bis zur Jenseitigkeit unendlicher Liebe in „Tristan und Isolde“, sind in den fünf auf den Bayreuther Festspielen aufgeführten Werken vertreten. Wie der einzelne Regisseur von Sebastian Baumgarten und Katharina Wagner über Hans Neuenfels bis Stefan Herheim das Werk auffasst und dementsprechend umsetzt, wird wieder recht spannend sein.

Alle großen Bühnenwerke, ob Shakespeare oder Schiller, Mozart oder Wagner, zeichnen sich durch große Deutungsbreite aus. Um zwei gebräuchliche Hauptlinien aufzuzeigen: Im „Tannhäuser“ zum Beispiel kann das Schwergewicht auf die erotische Dimension gelegt werden, auf den Gegensatz Venus versus Elisabeth, Venusberg versus Wartburg. Aber auch die Scheinheiligkeit einer neidischen Männergesellschaft ist ein Hauptthema. Eine andere Auslegung ist die Erstarrtheit der mittelalterlichen Ordnung an sich, die vorschreibt, dass jeder, der sie bricht, todeswürdig ist.

Und nun lassen wir am besten Richard Wagner selbst über seine Werke sprechen. In „Tannhäuser“ „aber konnte dieser Dichterstreit (Sängerkrieg auf der Wartburg, der Verf.) in seiner dramatischen Wirkung ohne jene höchste und mannigfaltigste Kraft musikalischen Ausdrucks, wie ich sie meine, nicht verwirklicht werden“.

Wagner bezeichnete die „Meistersinger“ als Komische Oper. Sie ist, im Gegensatz zum Gesamtwerk, wohl heiter, hat aber mit der Komik in Opern italienischen Stils nichts gemeinsam. Sie ist auch nicht in der germanisch-keltischen Mythen-Welt angesiedelt, in der, außer dem „Holländer“, alle Werke spielen, sondern im Nürnberg der Renaissance und Reformation. „Ich fasste Hans Sachs als die letzte Erscheinung des künstlerisch-produktiven Volksgeistes auf und stellte ihn mit dieser Geltung der meistersingerlichen Spießbürgerschaft entgegen“, schrieb Wagner 1851 an eine Freundin.

Zum spezifisch Deutschen in diesem Werk, das im Schlussmonolog des Sachs voll zum Ausdruck kommt, meint Wagner zwiespältig: „Ich bin der deutscheste Mensch, ich bin der deutsche Geist ... fragt den unvergleichlichen Zauber meiner Werke, haltet sie mit allem übrigen zusammen: Ihr könnt für jetzt nichts andres sagen, als – es ist deutsch. Aber was ist dieses Deutsche?“, so Richard Wagner 1865 in seinen „Gedanken über deutsches Wesen“.

Lohengrin bezeichnete Wagner als „todtraurig ... dass mein ‚Lohengrin‘ ... die tiefste tragische Situation der Gegenwart bezeichnet, nämlich das Verlangen, aus der geistigsten Höhe in die Tiefe der Liebe, die Sehnsucht, vom Gefühl begriffen zu werden“, schrieb er 1854 an August Röckel.

„Was als einfachstes und rührendstes religiöses Symbol uns zur gemeinsamen Betätigung unseres Glaubens vereinigt ... ist die in mannigfachsten Formen uns einnehmende Erkenntnis der Erlösungs-Bedürftigkeit“, erläutert Wagner 1880 seine Oper „Parsifal“ in „Religion und Kunst“. Bei „Tristan und Isolde“ versenke ich mich nur noch in die Tiefen der inneren Seelenvorgänge. Der Musiker ist es nun, der dieses Verschwiegene zum hellen Ertönen bringt und die untrügliche Form seines laut erklingenden Schweigens ist die unendliche Melodie“, so Richard Wagner 1860 in „Zukunftsmusik“.

Es ist das Einmalige an Richard Wagner, dass er sein unerhörtes musikalisches Werk auch noch selbst in aller Tiefe und Gründlichkeit beschreibt und auslegt – Musik, Libretto und diese Kommentare sind aus einer Hand.

Werner und Irmgard Dremel

»Optische Drehbücher«

Kunsthalle Emden gibt Einblick in die Welt des Films

Was macht ein Regisseur, wenn er seinem Kameramann deutlich machen möchte, wie er die Szene gestaltet haben will? „Mit Händen und Füßen erzählen, das war früher, wozu gibt es das Storyboard?“ Dieses „optische Drehbuch“ wird per Hand gezeichnet, entweder vom Regisseur selbst oder von ausgebildeten Grafikern. Es ähnelt einer Comiczeichnung und umreißt Szene für Szene, Bild für Bild den Hergang eines Spiel- oder auch Werbefilms. Bei Letzterem wird allerdings oft nur kurz gekritzelt, was später mit der Kamera kunstvoll gestaltet werden soll.

Die Kunstform des Storyboards steht zwar der klassischen Handzeichnung mit ihrer jahrhundertealten Tradition nahe, blieb aber im musealen Zusammenhang nahezu unentdeckt. In Zusammenarbeit mit der Deutschen Kinemathek in Berlin präsentiert die Kunsthalle Emden nun die erste große Ausstellung herausragender Storyboards. Dabei werden sie Werken bildender Kunst gegenübergestellt, wobei deutlich wird, wie sehr sich die Bildsprachen von Kunst und Film immer wieder inspirieren und beeinflussen. „Ähnlichkeiten und wechselseitige Anleihen finden sich in den Motiven wie im künstlerischen Gestus und in der geschilderten Atmosphäre“, erläutern die Ausstellungsmacher.

Die Schau umfasst etwa 17 an international stilbildende Regisseure angelehnte Kapitel. Sie sind so großen Regisseuren wie Fritz Lang, Alfred Hitchcock, Martin Scorsese, Steven Spielberg oder Stanley Kubrick gewidmet. Den Zeichnungen stehen die Originalfilmsequenzen und sorgfältig ausgewählte Kunstwerke internationaler Künstler gegenüber – so von Max Ernst, Georg Baselitz, Alex Katz oder Alexander Calder. „Mit Ralf Ziervogel und Marcel van Eeden konnten zudem zwei Künstler gewonnen werden, eigens für diese Ausstellung neue Werke anzufertigen“, betonen die Ausstellungsmacher. *SiS*

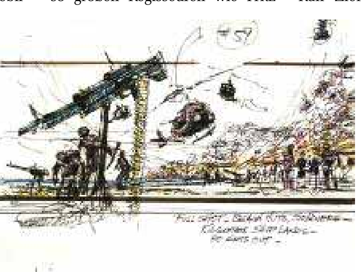




Bild: Kunsthalle Emden

„Apocalypse Now“ von Francis Ford Coppola 1979: Zeichnungen von Dean Tavoularis

Die Ausstellung in der Kunsthalle Emden, Hinter dem Rahmen 13, ist bis zum 17. Juli dienstags bis freitags von 10 Uhr bis 17 Uhr, am Wochenende sowie feiertags von 10 Uhr bis 21 Uhr geöffnet, Eintritt 8 / 6 Euro. In der Ausstellung sind überwiegend Ausschnitte aus Filmen zu sehen, die gemäß FSK für Kinder unter 16 Jahren nicht geeignet sind. Ferner sind zwei Kunstwerke ausgestellt, die das Schamgefühl verletzen können. Die Kunsthalle empfiehlt daher, die Ausstellung mit Jugendlichen erst ab 16 Jahren zu besuchen.

Sie schrieb »Onkel Toms Hütte«

Harriet Beecher Stowe wurde am 14. Juni 1811 in der zum US-Bundesstaat Connecticut gehörenden Stadt Litchfield als Harriet Elizabeth Beecher in ein calvinistisch-puritanisches Elternhaus geboren. Da die Familie ärmlich war, musste Harriet früh an der Mädchenschule, die ihre ältere Schwester Catherine leitete, arbeiten. 1836 heiratete Harriet den Theologieprofessor Calvin E. Stowe. Die von ihr und ihrem Mann gegründete Familie lebte in Armut. Mit gelegentlichen Texten versuchte die Ehefrau und Mutter das Familienbudget aufzubessern.

1833 unternahm Beecher mit ihrer Lehrerkollegin Mary Dutton eine Reise nach Kentucky, wo Schwarze als Sklaven gehalten wurden. Dutton erinnerte sich: „Als die Neger uns dort komische Sachen vorführten, Luftsprünge machten, schien es so, als würde sie nicht hingucken. Später habe ich eine Szene nach der anderen, die sich auf dieser Reise ereignete, wiedererkannt.“

Als Beecher Stowe 1851 bei der „National Era“, einer Zeitung der Sklavereigegner, einen die Sklavenhaltung thematisierenden Text einreichte, bekam sie das Angebot, daraus eine Fortsetzungsserie zu machen. In Form eines „Sammelbandes“ erschienen 1852 diese Geschichten als der Roman „Onkel Toms Hütte“. Das Werk war nicht nur wirtschaftlich ein Erfolg. US-Präsident Abraham Lincoln soll seine Verfasserin nach dem Ausbruch des Krieges zwischen den


Bild: Archiv

Harriett Becher Stowe

Vereinigten und den Konföderierten Staaten von Amerika gelobt haben: „Sie sind also die kleine Frau, die diesen großen Krieg verursacht hat.“ Teilweise wurden ganze Auflagen aufgekauft und dann an die Unterschichten verschenkt. Erstmals in ihrem Leben wurde Harriet Beecher Stowe wohlhabend.

Im Süden der Vereinigten Staaten hielt man ihr vor, über Dinge zu schreiben, die sie gar nicht kenne, weil sie niemals an Ort und Stelle gewesen sei. Tatsächlich sind außer ihrem Kentuckybesuch keine weiteren Reisen in den Süden dokumentiert. Ihr Zeitgenosse Mark Twain hat in seinem Werk das Schicksal des „Nigger Jim“ so ganz anders beschrieben. Beecher Stowe selbst hat – vermutlich unbeabsichtigt – Zweifel an der Wahrhaftigkeit genährt: „Ich werde schreiben wie ein Maler malt. Gegen Bilder kann man nicht argumentieren.“

1853 veröffentlichte sie eine Rechtfertigung für „Onkel Toms Hütte“ mit dem Titel „Der Schlüssel zu Onkel Toms Hütte“. In ihm versuchte sie, die historische Authentizität des in ihrem Roman Erzählten nachzuweisen.

Es folgten literarisch sehr produktive Jahre mit Werken wie „Dred: A Tale of the Great Dismal Swamp“ (1856), „The Minister's Wooing“ (1859), „The chimneycorner“ (1868), „Pink and White Tyranny“ (1871) und „My wife and I“ (1872). Harriet Beecher Stowe starb am 1. Juli 1896 in Connecticuts Hauptstadt Hartford.

Hans Lody

»An Gottes Segen ist alles gelegen!«

Vor 150 Jahren legte Wilhelm I. den Grundstein für das Rote Rathaus in seiner Residenzstadt Berlin

Der mit der Industrialisierung im 19. Jahrhundert einhergehende Urbanisierungsprozess führte zu einem Anwachsen der Großstädte einschließlich Berlins. So kam auch in Preußens Hauptstadt der Wunsch nach einem neuen, größeren Rathaus auf. Vier Jahre nach der Grundsteinlegung konnte der Magistrat und noch einmal viereinhalb Jahre später dann auch die Stadtverordnetenversammlung das neue Domizil beziehen.

Systematisch wurden für die Vorbereitung des Neubaus Nachbargrundstücke des vorhandenen Rathauses aufgekauft. So stand schließlich ein von Königstraße (heute Gustav-Böß-Straße), Spandauer Straße, Jüdenstraße und Nagelgasse umrahmtes Areal zur Verfügung.

Wie bei anderen großen öffentlichen Bauvorhaben jener Zeit entschloss man sich auch in diesem Fall für den Weg eines öffentlichen Wettbewerbs. Am 16. Februar 1857 veröffentlichte die städtische Baudeputation in der „Zeitschrift für Bauwesen“ das „Programm nebst Aufforderung zur Einreichung von Entwürfen für ein neues Rathaus in Berlin“. Für die Bebauung der zur Verfügung stehenden rund 64 000 Quadratfuß (etwa 6500 Quadratmeter) sollten sowohl Vorschläge mit als auch ohne Geschäfte im Erdgeschoss eingereicht werden. Annahmeschluss war der 1. Mai 1858.

18 Entwürfe gingen ein. Sie wurden vom 14. bis 22. Mai 1858 in der Königlichen Akademie der Künste am Pariser Platz ausgestellt. Nachdem die interessierte Öffentlichkeit sich unvoreingenommen ein Urteil hatte bilden können, fällte die Technische Deputation ihre Entscheidung. Den Wettbewerb um den besten Entwurf mit Geschäften gewannen der spätere Erbauer des Wiener Rathauses Friedrich Wilhelm von Schmidt und der Berliner Baumeister August Wilhelm Strauch. Als bester Entwurf ohne Ladenzeile wurde jener von Friedrich Adler prämiert.

Am 2. April 1859 tagte eine 21-köpfige aus Stadtbauräten, Stadträten und Stadtverordneten zusammengesetzte Gemischte Deputation des Magistrats und wurde sich schnell einig, dass die prämierten Entwürfe nicht für die Verwirklichung taugen. Als Alternative wurde vorgeschlagen, einen „tüchtigen und bewährten Baumeister“ mit der Leitung und Ausführung des Rathausbaus zu beauftragen und diesem klare



Rotes Rathaus: Der Blick vom Fernsehturm zeigt die Lage des geschlossenen Vierecksbaus zwischen der Gustav-Böß-Straße (der ehemaligen Königstraße) im Norden, der Rathausstraße im Süden, der Jüdenstraße im Osten und der Spandauer Straße im Westen. Bild: Internet

Vorgaben zu machen. Wer dieser „tüchtige und bewährte Baumeister“ sein sollte, dafür machte die Deputation keinen Vorschlag, aber dafür für die Vorgaben. Die Deputierten sprachen sich für einen geschlossenen Vierecksbau innerhalb der vorgegebenen Straßen aus mit der Hauptfront zur Königstraße. Ein großer und zwei kleinere Innenhöfe sollten für eine gute Belichtung der Korridore sorgen. Eine Durchfahrt im Inneren des Blockes sollte Spandauer und Jüdenstraße verbinden. Und wenn es sich auch in Kontrast zum Stadtschloss der Hohenzollern um einen modernen Bau im „neuen Style“ handeln sollte, so wollte man doch auf den traditionellen Ratsweinkeller nicht verzichten.

Neben Hermann Friedrich Waesemann wurden Theodor Stein, Friedrich Hitzig, Heinrich Bürde, Eduard Knoblauch und Friedrich Adler aufgefordert, sich um die Leitung und Ausführung des Baus zu bewerben. Die Wahl des Magistrats fiel schließlich auf Waesemann. Begründet wurde die Entscheidung damit, dass der Auserwählte „sich bereits durch mehrere Bauten einen Ruf erworben hatte und zu der Hoffnung berechtigte, dass er ein hervorragendes Monument für die Stadt werde entwerfen und ausführen können“. Am 16. Mai 1859 handelte die Magistratsverwaltung mit Waesemann einen entsprechenden Arbeitsvertrag aus, der zehn Tage später von der Stadtverordnetenversammlung abgesegnet wurde.

Entsprechend dem Vertrag legte Waesemann bis zum 1. November „Skizzen zu den Grundrissen und Fassaden“ vor. In seinem Erläuterungsbericht beklagte Waesemann, dass „die Breite der Königstraße mit 67 Fuß (etwa 63 Meter) so gering ist, daß die Architektur des neuen Gebäudes nicht zur vollen Geltung gelangen kann, da die Straße bei dieser Breite keinen günstigen Standpunkt zur Beschauung des Bauwerkes darbietet“. Eine Verbreiterung der Königstraße auf Kosten des für das Rathaus vorgesehenen Areals hätte entweder eine Verkleinerung des projektierten Baus zur Folge gehabt oder aber eine Verschiebung des Gebäudes nach hinten Richtung Süden auf Kosten der hinter dem Rathaus gelegenen Nagelgasse einschließlich deren Bebauung auf der anderen Straßenseite. Letztgenannte Lösung wurde gewählt. Am 10. Mai 1860 genehmigte die Stadtverordnetenversammlung den Erwerb der Grundstücke auf der gegenüberliegenden Straßenseite der Nagelgasse. Die Gasse wurde überbaut und hinter dem Rathaus eine neue Straße angelegt, die Rathausstraße.

Am 1. April 1860 war mit dem Ausheben der Baugrube begonnen worden. Bereits drei Monate später wurden die Fundamente gelegt. Am 17. März 1861 wurden nach der Winterpause die Bauarbeiten wieder aufgenommen. Und am 11. Juni 1861 schließlich wurde der Grundstein gelegt. Die Bedeutung des Projektes spiegelt sich in der Einleitungsrede von Oberbürgermeister Heinrich Wilhelm Krausnick wider: „Es soll hier ein neues Rathaus entstehen, großartiger, umfangreicher als die bisherigen Rathäuser unserer Stadt und vielleicht auch der meisten anderen Städte, die sich sonst durch die Großartigkeit ihrer derartigen Bauwerke auszeichnen. Der Beschluss unserer Bürgerschaft zur Errichtung desselben in dem Umfange, wie es die Absicht ist zu schreiten, kann als der bedeutsamste erachtet werden, der seit dem ganzen Bestehen der Stadt je von der Bürgergemeinde gefasst ist.“ Am Stadtbaurat war es anschließend, die Aufgabe des alten Rathauses noch einmal zu begründen: „Das Bedürfnis hierzu war unabweisbar geworden, da voraussichtlich binnen weniger Jahre eine Vermehrung der Einwohner bis zu einer halben Million zu erwarten stand.“ Den Höhepunkt des Festaktes bildete dann der Hammerschlag des Königs und späteren Kaisers zu den Worten: „An Gottes Segen ist alles gelegen! Er spende ihn auch auf diesen Bau, dass derselbe eine Stätte altpreußischen Bürgersinnes und altpreußischer Bürgertugend werde!“

Manuel Ruoff

Der größte Autozulieferer der Welt

Die Robert Bosch GmbH feiert in diesem Jahr ihren 125. Geburtstag

Gleichzeitig mit der Erfindung des Automobils durch Carl Benz begründete Robert Bosch in Stuttgart eine einzigartige Weltmarke, die zudem noch viel für die Mitmenschen tut. Am 15. November 1886 gründete er im Alter von nur 25 Jahren seine „Werkstätte für Feinmechanik und Elektrotechnik“. Dass dieser junge Tüftler und gelernte Mechaniker, als elftes von zwölf Kindern eines Bauern geboren, einmal aus diesem kleinen Betrieb einen Weltkonzern schmieden würde, ahnte wohl niemand. Seine erste Firmenrechnung schrieb Bosch eigenhändig für die Herstellung von Zigarettenspitzen-Abschneidern. Da war von Autoelektrik, Bohrmaschinen oder Kühlschränken noch nicht die Rede.

Dieses heutige Geschäftsfeld entwickelte sich erst im Laufe von Jahrzehnten, als Bosch für den Ottomotor den „Magnetzünder“ entwickelte, das Markenzeichen der Firma. Diese Zündkerzen sind noch heute Teil eines jeden Autos mit Ottomotor, da zum Zünden des Benzins im Kolben des Motors ein Hochspannungs-Funke benötigt wird.

Der wirtschaftliche Erfolg mit der Zündkerze erlaubte in den folgenden Jahrzehnten den Aufbau stetig neuer Geschäftsfelder. Heute wirken 350 Firmen unter dem Dach von Bosch zusammen. Dabei versuchten die Bosch-Ingenieure, bei allen Innovationen führend zu sein. Im letzten Jahrzehnt brachten sie beispielsweise die hocheffektive Diesel-Einspritzpumpe (CP 4) heraus, die für einen Quantensprung in der Motortechnik sorgte. Diese Pumpe machte aus den ehemals lahmen Dieselmotoren hochleistungsfähige Aggregate. Bevor jedoch diese Pumpe tatsächlich in Serie gehen konnte, meldeten Bosch-Mitarbeiter 250 Verbesserungsvorschläge an, ein Erfolgsrezept der Firma, die ihre Mitarbeiter am Erfolg beteiligt.

> Bosch entwickelte für den Ottomotor die Zündkerze

So kann die technische Perfektion als das eigentliche Markenzeichen von Bosch gelten. Der Firmengründer schrieb einst: „Es war mir immer ein unerträglicher Gedanke, es könnte jemand bei Prüfung eines meiner Erzeugnisse nachweisen, dass ich irgendwie Minderwertiges leiste.“ Diese Qualität „made in Germany“ führt dazu, dass heute in jedem europäischen Auto für 600 Euro Bosch-Teile wie das Antischleudersystem ESP oder Benzinpumpen aller Art eingebaut sind; weltweit liegt der Bosch-Anteil in jedem Auto bei immerhin 300 Euro. Daneben ist Bosch mit einer breiten Palette von Gebrauchsgütern wie Bohrmaschinen, Kühlschränken und Spülmaschinen in fast jedem Haushalt präsent; dazu kommen Solaranlagen, Gebäudetechnik und Verpackungsmaschinen, die heute zusammen 40 Prozent des Umsatzes ausmachen.

Im Jubiläumsjahr steht Bosch mit dieser Firmenphilosophie so gut da wie kaum je zuvor in der Firmengeschichte. Der Umsatz des Unternehmens wird 2011 auf 50 Milliarden Euro geschätzt; der Gewinn vor Steuern betrug 2010 3,5 Milliarden. Das Unternehmen war mit 7,4 Prozent Umsatzrendite hochprofitabel und die Mitarbeiterzahl wuchs um 15 000 auf weltweit 300 000.

Diese finanzielle und personelle Stärke braucht Bosch, um die zukünftigen Herausforderungen meistern zu können, die mit dem Elektroauto zusammenhängen. Auch hier will Bosch die Weltmarktführerschaft erringen. Das Unternehmen muss sich dazu nicht neu erfinden, da es schon immer mit der Elektrik zu tun hatte. Aber die neuen Hybrid- und Elektroautos zusammen mit „intelligenten Häusern“, die von Wind- und Sonnenenergie gespeist werden, erfordern neue Forschungen und Produkte. Die Herstellung leistungsfähiger Batterien und Solarmodule will man nicht den Chinesen überlassen.

> Durchschnittsauto hat für 300 Euro Bauteile von Bosch

So arbeitet etwa heute die riesige Bosch-Forschungsabteilung in Stuttgart an neuen Lithium-Ionen-Batterien, die künftig Elektroautos antreiben sollen. Dabei muss die Quadratur des Kreises bewältigt werden: Die Batterien müssen kostengünstig, haltbar und leicht sein, dazu eine kurze Ladezeit und eine hohe Leistung besitzen. Bosch kooperiert in diesem Bereich mit Samsung und Daimler. Bis 2013 will Bosch mit E-Autos bei zwölf Herstellern in Serie gehen, zum ersten Mal „auf Augenhöhe“ mit den Autofabriken, wie die Bosch-Firmenspitze stolz betont.

In der Eigentümerstruktur des hochmodernen Unternehmens wählte der Gründer einen unkonventionellen Weg. Robert Bosch legte zu seinen Lebzeiten fest, dass die nach ihm benannte Stiftung 92 Prozent der Firmenanteile erhalten soll. Das Stimmrecht jedoch liegt zu 93 Prozent in der Hand der Robert Bosch Industrietreuhand KG, die in den vergangenen Jahrzehnten für die weitgehend reibungslose Führung des Konzerns sorgte. Die Stiftung erhält aus dem Unternehmensgewinn jährlich 60 Millionen Euro für ihre gesellschaftliche Arbeit ausgeschüttet und kann damit im gesellschaftlichen Feld viel bewirken. So wäre der Gründer wohl auch heute stolz und glücklich über sein Unternehmen, wie sein Enkel Christof Bosch kürzlich bei einer Unternehmensgala zum 125. Geburtstag der Firma sagte.

Hinrich E. Bues

Preußens verkannter Monarch

Vor 70 Jahren starb Kaiser Wilhelm II. – Das Urteil über ihn ist überwiegend vom Zeitgeist bestimmt

Leben und Wirken Wilhelms II., letzter König von Preußen und Deutscher Kaiser, sind bis heute Gegenstand der wissenschaftlichen Forschung und leidenschaftlicher Diskussionen. Von Geburt an von einem körperlichen Makel gezeichnet, musste sich der vor 70 Jahren, am 4. Juni 1941, verstorbene Monarch gegen vielfältige Widerstände behaupten. In seiner Jugend eitel, ungestüm und häufig vorlaut, entwickelte er sich als gereifter Mann im Laufe seiner Regentschaft zu einem besonnenen Staatsmann, der seine Entscheidungen wohl abwog und schwer an seiner Verantwortung trug.

Das Leben des letzten deutschen Kaisers begann mit einem Drama. Als er auf die Welt kam, stellten die Ärzte fest, dass der linke Arm gelähmt und die Schulter verletzt war. Der Thronfolger war behindert, für den Spross einer Herrscherdynastie geradezu eine Katastrophe. Damit war dem jungen Prinzen jede Chance auf ein halbwegs kindgerechtes Leben genommen. Unter körperlichen und seelischen Qualen lernte der behinderte Kronprinz zu reiten, zu schießen, zu fechten und sich sicher auf gesellschaftlichem Parkett zu bewegen. Wilhelm entwickelte nur wenig Selbstvertrauen und versuchte, diesen Mangel durch ein übertrieben forsches Auftreten zu kompensieren.

Im März 1888 kündigte sich mit dem Tod des greisen Großvaters ein neuer Lebensabschnitt an. Nur 99 Tage nach seiner Thronbesteigung erlag Wilhelms Vater als Kaiser Friedrich III. einem Krebsleiden, und der 29-jährige Kronprinz bestieg als Wilhelm II. den Thron. Der noch immer unter seiner Behinde-

Von Geburt an behindert, kämpfte er um Anerkennung

rung leidende Wilhelm hatte diesen Augenblick herbeigesehnt, um sich und der Welt beweisen zu können, welche Qualitäten in ihm steckten und dass er des großen Erbes der Hohenzollern würdig war. Der junge Kaiser ließ erkennen, dass er nicht gewillt war, sich mit der Rolle eines „Schattenkaisers“ zufriedenzugeben. War sein Großvater noch bereitwillig hinter seinen Regierungschef zurückgetreten und hatte sein liberaler Vater als Kronprinz gegen Bismarck opponiert, wollte sich Wilhelm II. politisch emanzipieren und den „Eisernen Kanzler“ loswerden. Wilhelm, der einen ausgeprägten Sinn für soziale Gerechtigkeit und viel Gespür für gesellschaftliche Entwicklungen hatte, wollte sich als sozialer Kaiser profilieren und geriet dadurch in innenpolitischen Gegensatz zu Bismarck. Er machte mit sozialen Gesetzesinitiativen von sich reden und gewann die Sympathien des Reichstages. Der Konflikt um die Inhalte der Sozialpolitik eskalierte schließlich zur Machtfrage. Dem alten Reichskanzler glitten die Zügel aus den Händen und im März 1890 „ging der Lotse von Bord“. Seinen Nachfolgern indes fehlte Bismarcks staatsmännisches Format und das von ihm Errichtete sollte ein Vierteljahrhundert später im Sturm der Weltgeschichte verloren gehen.

Kennzeichnend für den Kaiser war seine ausgeprägte Passion für die Seefahrt. Besonders am Herzen lag ihm die Marine, die ihm als wichtiges Instrument der deutschen Außenpolitik galt. Die Notwendigkeit einer starken deutschen Flotte und die Berechtigung für deren Bau lassen sich aus den gegen Ende des 19. Jahrhunderts stark angewachsenen deutschen Seeinteressen ableiten. Dem bekannten Grundsatz, dass dem Handel auch die Flagge folgen müsse, wurde in Deutschland mit großer Energie nachgekommen.

Im Jahre 1913 feierte Wilhelm II. sein 25-jähriges Regierungsjubiläum. Deutschland blickte auf ein Vierteljahrhundert des Friedens und der wirtschaftlichen und kulturellen Blüte zurück. Unter allen Industrienationen nahm es in der Wohlfahrt die führende Stellung ein. Wenn es Wilhelm, der sich immer streng an die Verfassung hielt, auch manchmal an diplomatischer Zurückhaltung fehlen ließ, konnte man ihm die Lauterkeit seiner Bemühungen um Frieden und Wohlstand seines Volkes nicht absprechen. Das Reich befand sich auf dem Gipfel nationaler Größe, was seine Zeitgenossen überwiegend der Person des Kaisers zuschrieben.

Die Ermordung des österreichischen Erzherzogs Franz Ferdinand am 28. Juni 1914 in Sarajevo und die Annahme, dass durch dieses Ereignis der Bündnisfall eingetreten sei, führte in Europa zu allseitigen Kriegsvorbereitungen. Der Kaiser richtete Appelle an den britischen König, neutral zu bleiben und mäßigend auf Russland und Frankreich einzuwirken. Er beschwor den österreichischen Kaiser Franz Joseph einzulenken, obwohl er eigentlich für ein hartes Vorgehen gegen Serbien war. Doch die Vorgänge, die der Historiker Walther Hubatsch als die „Automatik der Mobilmachungen“ bezeichnet, ließen sich nicht mehr aufhalten. In Deutschland und den anderen kriegführenden Ländern wurde damit gerechnet, in wenigen schnell geführten existenziellen Schlachten die Entscheidung erzwingen und den Gegner niederringen zu können. Obwohl er von großer Sorge erfüllt war – „So viele Feinde“ bemerkte er immer wieder – glaubte der Kaiser, nachdem der Waffengang einmal begonnen hatte, an einen guten Kriegsausgang. Doch trotz der militärischen Anfangserfolge war er über das Geschehen tief erschüttert und trug schwer an der Verantwortung für seine Entschlüsse.

Ende 1915 war die deutsche Offensivkraft endgültig verloren gegangen. Die Folge war der Übergang vom dynamischen Bewegungskrieg in den statischen Stellungskrieg mit seinen menschen- und materialzehrenden Schlachten, die nicht mehr um Geländegewinn, sondern primär nur noch um die personelle Dezimierung des Gegners geführt wurden. Wilhelm erkannte, was die Stunde geschlagen hatte. Er hielt es jedoch „für selbstverständlich, in stiller zurückgezogener Mitarbeit an dem unermüdlichen Schaffen der beiden Feldherren [Hindenburg und Ludendorff] teilzunehmen“. Seinem Vetter Prinz Max von Baden gegenüber beklagte er sich sogar darüber, dass ihn niemand richtig über die Frontlage informiere, niemand seine Entscheidung verlange, und bekannte: „Wenn man sich einbildet, dass ich das Heer führe, so irrt man sich sehr.“ Dass die im Frieden demonstrierte militärische Omnipräsenz des nominell Obersten Kriegsherrn nicht automatisch eine richtungsweisende militärische Führung bedeutete, war jetzt nicht mehr zu übersehen. Unter dem Eindruck des gewaltigen und blutigen Ringens war Wilhelm der „Schattenkaiser“ geworden, der er nie hatte sein wollen.

Angesichts der hohen Verluste unternahm der Kaiser Ende 1916 eine Friedensinitiative. Dies sei, so ließ er den Reichskanzler wissen, eine sittliche Tat. Jeder Herrscher, der ein Gewissen habe und sich Gott verantwortlich fühle, müsse die Welt jetzt von ihren Leiden befreien und Frieden machen. Die Ententemächte stellten jedoch für Deutschland unannehmbare Bedingungen, die Krieg bis zum Letzten bedeuteten. Für Wilhelm war damit klar, dass es den Kriegsgegnern nicht mehr allein um den militärischen Sieg, sondern um seine und die Beseitigung der Monarchie in Deutschland ging.



In der Jugend ungestüm, im Alter ein besonnener Staatsmann: Wilhelm II. Bild: Archiv

Auch im Seekrieg blieb Deutschland der strategische Sieg versagt.



Bescheidener kaiserlicher Alterssitz: Haus Doorn in Holland Bild: J.H.

Wie zu Lande so gab es auch im Seekrieg einen Stillstand, in dem sich die Flotten drohend gegenüber standen, ohne zu einem mächtigen Schlag gegen den Feind auszuholen. Fortan wurde die Hauptlast des Seekrieges nicht von den Großkampfschiffen, sondern vor allem von den U-Booten getragen. Obwohl er dessen Wert als Seekriegsmittel erkannte, blieb dem Kaiser das U-Boot, dem naturgemäß etwas von Heimtücke anhaftete, suspekt. Seine Einsatzgrundsätze waren mit den Vorstellungen des Gardeoffiziers vom offenen Kampf Auge in Auge mit dem Feind nicht vereinbar. Angehörigen seines Stabes, die die Versenkung eines Passagierschiffes bejubelten, hielt Wilhelm entgegen: „Unser Schwert muss rein bleiben. Wir führen keinen Krieg gegen Frauen und Kinder. Wir wollen den Krieg anständig führen, einerlei, was die anderen tun.“ Auch sah er mit großer Klarheit voraus, dass der U-Boot-Krieg das Verhältnis zu den neutralen Mächten erheblich belasten und schließlich den Kriegsverlauf beeinflussen würde: „Bevor England am Ende ist, sind wir es, denn der uneingeschränkte U-Boot-Krieg würde die Vereinigten Staaten in den Krieg bringen. Und das ist für uns gleichbedeutend mit dem Verlust des Krieges.“

Anfang September 1918 befanden sich die deutschen Heere an allen Fronten auf dem Rückzug, so dass eine alliierte Großoffensive gegen das deutsche Kernland befürchtet werden musste. Als Anfang Oktober 1918 einerseits Waffenstillstandsverhandlungen geführt wurden, andererseits im Hochseekommando Pläne für einen nicht mit der Reichsleitung abgestimmten Einsatz der Hochseeflotte gegen die britische Grand Fleet ausgefertigt wurden, meuterten die Matrosen gegen diesen letzten Flotteneinsatz „zur Wahrung der Ehre der Marine“. Dem Kaiser entglitt der Einfluss auf die weitere Entwicklung, die in die Revolution mündete. Auf Anraten Hindenburgs befand er sich im Großen Hauptquartier im belgischen Spa. Die zukunftsweisenden Entscheidungen aber fielen in Berlin. Dort sahen viele in ihm in dieser Situation das Friedenshindernis schlechthin, weshalb selbst in kaisertreuen Kreisen Abdankungsforderungen laut wurden. Friedrich Ebert indes erklärte, das Volk deute auf Ludendorff als den Schuldigen, aller Hass richte sich aber gegen Wilhelm II. Wer die Dinge in Russland beobachtet habe, könne aber nicht wünschen, dass eine solche Entwicklung in Deutschland eintrete. Sein Parteifreund Philipp Scheidemann brachte es auf den Punkt: „Es wurde ein Sündenbock gesucht und in erster Linie im Kaiser gefunden.“ In der Abgeschiedenheit des Hauptquartiers waren Wilhelms Beurteilung der Lage und ihre Entwicklung weitgehend von den Meinungen seiner militärischen Umgebung geprägt. Von Hindenburg bestärkt, lehnte der Kaiser den ihm von Reichskanzler Prinz Max von Baden angetragenen Thronverzicht entschieden ab. Ein von Gottes Gnaden regierender Nachfolger Friedrichs des Großen danke nicht ab, gab er seinem Vetter mit großem Ernst zur Antwort.

Ohne dazu ermächtigt zu sein, verkündete der Reichskanzler dennoch unter dem Druck der Ereignisse die Abdankung des Kaisers. Daraufhin rief Philipp Scheidemann die Republik aus. Hindenburg, der bislang entschieden gegen einen Thronverzicht gewesen war, erklärte dem Kaiser nun, die Armee sei am Ende, sie stünde nicht mehr hinter ihm und er müsse sofort die Krone niederlegen. Als Wilhelm auf den Fahneneid pochte, wurde ihm kühl entgegnet, der sei in dieser Lage nur noch eine Fiktion. Nun war der Kaiser bereit, seinem Volk das Opfer seiner Person zu bringen. Um einen Waffenstillstand zu erleichtern, den vollständigen Zusammenbruch der staatlichen Ordnung zu vermeiden und den Bestand des Reiches nicht zu gefährden, fügte sich der Kaiser in tiefer Resignation, entsagte dem preußischen und dem Kaiserthron und ging am 10. November 1918 nach Holland ins Exil.

Nachdem die Reichsregierung einen Teil seines Privatvermögens freigegeben hatte, erwarb Wilhelm 1922 das Haus Doorn, ein herrschaftliches Anwesen in der Nähe von Utrecht. Fortan lebte er vollkommen zurückgezogen und kultivierte das Bild des eleganten Pensionärs und etwas skurrilen Landedelmannes, der seine Tage mit Holzhacken und Bibelstunden verbrachte. Die Vorgänge in Deutschland beschäftigten ihn unablässig und er blieb bis ins hohe Alter ein wacher politischer Beobachter und scharfer Kritiker. Allerdings verzichtete er auf jede öffentliche Äußerung. Noch weniger kam es ihm in den Sinn, sich aktiv politisch zu betätigen, obwohl er immer wieder dazu aufgefordert wurde und es Zeiten gab, in denen diesbezügliche Bemühungen in Deutschland auf fruchtbaren Boden gefallen wären. Die Wirren der Weimarer Republik kommentierte der Kaiser mit spitzer Feder: „Der politische Idiotismus feiert im armen Vaterlande wahre Orgien. Vom Ausland her dies Chaos ansehen zu müssen, ist fürchterlich.“ Dem Nationalsozialismus stand er äußerst reserviert gegenüber, obwohl er mit Hitlers Regierungsantritt wie Millionen andere die Hoffnung auf bessere Zeiten für Deutschland verband. Wenngleich ihm die Aufbauleistung der neuen Regierung imponierte und er den Aufstieg und die neue Stärke des Reiches begrüßte, wahrte er gegenüber den braunen Machthabern stets Distanz. Veranstaltungen wie der „Tag von Potsdam“, bei dem seine alten Anhänger in ihren kaiserlichen Uniformen auftraten und sich von Hitler instrumentalisieren ließen, stießen ihn ab.

Bei Kriegsbeginn 1939 wurde Wilhelm im Haus Doorn interniert, nachdem er nichts hatte tun wollen, „was auch bei böswilligster Auslegung als Flucht ausgelegt“ werden konnte. Nach der deutschen Besetzung Hollands wurde Wilhelm „unter den Schutz des Deutschen Reiches“ gestellt und in Doorn zog eine militärische Wache auf. Das Angebot der Reichsregierung, nach Deutschland zurückzukehren, lehnte er höflich aber entschieden ab, woraufhin er unter Gestapo-Bewachung gestellt wurde. Mit wachem Interesse verfolgte Wilhelm das Kriegsgeschehen und verglich die beiden Weltkriege miteinander. Da er in beiden ein gemeinsames Grundmuster erkannte, sagte er, von den Siegesfanfaren unbeeindruckt, die militärische Niederlage

Dem NS-Regime stand er stets ablehnend gegenüber

Deutschlands voraus. Im Mai 1941 begann er, sich unwohl und müde zu fühlen. Die meisten seiner Zeitgenossen – Getreue wie Widersacher – hatte er bereits überlebt. Bis in seine letzten Lebensstunden beschäftigte ihn der Gedanke einer Versöhnung mit England. Am 4. Juni schloss er für immer die Augen. Für den Fall seines Todes hatte er ein schlichtes und stilles Begräbnis in Doorn verfügt, „keine Hakenkreuzfahnen, keine Kränze“. Hitler jedoch bestand darauf, den Kaiser mit einem Staatsbegräbnis in Potsdam beizusetzen, um sich so vor dem deutschen Volk als dessen Nachfolger zu legitimieren. Nachdem er sich gegenüber der kaiserlichen Familie damit nicht hatte durchsetzen können, ordnete er an, dass die Beisetzung amtlicherseits mit einer „kühlen Wahrung des äußeren Anstandes“ zu behandeln sei. Auf seinem letzten Gang von Verwandten, Getreuen und einer Ehrenkompanie der Wehrmacht begleitet, hat Wilhelm in einem kleinen, nach seinen Plänen entworfenen Mausoleum in Doorn seine letzte Ruhestätte gefunden.

Wilhelm II. war auf seine Weise eine tragische Figur, ein Opfer unglücklicher Zeitumstände, die seinen Schwächen eher förderlich als hinderlich waren. Er war nicht der Urheber, wohl aber der Repräsentant einer oftmals kurzsichtigen Politik und Symbol einer Zeit und eines Geistes, der in Machtbegehren und Selbstüberhebung zur „Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts“ geführt hat. Von vielen Zeitgenossen, nachfolgenden Generationen und der Historiografie verkannt, steht einem ausgewogenen Urteil über seine Person und sein Wirken heute der Zeitgeist entgegen.

Jan Heitmann

Es gibt wieder neue Vertriebene

Zu: „Fragwürdiges Paradies“ (Nr. 15)

Mit Unverständnis habe ich Ihren Artikel über die Atom-Energieerzeugung gelesen. In geradezu rüder Weise wird hier einer angeblich beherrschbaren Energieerzeugung das Wort geredet, ohne dabei auch nur mit einem Wort die Einsparmöglichkeiten bei der Energieverwendung zu erwähnen. Diese allein könnten vielleicht schon zum Verzicht auf die Atomenergie führen. Ist es nicht gerade ein Großteil Ihrer Leserschaft, dem es nach unrechtmäßiger Vertreibung gelang, im Wesentlichen durch Entbehrung zu überleben? Sie und ihre Nachkommen, die vertraut mit Fleiß und Sparsamkeit heranwuchsen und entsprechend geprägt sind, werden doch nicht einen Verzicht scheuend alles aufs Spiel setzen wollen. Offenbar hat der Autor des Artikels nicht ausreichend zur Kenntnis genommen, dass es durch den neuerlichen Atomunfall wieder vertriebene Menschen gibt, diesmal wirtschaftspolitische.

Es bleibt doch gar keine andere Wahl, als mit dem Ausstieg zu beginnen und alle anderen mitzuziehen.

Helmut Haack, Simmern

Treue zum preußischen Erbe

Zu: *PAZ*

Aus vielen Gesprächen mit Freunden und Bekannten konnte ich entnehmen, dass man sich bei der *PAZ* gut aufgehoben fühlt und unsere Zeitschrift lobend weiter empfiehlt. Die Leser sind besonders erfreut, dass die *PAZ* die ruhmreiche Geschichte der preußischen Städte und Dörfer vermittelt und ihre großen Denker, Dichter und Wissenschaftler würdigt. Viele Veröffentlichungen der *PAZ* bezeugen besonders die Treue zum preußischen Erbe. Der Inhalt dieser Texte spiegelt oft die Vorstellung der Deutschen von Treue und Glauben wider. Die Menschen in unserem Land sind es leid, mit Unwahrheiten vieler Politiker getröstet zu werden, und sie haben erkannt, dass die *PAZ* den bürgerlichen Gemeinsinn fördert. Als Bindeglied aller Preußen ist die *PAZ* inzwischen Sprachrohr für alle geistigen, kulturellen und heimatpolitischen Aufgaben geworden. Sie vertritt mit Nachdruck den Frieden, die Freiheit, die Verständigung und das absolute Recht auf Heimat. Deshalb sollten wir alle die *PAZ* unterstützen und die *Preußische Allgemeine Zeitung* abonnieren.

Dr. Herbert Beister, Essen

Erschreckend

Zu: Politiker

Im Fernsehen habe ich mir die Debatte über die Rente mit 67 im Bundestag angeschaut. Überrascht bin ich darüber gewesen, dass kaum Volksvertreter anwesend waren, eigentlich ein bekanntes Bild. Bei Diätenerhöhung sind ja dann alle auf einmal da. Aber für mich war viel erschreckender, was für Politiker dort Stellung bezogen haben. Das war ja ein Trauerspiel! Diese Figuren achter Politikerklasse regieren uns. Keiner von diesen Damen und Herren hatte Ausstrahlung, konnte noch nicht mal richtig reden. Das war ein Gruselkabinett erster Klasse. Und das zieht sich durch alle Parteien. Das anzuschauen war grauenvoll. Nach 30 Minuten musste ich abschalten.

Reimund Trompell, Helsa



Strom aus der Steckdose: In Zukunft immer teurer Bild: dpa

Auf Lügen hereingefallen

Zu: „Steinbach auf Heimatbesuch“ (Nr. 21)

.

„Anschließend ehrte sie am Gedenkort Piasnitz Opfer der SS. In den Wäldern nordwestlich Rahmel waren 1939 nach dem deutschen Einmarsch 12 000 ... Polen ermordet worden.“

Vor dem „Überfall“ wurden Tausende von Volksdeutschen mit polnischer Staatsangehörigkeit, mindestens 12 000, von polnischen Soldaten und Zivilisten ermordet.

Vielen Verfolgten gelang die Flucht nach Deutschland, wo sie von den Untaten der Polen berichteten. In den von dem Terror befreiten Gebieten wurden die polnischen Mörder ermittelt, vor deutsche Kriegsgerichte gestellt, zum Tode verurteilt und hingerichtet – nach heutiger Lesart, auch von Deutschen, als „ermordet“ bezeichnet. Mord wurde auch in Polen mit dem Tode bestraft.

Die polnischen Mörder hätten vor polnische Gerichte gehört. Aber wann waren die Angehörigen der deutschen politischen Oberschicht, gleich welcher Farbe, schon mal schlau?

Polen wiederholen ihre Lügen stereotyp so lange, bis sie geglaubt werden. Dass Frau Steinbach und auch die Schriftleitung dieser Zeitung darauf hereinfallen, hätte ich nicht für möglich gehalten.

Seit Herr v. Gottberg die *PAZ* leitet, ist der Ton der Zeitung preußischer geworden. Ich denke noch an Hugo Wellems, Ansgar Graf und Peter Fischer.

Rudolf Matern, Kiel

Europa wurde zur Lachnummer

Zu: Europa

Denk ich an Europa in der Nacht, so bin ich um den Schlaf gebracht! Vor etwa 50 Jahren haben wir als Studenten zusammen mit Franzosen auf den Straßen für Europa demonstriert und dabei gelegentlich auch Prügel bezogen. Das täte heute keiner mehr von uns, nicht nur, weil wir inzwischen deutlich älter geworden sind.

Damals wollten wir aus dem Teufelskreis der ständigen Kriege, gegenseitigen Ausplünderung und Verteufelung des 19. und 20. Jahrhunderts herauskommen und die Bedeutung Europas in der Welt wieder herstellen. Später nahmen politische Schwergewichte wie Adenauer, de Gaspari und de Gaulle diese Gedanken auf und begannen das Europa sechs etwa gleichwertiger Vaterländer mit gemeinsamer Verteidigungs,- Außen- und Wirtschaftspolitik aufzubauen. Das waren noch gestandene Männer, die etwas bewegen wollten.

Und was kam danach? Eine Europäische Kommission mit einer wuchernden Bürokratie und kein Bundesstaat, sondern eine Ansammlung von 27 Nationalstaaten, deren Hauptinteresse in der Bewahrung ihrer Wichtigkeit gegen die 26 anderen besteht. Jeder macht nach außen, was er will. Einige haben sich gerade so hineingemogelt und stauben ab, was geht. Die Einzelregierungen kümmern sich in keiner Weise um das Gesamtwohl. Einige wenige, vor allem Deutschland, zahlen die ganze Veranstaltung.

Und das ursprünglich geplante Europa, das einst als gleichwertig mit den Weltmächten USA und Ostblock geplant war, wurde zur Lachnummer. Die Kommission hat keine echte Aufgabe, daher macht ihre Bürokratie, was Bürokratien ohne echte Arbeit tun, sie wühlt sich durch Details wie Krümmung der Salatgurke, Länge der Kontonummern, Tropfverhalten von Wasserhähnen und anderen Unfug, den die nationalen Beamten, wenn sie denn geregelt werden müssen, auch beherrschen könnten.

Ich kann mir nicht helfen, aber ich sehe da irgendeine Absicht. Von wem?

Dr.-Ing. Karl Reißmann, Mittweide

Im Grunde nichts anderes erwartet

Zu: .Steinbach auf Heimatbesuch“ und „Kalter Empfang“, (Nr. 21)

Als 97 Jahre alter, im Grenzkreis Deutsch-Eylau aufgewachsener Ostpreuße und Teilnehmer am Polenkrieg 1939 vom ersten bis zum letzten Tage und darüber hinaus als Besatzungssoldat bis zum Beginn des Westfeldzuges 1940, kenne ich die Polen wie meine Hosentasche in- und auswendig.

Deshalb ist es für mich auch nicht verwunderlich, dass die Politikerin Erika Steinbach, Vorsitzende des Bundes der Vertriebenen, in ihrem Geburtsort Rahmel, Kreis Neustadt (Westpreußen), von der jetzigen Bürgermeisterin nicht wie üblich als Gast empfangen, sondern als „Persona non grata“ behandelt wurde.

Man liest in dem Beitrag, dass der väterliche Teil der Familie 1946 in Viehwaggons gesteckt und vertrieben wurde. So ging es doch allen noch in ihrer Heimat verbliebenen Deutschen.

Meine Mutter wurde Mitte Oktober 1945 unter Gewehrkolbenhieben aus unserem Haus gejagt und auch in einen Viehwaggon (ohne Stroh als wärmende Unterlage) gesteckt und ist nach langem Hin- und Herumrangieren in Berlin gelandet und dort im Krankenhaus, der Berliner Charité, verstorben.

Deshalb glaube ich, dass man den gemachten interessanten Ausführungen weitere nachtragen sollte.

Da wäre nämlich auch noch daran zu erinnern, dass die Warschauer Regierung unter „Oberst“ Jozef Beck den Krieg provoziert hat, woran es nichts zu rütteln gibt.

Das ist geschichtlich bewiesen und jedem Ostpreußen auch bekannt.

In Vergessenheit geraten zu sein scheint aber der 23. Juni 1932. An diesem Tag, 217 Tage vor Hitlers Übernahme der Regierungsgeschäfte in Berlin, fand im Britischen Oberhaus eine „ausführliche Aussprache über die polnische Minderheitenpolitik“ statt, in der der Vertreter der Britischen Regierung, Lord Cecil, diese „als das Gewissen der Menschheit erschütternd“ bezeichnete. Protokollarisch festgehalten wurde:

„Die Frage der deutschen Bevölkerung in Polen ist eine sehr dringende Angelegenheit. Aus dem Korridor und Posen sind bereits nicht weniger als eine Million Menschen abgewandert, weil sie die Verhältnisse dort unerträglich finden.

Die Abhängigkeit jeder Person von der Gunst der örtlichen Behörden wird benutzt, um große Teile der Bevölkerung loszuwerden.“

45 Prozent der deutschen Kinder in Thorn und Posen im Wartheland sind „ihrer deutschen Schulen beraubt und in polnische Schulen getrieben“ worden. In der Gesamtzahl der Schulen ist ein Rückgang von 50 Prozent eingetreten.

Es besteht eine direkte Verletzung des Artikels im Vertrag mit Polen, der bestimmt, dass Polen dafür sorgen wird, dass in den Volksschulen der Unterricht den Kindern in ihrer eigenen Sprache erteilt wird.

Obwohl Polen zugestanden hat, den Kindern den Unterricht in ihrer eigenen Sprache zu erteilen, kümmerte es sich nicht um dieses Versprechen, auch wenn ihm die gestatteten Annexionen damals „nur unter der Bedingung zugestanden“ wurden, dass es diesen Gebieten Autonomie gewährt. (Deutsches Weißbuch zur Vorgeschichte des zweiten Weltkrieges, 1939/1940, Dokument Nr. 11, Seite 13-18)

Nach Johann Wolfgang von Goethe ist jeder Deutsche, vor allem jeder Flüchtling, als Zeitzeuge dazu aufgerufen, immer und immer wieder zu wiederholen, weil auch der Irrtum um uns her immer wieder gepredigt wird, und zwar nicht von einzelnen, sondern von der Masse:

„In Zeitungen und Enzyklopädien, auf Schulen und Universitäten, überall ist der Irrtum obenauf, und es ist ihm wohl und behaglich im Gefühl der Majorität, die auf seiner Seite ist.“

Friedrich Kurreck, Heidenheim

Unser Energiehunger ist ungebremst – Das Volk wird benachteiligt werden

Zu: „Fragwürdiges Paradies“ (Nr. 15)

Die Notwendigkeit der Kernenergie war wichtig. Doch durch die Ereignisse in der näheren Vergangenheit bin auch ich zum Zweifler geworden.

Ein vernünftiger Ausstieg, ohne Zeitdruck und mit Bedacht, wäre jetzt angebracht. Doch die Menschen werden ungeduldig. Und die Masse ist durch die Einpeitscher, die mit allen Mitteln gegen einen bedachten Ausstieg kämpfen, nicht vernünftig.

Atomkraftwerke haben sowohl Vorteile als auch Nachteile. Das Restrisiko ist in der Vergangenheit durch die Konzerne, die ihre eigene Glaubwürdigkeit verspielt haben, zu hoch geworden.

Die Energiekonzerne auf der ganzen Welt haben den in der Materie unbedarften Bürger stets angelogen. Störungen gab es nie. Erst im Nachhinein, als kein Leugnen mehr half, gaben sie zu, dass etwas bei ihnen schiefgelaufen ist. Sie selbst haben zu dem Vertrauensverlust bei der Bevölkerung massiv beigetragen.

Doch was ist die Alternative zu dieser Energie? Kohlekraftwerke sind auch Augenwischerei mancher Politiker. Der Wirkungsgrad ist wohl durch die technische Entwicklung gegenüber den alten Werken erhöht. Doch es fällt immer noch genügend Kohlendioxid an, das den Wärmehaushalt der Erde beeinträchtigt.

Die Polkappen lassen immer mehr durch Eis gebundenes Wasser frei. Das Fatale dabei ist, dass die Auswirkungen erst in späteren Jahren zu sehen sind. Dann sind die Befürworter nicht mehr da, wenn die Niederungen für immer unter Wasser stehen. Hunger durch fehlenden Boden für die Nahrung ist vorprogrammiert. Kohlendioxid unter die Erde zu drücken, bleibt wohl eine schöne Idee. Wo haben wir solche dichten Hohlräume unter der Erde, die dieses Gas nachprüfbar für immer dort belassen?

Besser wäre es, dieses Gas in Holz zu binden, wie es die Natur seit jeher praktiziert. Doch es werden mehr Wälder abgeholzt als nachwachsen.

Der Raubbau, meist der Konzerne, an den Tropenwäldern ist enorm, nur um die Energie für die Motoren in den Industrieländern zu sichern. Dabei bleiben die dort hungernden Menschen auf der Strecke und werden sogar verfolgt, wenn sie sich dagegen wehren.

Erneuerbare Energien sind billig. Doch woher soll der viele Strom kommen, der bei der neuen Entwicklung zur Mobilitä gebraucht wird?

Die Windräder laufen bei normalen Winden. Bei Flaute und einer hohen Windgeschwindigkeit stehen sie still. Biogas und Energie erzeugende Kulturen kosten Boden, der für die Nahrungsmittelproduktion gebraucht wird. Eine Kohlendioxid-Bindung im Ackerbau und in den Wäldern wäre sinnvoller.

Wie sieht das Leben in der Zukunft bei uns aus? Unser Hunger nach Energie ist ungebremst. Die Schwellenländer sind schon dabei, ihren berechtigten Anteil an dem Fortschritt der Industrieländer einzufordern. Die Industrie braucht sehr viel Energie.

Bei Stromknappheit im Lande müssen die Werke auf jeden Fall weiterlaufen, damit kein Konjunktureinbruch erfolgt. Sie werden die vorhandene Energie vorrangig bekommen. Die Privathaushalte werden in Zukunft mit regelmäßiger Stromabschaltung leben müssen. Dauerbetrieb von privaten Kühlaggregaten, Klimaanlagen und Heizungen ist nicht mehr möglich. Jeder Haushalt, der es sich leisten kann, wird ein Notstromaggregat benötigen, damit ein durchgängiger Stromfluss gewährleistet werden kann.

Die Leute frieren zu Hause bei diversen Heizungsanlagen im Winter. So mancher, der sich ohne Not in unserem sozialen Netz eingerichtet hat, wird dann einen Job anstreben, weil am Arbeitsplatz Wärme garantiert ist.

Natürlich werden „wichtige Personen“ ein Sonderrecht wie die Industriebetriebe erhalten, weil sie ihre Wichtigkeit darlegen können. Somit wird eine Mehrklassengesellschaft entstehen. Das gemeine Volk ist im Nachteil. Die Leute, die sich teure Energie leisten können, Personen, die einen gewissen Status, von wem auch immer, erhalten haben, werden bevorzugt. Solche Unterscheidung nach Gutdünken hatten wir schon einmal im Arbeiter- und Bauernstaat.

Nach diesen Einschränkungen der Bevölkerung im persönlichen Bereich kommt schnell der Ruf nach billigem Strom aus dem Ausland. Dieser wird natürlich aus Kernkraftwerken eingekauft.

Dieser eingekaufte Strom wird nicht mehr billig sein. Wir werden von den Ländern mit Kernkraftwerken abhängig sein. Und wir dürfen dann den Preis zahlen, zu dem er uns angeboten wird.

Jürgen Schultz, Soest

Geschichtslos

Zu: „Heuchelei als Versöhnung“ (Nr. 22)

Westerwelle in Königsberg – man hat ja keine Worte, wie dieser geschichtslose Laie agiert. Mir drängt sich auf, dass Westerwelle ausschließlich für die Interessen der deutschen Handelsketten agiert und versucht, denen den Weg zu ebnen. Das heißt verkaufen, ohne die politischen Hintergründe anzutasten, um das Primat des Handels nicht zu gefährden. Ich bin selbst KMU-Unternehmer, aber diese Politik ist erbärmlich!

Schon die Politik von Graf Lambsdorf habe ich hinsichtlich seiner Herkunft aus Ostdeutschland nie verstanden, er war auch ein Verräter an seiner Heimat.

Willi Fischer, Bremen

Das Ostpreußenblatt

Nr. 23 – 11. Juni 2011

MELDUNGEN

Allenstein feierte Papstbesuch

Allenstein – Allenstein hat den 20. Jahrestag des offiziellen Besuchs Papst Johannes Paul II. in der Woiwodschaftshauptstadt mit vielen Festlichkeiten und Tagungen gefeiert. Auf Anregung des Stadtrates wurden die Stationen des damaligen Aufenthaltes des Polen durch entsprechende Informationstafeln gekennzeichnet.

G. S.

Liebeserklärung an die Nehrung

Königsberg/Rossitten – Igor Sarembo, Fotograf mit Wohnsitz in Königsberg und Ehemann der Herausgeberin des „Königsberger Express", ist mit einem außergewöhnlichen neuen Buch über die Kurische Nehrung an die Öffentlichkeit getreten. Lange hatte der Kulturschaffende nach einem geeigneten Kind gesucht hat, um die ungewöhnliche Idee zu „Kurische Nehrung", so der preußisch knappe und nüchterne Titel der Veröffentlichung, umzusetzen. Er fand es schließlich in der achtjährigen Balletttänzerin Lusja, die einen Sommer lang auf der Kurischen Nehrung verbrachte und dabei von ihm begleitet wurde. Entstanden sind dabei zahlreiche ungewöhnliche Fotos von Flora und Fauna auf der Kurischen Nehrung sowie der Naturgewalt des Meeres. Inmitten der Naturaufnahmen gibt es immer wieder Fotos von Lusja beim Waten durch die Meereskrone am Strand, sitzend in einer grenzenlos erscheinenden Sandwüste, mit seltenen Blumen in der Hand oder in der Abendsonne innehaltend und die Lichtreflexe auf den Wellen beobachtend. Mit dem Mädchen staunt der Betrachter der Fotos über die Vielfalt der Naturerscheinungen auf der Kurischen Nehrung. Bei dem Buch handelt es sich weder um einen Reisebericht noch um einen reinen Bildband, obwohl der Anteil der Fotos den des zweisprachigen russisch-deutschen Textes übertrifft. Zu beziehen ist diese Liebeserklärung an die Kurische Nehrung beim Königsberger Express, Chaikovskogo Straße 29-1, RUS-236000 Kaliningrad, Telefon 007 (4012) 918542 Fax 007 (4012) 646998, E-Mail: express@kanet.ru. Das Werk kostet 19,95 Euro zuzüglich Versandkosten.

MRK

Schädel entdeckt

Bischofsburg – Bei Erdarbeiten auf Feldern nahe Bischofssteins wurden menschliche Überreste gefunden. Herbeigerufene Beamte fanden Knochen und Schädel sowie auch Prothesen und Schuhe. Die Überreste wurden der Staatsanwaltschaft von Bischofsburg übergeben, die sie zur weiteren Untersuchung an die Gerichtsmedizin weiterleitete. Es ist nicht auszuschließen, dass es sich bei den Toten um Opfer des Zweiten Weltkrieges handelt.

PAZ

Festung wird Museum

Königsberg hat mit dem restaurierten Friedrichsburger Tor eine neue Sehenswürdigkeit

Viele Jahre lang war die Festung Friedrichsburger Tor halb zerstört und diente als Lager. Ende Mai wurde sie vollständig wieder aufgebaut der Öffentlichkeit übergeben. Königsberg hat somit eine weitere Sehenswürdigkeit.

Nach langer Bau- und Restaurierungsphase zeigte das Friedrichsburger Tor sich am 27. Mai wieder in seiner vollen Pracht. Viele Menschen waren zur feierlichen Eröffnungszeremonie gekommen. Unter ihnen Vertreter der Gebietsregierung und der Stadtverwaltung sowie Künstler, Journalisten und Diplomaten. Aus dem Portal vor der eigentlichen Befestigungsanlage erklang klassische Musik. Einige Mitglieder des Klubs für historische Rekonstruktionen trugen Kriegsuniformen aus der napoleonischen Zeit und demonstrierten den Versammelten ihre „Kriegskünste". Die Besucher konnten sich mit damaligen Artilleriewaffen vertraut machen.

Die Geschichte der Festung Friedrichsburg begann im Jahr 1657, als auf Befehl des Großen Kurfürsten Friedrich Wilhelm das Tor gebaut wurde. Die Festung wurde nach Berechnungen des höfischen Mathematikers Christian Otter errichtet. 1697 besuchte der russische Zar Peter I. während seiner Reise mit der großen Gesandtschaft die Festung. Er studierte hier das Artilleriewesen. Nach seiner Rückkehr nach Russland ließ er sogar einige Festungen nach dem Vorbild des Friedrichsburger Tors bauen.

Das Portal der Festung ist das einzige erhaltengebliebene Element des ursprünglichen Gebäudes. Es wurde 1852 nach Plänen Friedrich Stülers im neogotischen Stil errichtet. Das Eingangstor besteht aus einem zentralen Eingangsportal in Bogenform, von dem aus in symmetrischer Anordnung zu beiden Seiten die Kasematten für die Garnison angeordnet sind, an den vier Ecken stehen runde Türme.

Zu Beginn des 20. Jahrhunderts galten die Verteidigungsanlagen des zweiten Wallrings als veraltet. Ab 1910 wurde das Friedrichsburger Tor nicht mehr militärisch genutzt und bald darauf abgerissen. Auf dem Gelände wurden Eisenbahnschienen verlegt, nur das Eingangsportal blieb erhalten. 1960 erhielt es den Status eines Architektur- und Städtebaudenkmals. Dennoch blieb das Tor herrenlos und seinem weiteren Verfall überlassen. Erst im Jahr 2002 erhielt das Friedrichsburger Tor den Status eines schützenswerten Denkmals mit föderaler Bedeutung.



Vor dem Friedrichsburger Tor: Mitglieder des Klubs für historische Rekonstruktionen in Kleidung aus der napoleonischen Zeit

Bild: Tschernyschew

Die Wiederherstellungsarbeiten haben etwas über drei Jahre gedauert, nachdem das Tor eine Filiale des Ozeanmuseums geworden war. Die Restaurierungsarbeiten gingen nur schleppend voran. Das lag daran, dass das bewilligte Geld nur etappenweise ausgezahlt wurde, weil die vom russischen Kulturministerium ausgewählten und beauftragten Unternehmen ständig wechselten.

Weil sich Zar Peter I. im Friedrichsburger Tor Kenntnisse in Militärtechnik angeeignet hatte und hier den Grundstein zum russischen Schiffsbau legte, wird die künftige Ausstellung den Namen „Auferstehung des Schiffsbaus" tragen. Es wurden bereits Exponate aus allen Teilen Russlands zusammengetragen. Ein Teil von ihnen wird auf dem Gelände der Festung ausgestellt. Das erste Exponat, ein Lodka-Kischanka (ein für den Norden typisches kleines Ruderboot mit Segeln) aus Petrosawodsk wurde bereits im Hof der Festung aufgebaut.

In drei Jahren wiederhergestellt

In zwei Sälen der Ausstellung „Auferstehung des Schiffsbaus" wird die Geschichte des Aufbaus der russischen Flotte erzählt. Hier werden neben Modellen der ersten Schiffe Peters des Großen Andreasorden, Flaggen und andere Gegenstände ausgestellt. Später soll ein „Hafen" im Hof entstehen, in dem echte Boote der Völker Russlands ausgestellt werden.

Die Eröffnungsfeier endete mit einem farbenprächtigen Feuerwerk, und die Mitglieder des Klubs für historische Rekonstruktionen feuerten einige Salven aus Gewehren und Kanonen, die aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts stammen. Diese schöne und effektvolle Inszenierung versetzte das Publikum in Begeisterung.

Jurij Tschernyschew

Studentenulk in Allenstein

Vor den Prüfungen sorgte der akademische Nachwuchs noch einmal für vier Tage Spaß und Klamauk

Die Studentenschaft der Ermländisch-Masurischen Universität im Allensteiner Vorort Kortau hat für vier Tage das Regiment in der Woiwodschaftshauptstadt übernommen. Solche Studententage finden in jedem Hochschulstandort der Republik Polen statt und sind gemeinhin als „Juwenalia" bekannt. Der Name dieser karnevalsartigen Feierlichkeiten variiert allerdings von Stadt zu Stadt. So heißt die Veranstaltung in Allenstein nach dem Universitätsstandort Kortau „Kortowiada".

Die studentischen Festlichkeiten begannen nach der althergebrachten Tradition mit einem Straßenumzug und der Übernahme der Stadtschlüssel vom Stadtpräsidenten, Piotr Grzymowicz. Musikalisch begleitet durch zahlreiche Musikbands zogen die in meist sehr farbenfrohe sowie oft ausgeflippte und auffallende Kostüme gekleideten Studenten der 16 Fakultäten durch die Innenstadt Richtung Campus in Kortau. Dort gab es noch am selben Tag eine Misswahl und Konzerte mit alternativer Musik.

Am darauffolgenden zweiten Festtag bildete ein Wettkampf der Fakultäten und ein Kanurennen auf dem Kortauer See, bei dem die jeweiligen Dekane starteten, das wichtigste Ereignis. Den Abend füllten Musikkonzerte für jeden Geschmack aus. Zu den Vortragenden gehörten unter anderen die Band aus dem masurischen Płock mit dem an Goethes bekannte Schrift über die Ästhetik anknüpfenden Namen „Farbenlehre" sowie einer der beliebtesten Reggae-Musiker in Europa – „Gentleman", bürgerlich Tilmann Otto aus Osnabrück. Für die Wochenzeitung „Olsztyniak" sprach der Deutsche in einem Interview über seine innige Beziehung zum musikalischen Genre, dem er seit langem treu ist: „Dies kam von selbst. Anfangs interessierte ich mich für die Musiker aus Jamaika – Peter Tosh, Dennis Brown, Garnett Sillk und Bob Marley. Ich beschloss, diese Insel zu besuchen und ihre Kultur näher kennen zu lernen. Erst dort entdeckte ich in mir ein Talent und das Bedürfnis, den in mir steckenden Geist auf diese Art und Weise auszudrücken". Der inzwischen sehr erfolgreiche Musiker zog zahlreiche Fans in den Allensteiner Klub der Internationalen Presse und des Buches, wo er Autogramme auf seinen CDs gab.

Stadtpräsident übergab den Studiosi den Stadtschlüssel

Der dritte Kortowiada-Tag verlief im Zeichen mehrerer Wettbewerbe. Ein alljährliches Muss war auch diesmal der Wettstreit zwischen den Studentenheimen. Auffällig war dieses Jahr der hohe Ausländeranteil. Hervorzuheben sind dabei einerseits die Erasmus-Studenten sowie andererseits die angehenden Ärzte vom kürzlich eröffneten Studiengang Humanmedizin, die vorwiegend aus den arabischen Ländern kommen. Durch ihre Teilnahme gewann die Veranstaltung diesmal einen internationalen Charakter.

Das Studentenfest hat in der Republik Polen Tradition

Am letzten Tag der Kortowiada unternahmen die emsigsten Kortowiada-Teilnehmer den Versuch, ins Guinness-Buch der Rekorde aufgenommen zu werden. Hierzu wurde ein Boot aus über 3000 PET-Flaschen gebaut. Der Hauptverantwortliche für die diesjährige Kortowiada, Grzegorz Mekarski, erklärte die karitative Dimension dieses Vorhabens: „Die Schraubverschlüsse von diesen Flaschen werden der Stiftung „Mam marzenie" (Make-A-Wish-Foundation) übergeben". Hierbei handelt es sich um eine Organisation, deren Ziel es ist, die Wünsche und Träume von oft unheilbar kranken Kindern zu erfüllen. Die hierfür nötigen Gelder werden in der Republik Polen durch das Sammeln von Schraubverschlüssen gewonnen. Bevor die Kortowiada zu Ende ging, wurde am letzten Festtag auch noch ein Fußballspiel auf dem matschigen Sportplatz ausgetragen.

Mit der kurz vor den Universitätsprüfungen veranstalteten Kortowiada endete das süße Studentenleben mit kabarettistischen und musikalischen Auftritten. Nach den Aufräumarbeiten wird nun die Zeit des Schreibens der Diplomarbeiten beziehungsweise des angestrengten Paukens für die Examensprüfungen beginnen.

Grzegorz Supady

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

zuerst einmal sehr, sehr herzlichen Dank für die lieben Grüße, die ich in unserem „Familienbriefkasten“ gefunden habe, der in Erfurt bereitstand, um Wünsche und andere Mitteilungen aufzunehmen. Viele Besucher haben bedauert, dass sie mir diese nicht persönlich vortragen konnten – ich auch, aber nun habe ich sie schriftlich vorliegen, und so kann ich sie in Ruhe lesen, ohne zu befürchten, dass ich etwas falsch verstanden habe, wie das bei einem Gespräch im lauten Hallentrubel schon einmal geschehen kann. Wir hatten es ja auch unseren Besuchern mit den bereitgelegten „Wunschzetteln“ leichter gemacht, die für eine Veröffentlichung erforderlichen Angaben schriftlich zu machen und ihr Einverständnis für diese einzuholen, denn das ist heute aus Datenschutzgründen notwendig. Es ist eben alles schwieriger geworden. Wenn man früher die alt gewordene Kuh zitierte, wenn man auch im späten Alter etwas dazu lernen wollte, müsste man heute schon eine Schildkröte zum Vergleich der Langlebigkeit heranziehen – aber das reimt sich leider nicht.

Dafür reimt sich so manches, was einige Landsleute als kleines Dankeschön für unser Archiv mitbrachten. Gedichte, oft selbst verfasst, oder Lieder, an die sie sich nur noch bruchstückhaft erinnern. Wie eine Ostpreußin aus Haselberg/Lasdehnen, die heute im Erzgebirge lebt und die sich noch an ein Lied erinnert, das ihre Mutter gesungen hat und von dem sie gerne den vollen Text haben möchte. Eigentlich ist es eine Ballade oder vielmehr ein Melodram, und ich kann mich noch gut daran erinnern, denn bei uns zu Hause wurde es auch von einem Freund der Familie vorgetragen, der uns gerne mit seinen Sangeskünsten beglückte. Das Repertoire reichte von Loewes „Die Uhr“ bis zur „Königspalme“, und seine Darbietungen haben mich kleines Gnoss sehr beeindruckt. Mit Sicherheit habe ich bei „Schön-Röschen“ geweint, ein Melodram, das von der Liebe eines zarten Mädchens zu ihrem Auserwählten erzählt, der fortgehen musste und ihr versprach, dass sie sich wieder unter dem „Baum bei Rosen und Flieder“ treffen würden. Aber leider verstarb Röschen, und als der Heimkehrende sie suchte, musste der Vater erklären, dass sie sich unter dem Baum begraben ließ „... dort träumt sie den Traum von Rosen und Flieder“. Es ist eigenartig, aber auf einmal ist die Melodie wieder da, und so wird es Frau **Ingrid Bleißidel** auch ergehen. Den Wunsch, nach dem Text des Melodrams, dessen Titel ich leider nicht angeben kann, zu suchen, erfülle ich ihr gerne. Aber ich bin sicher: „Schön-Röschen“ wird sich finden. (Ingrid Bleißidel, Glockenklangerstraße 23 in Johanngeorgenstadt, Telefon 03773/882984.)

Alte Fotos machen immer Freude, wenn sie Landschaften oder Menschen zeigen, die für uns ein Stückchen Heimat sind. So wie die beiden Aufnahmen, die Frau **Ilse Conrad-Kowalski** in den Familienkasten legte und dazu vermerkte: „Damit Sie an den sehr alten Fotos, vor allem an dem Bildnis der alten Bäuerin, genauso viel Freude haben wie ich, übergebe ich sie Ihrem Archiv.“ Und damit auch unsere Leserinnen und Leser sich daran freuen können, wollen wir es hier veröffentlichen, ehe es ins Archiv wandert. Es ist ein sehr altes Bild, Soldaten haben es im Ersten Weltkrieg in Groß-Kuhren aufgenommen wie auch das zweite Foto, das einen Bauern „hoch zu Ross“ von der Feldarbeit kommend zeigt. Aber das Bild der samländischen Bäuerin ist deshalb so eindrucksvoll, weil es keine Atelieraufnahme im Sonntagskleid und mit starren Gesichtszügen ist, wie es ja zu jener Zeit üblich war, sondern eine Landfrau im harten Arbeitsalltag zeigt. Deren Gesicht aber ihr Wesen widerspiegelt: Güte, Zufriedenheit und Ruhe, so ganz im Einklang mit ihrem wahrhaftig nicht leichten Leben. Und Liebe zur Kreatur, wie auch der Blick des kleinen Hundes besagt, der geborgen in ihren Armen liegt. Der unbekannte Fotograf hat da vor fast 100 Jahren schon eine kleine Meisterleistung erbracht. Aber vielleicht ist er gar nicht so unbekannt, denn es könnte sein, dass es der Vater von Frau Ilse, **Wolfgang** Kowalski war, der die Aufnahme machte, wie sie vermutet. Wir sagen für die Überlassung der alten Aufnahmen herzlichen Dank.


Bild: privat

Samländische Bäuerin vor fast 100 Jahren: Der Fotograf ist unbekannt.

Das ist ja ein Hauptanliegen unserer Ostpreußischen Familie: immer einen Hauch Heimat zu vermitteln. Dass dies dankbar von vielen Landsleuten empfunden wird, bestätigen weitere Zuschriften wie die von Frau **Angela Schwieger** aus Berlin, die „einfach alles aufsaugt“, was sie an die frühe Kindheit in Ostpreußen erinnert. Und da ist sie einmal ganz schön aus dem Gleichgewicht gekommen, wie sie schreibt. Anlass war der vor drei Jahren veröffentlichte Wunsch eines Lesers, der Auskünfte über seinen Vater suchte. Der war Verwalter auf einem Gut im nördlichen Ostpreußen gewesen, dessen Besitzer v. Z. namentlich genannt wurde. Dieser Name erinnert Frau Schwieger an eine enge Freundin ihrer Mutter, **Renate** v. Z., die durch den Pferdesport miteinander verbunden waren. Sie muss auf die kleine Angela einen besonderen Eindruck gemacht haben, denn „mit ihr vergoldete sich alles“. So bringt manchmal nur ein Name längst verloren geglaubte Erinnerungen wieder. Und Frau Schwieger, die in der DDR aufwuchs, hat da noch viel Nachholbedarf, wie sie schreibt. Wir werden weiter versuchen, ihn zu erfüllen.

Wie alle anderen Wünsche, von denen sich die meisten auf Verwandtensuche und Ahnenforschung beziehen. So wie der von Frau **Margot Schittke** aus Wiesbaden, die sich im Namen ihrer Familie an uns wendet und ihren Suchwunsch kurz und doch umfassend formuliert: „Leider haben wir bis heute nichts über den Verbleib unseres Vaters, **Erich** Schittke, *9. Mai 1897, wohnhaft gewesen in Osterode/Ostpreußen, Spangenbergstraße 3, in Erfahrung bringen können. Als Angehöriger des Volkssturms blieb er am 1. Januar 1945 in Osterode. Am 21. Januar war er bis mittags bei seiner Schwester in der Erich-Koch-Straße und ging dann in unsere Wohnung. Von diesem Zeitpunkt fehlt von ihm jede Spur. Vielleicht können wir auf diese Weise doch noch etwas über sein Schicksal erfahren.“ Jedenfalls wird diese Veröffentlichung eine der letzten Möglichkeiten sein, Hinweise auf seinen unbekannten Lebensweg zu bekommen. Da sind die Osteroder und alle Zeitzeugen gefragt, die sich damals in der Stadt befanden, darunter auch Flüchtlinge aus den nördlichen Regionen Ostpreußens, denen der Russe den Fluchtweg abgeschnitten hatte. Es ist anzunehmen, dass Erich Schittke den Besatzern in die Hände fiel, dabei den Tod fand oder in ein Lager kam. Vielleicht wissen ehemalige Nachbarn aus der Spangenbergstraße etwas über sein Schicksal, es könnte auch Mitgefangene geben, die mit ihm in einem Arbeitslager waren. Für jeden Hinweis wären seine Nachkommen dankbar. (Margot Schittke, Adelheidstraße 93 in 65185 Wiesbaden, Telefon 0611/3415 874.)

„Mein Fall scheint hoffnungslos, ist es aber vielleicht doch nicht“ – das könnte Frau Schittke in Bezug auf ihren Suchwunsch geschrieben haben, der Satz stammt aber aus einem Brief von Herrn **Gert-Dietrich Wermke** aus Königs-Wusterhausen. Bei ihm geht es allerdings nicht um ein ungeklärtes Schicksal, sondern um eine mögliche Verwandtschaft. Sein Großvater **Emil Hermann** Wermke, *2. April 1879 in Kilgis, hatte noch einen Bruder, von dem der Enkel nichts weiß, er kennt weder seinen Namen noch irgendwelche Daten. Nach diesem Großonkel forscht Herr Wermke schon lange, bisher ohne Ergebnis. Ein Hoffnungsschimmer kam auf, als er vom Heimatkreisverein Königsberg-Land folgende Angaben erhielt: **Franz** Wermke, *20. November 1877 in Kilgis, und Ehefrau **Johanna**, *27. Januar 1889. Emil und Franz könnten Brüder sein, da sie im Abstand von eineinhalb Jahren in demselben Ort geboren wurden, Franz müsste dann wie der Großvater von Gert-Dietrich auch ein Sohn von **Friedrich Wilhelm** Wermke und seiner Frau **Wilhelmine** geborene **Bartel** sein. Die vage Hoffnung, hierüber Klarheit zu erhalten, ist berechtigt, da es sich bei Kilgis um eine 300-Seelen-Ortschaft im Kirchspiel Kreuzburg handelt mit einem großen Gut, das in gräflichem Besitz war, aber mit eigener Schule. Es ist also möglich, dass es noch ehemalige Bewohner dieses 17 Kilometer nordwestlich von Preußisch Eylau gelegenen Ortes gibt, die sich an die Familie Wermke erinnern, vielleicht mit deren Kindern gemeinsam auf der Schulbank saßen und sagen könnten, ob es eine oder mehrere Familien dieses Namens in Kilgis gab. Das Nonplusultra wäre natürlich, wenn sich Nachkommen von Franz Wermke finden ließen – gleich, ob es sich bei ihm um den Bruder von Emil Wermke handelt oder um einen anderen Verwandten. „Vielleicht gibt es in unserer ostpreußischen Familie doch jemanden, der durch diese wenigen Angaben einen Hinweis geben kann, der mir weiterhilft“, so beendet Herr Dietrich sein Schreiben. Wir suchen diesen Jemand! (Gert-Dietrich Wermke, Potsdamer Ring 11 in Königs Wusterhausen, Telefon 03375/291060.)

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede

Bild: Pawlik

Und auch in diesem Fall kann man hoffen – die Erklärung dafür später. Frau **Annelene Knoller** aus München liest unsere Zeitung gemeinsam mit einer 89-jährigen Ostpreußin, deren Sehkraft schon sehr nachgelassen hat, aber unsere treue Abonnentin bleibt. Frau Knoller wurde zwar in Berlin-Spandau geboren, doch alle Vorfahren kommen aus Ostpreußen, der Vater aus Gumbinnen, die Mutter aus Heydekrug. Die heimatlichen Wurzeln wurden durch Ferienaufenthalte in Königsberg, Cranz, Rauschen und im Memelland gefestigt, die Verbindung blieb eng. So weiß Frau Knoller, dass fast allen Verwandten 1945 die Flucht gelang. Nur von einer Cousine ihrer Mutter **Helene Westpfahl** geborene **Eliseit** fehlt jede Spur, und die Frage „Wo blieb Tante Anna?“ beschäftigt die 85-Jährige noch heute. **Anna Tiesler** war verwitwet und wohnte in der Schleiermacherstraße in Königsberg. Sie galt als „die Höchste vom DRK“, so formuliert Frau Knoller die berufliche Position. Frau Knoller hat ihrer Tante Anna viel zu verdanken, denn diese verschaffte ihrer jungen Berliner Verwandten, die mit der Ausbildung zur Medizinisch-technischen Assistentin (MTA) begonnen hatte, noch vor den Bombennächten die Möglichkeit, in das damals als sicher geltende Ostpreußen zu gehen. Das junge Mädchen wohnte in Goldap bei Tante Annas Nichte **Inge Hikkisch**, Mutter von zwei kleinen Jungen, ihr Mann stand als Arzt an der Ostfront. Annelene war im Krankenhaus in Goldap als DRK-Helferin tätig, machte dann ihre Schwestern-Helferinnen-Prüfung in Wickbold, wo **Gertrud** Hikkisch, die Schwester von Tante Anna, Leiterin des Seminarhauses war. 1944 kehrte Annelene nach Berlin zurück und setzte ihre Ausbildung zur MTA fort. Aber bereits im April 1945 verließ die Familie Westpfahl die umkämpfte Hauptstadt und ging nach Bayern. Dadurch riss auch manche Verbindung zu den ostpreußischen Verwandten ab, die aber später wieder geknüpft werden konnte – leider nicht zu Tante Anna, denn von ihr fehlte jede Spur. Da sie mit Sicherheit während der letzten Kriegsmonate im Einsatz war, dürfte sie in ihrer Heimat geblieben sein. Wenn Anna Tiesler eine leitende Funktion beim Deutschen Roten Kreuz hatte, müsste sie einen hohen Bekanntheitsgrad gehabt haben, vor allem im pflegerischen Bereich. Und da setzt eben meine berechtigte Hoffnung ein, dass sich noch ehemalige junge Helferinnen und andere Personen, die mit dem DRK zusammen arbeiteten, an Anna Tiesler erinnern und vielleicht wissen, wie ihr weiteres Schicksal war. Frau Knoller würde sich über jede Zuschrift freuen. (Annelene Knoller, Speyerer Straße 13/II in 80804 München, Telefon 089/3082558.)

Und nun wünsche ich Ihnen auf gut Ostpreußisch: Scheene Pingste!

Eure

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

AUS DEN HEIMATREGIONEN

Von »Autochthonen« und Deutschen

Dachverband der Deutschen in der Republik Polen feiert 20. Geburtstag am Rande der traditionellen »Minderheitenwallfahrt«

Den Vogel hatte Helmut Sauer abgeschossen. Nach vielen Jahren, in denen er von oberster Stelle weitgehend ignoriert worden war, hatte der langjährige Bundestagsabgeordnete aus Salzgitter und Vorsitzende der Ost- und Mitteldeutschen Vereinigung der CDU/CSU (OMV) Angela Merkel ein Grußwort für die Landsleute in der Heimat abgerungen: Adressiert an die Teilnehmer der Konferenz zum 20-jährigen Bestehen des Verbandes der deutschen sozial-kulturellen Gesellschaften in Polen (VdG) und der sogenannten Minderheitenwallfahrt nach St. Annaberg.

Das Grußwort, das Merkel wohlgemerkt nicht in ihrer Funktion als Bundeskanzlerin, sondern als Vorsitzende der CDU an die Teilnehmer richtete, hatte seine politisch korrekten Züge. Die zu Tausenden am vergangenen Sonntag nach St. Annaberg gepilgerten Heimatverbliebenen verstummten für einen Moment, als Merkel postulierte, die Bundesrepublik Deutschland stelle sich ihrer historischen Verantwortung. Dabei hatte sie anscheinend jedoch weniger die ideelle Unterstützung der deutschen Volksgruppe im Sinn als vielmehr den „Weg der Versöhnung und Partnerschaft“ zwischen Deutschen und Polen. Doch allein die Existenz des Grußwortes war durchaus beachtlich und sorgte für tosenden Beifall.

Grußwort der CDU-Vorsitzenden, nicht der Bundeskanzlerin

Und immerhin hatte auch Deutschlands Botschafter in Warschau, Rüdiger Freiherr von Fritsch, der Konferenz seine Aufwartung gemacht. An der anschließenden Wallfahrt nahmen mit dem Breslauer Generalkonsul, Bernard Brasack, und dem Oppelner Konsul, Peter Eck, gleich zwei bundesdeutsche Diplomaten teil.

Der Dachverband der Deutschen in der Republik Polen tagte unter dem Leitsatz: „Die Deutschen in Polen. 20 Jahre nach den deutsch-polnischen Verträgen. Aktueller Stand und Perspektiven für die Zukunft“. Formal bekam das in der Republik Polen geltende Minderheitenrecht auch auf dieser Tagung durchweg gute Kritiken. Aber die polnische Wissenschaft kann sich schwer von manchen altbackenen Sprachwendungen verabschieden. Bernadetta Nitschke, Universitätsdirektorin der Politologie im niederschlesischen Grünberg, unterscheidet bis in unsere Tage Deutsche und „Autochthone“ in Schlesien. Aus polnischer Sicht handelt es sich bei Letzteren um die „alteingesessenen“ Bewohner Schlesiens, die nicht oder nur eingeschränkt als Deutsche gelten. Ein enger Zeitplan ließ hier eine bitter notwendige Diskussion nicht zu. Hätte Sauer zum Ende der Konferenz nicht – ohne Nennung des Namens von Nitschke – die Fragwürdigkeit der Heranziehung des Begriffs der „Autochthonen“ scharf in Frage gestellt, wäre dieser Fehlgriff sicher untergegangen. Ebenso würde sich heute als gefährlich erweisen, dass die Deutschen in der Republik Polen nicht von Anfang an als Volksgruppe, sondern unter dem Namen „Minderheit“ auftraten. Der Direktor des ausrichtenden Hauses der Deutsch-Polnischen Zusammenarbeit, Rafal Bartek, konterte, dass man stets in Verhandlungen die wichtige rechtliche Unterscheidung betone.

Volksgruppe, nicht Minderheit

Aufmerksame Zuhörer konnten gleichwohl manch andere Nuancen in artverwandten Referaten ausmachen. Während beispielsweise Marek Mazurkiewicz, Politologe aus Oppeln und zugleich Beauftragter für die nationalen Minderheiten in der oberschlesischen Woiwodschaft Oppeln, deutsche Volksgruppen in Europa recht technokratisch anhand ihrer Größenordnung kategorisierte, konnte Ortfried Kotzian aus München deutlich Unterschiede zwischen Reichsdeutschen und Grenzland- sowie Sprachinseldeutschen herausarbeiten.

Dass Hilfe aus der Bundesrepublik zielgerecht Empfänger auch unter den deutschen Landsleuten östlich von Oder und Neiße erreicht, legte Mortimer Graf zu Eulenburg dar, Ehrenkommandator der Preußischen Genossenschaft des Johanniterordens, die neben der „Ostpreußenhilfe“ auch zehn Sozialstationen in Ostpreußen betreibt. Allerdings sei mit dem Rückzug der deutschen Sprache unter der Schwesternschaft auch manche Arbeit eingeschlafen, da ohne Sprachkenntnis die Verwaltung nicht mehr habe funktionieren können. *FBö*

Wir gratulieren ...

ZUM 99. GEBURTSTAG

Gerhardt, Paul, aus Deschen, Kreis Elchniederung, jetzt Lerchenweg 19, 57614 Wahlrod, am 18. Juni

ZUM 98. GEBURTSTAG

Blaudschun, Erich, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Nordring 14 C, 30163 Hannover, am 19. Juni

Steffen, Dr. Wilhelm, aus Lyck, jetzt Schirnaidler Straße 5, Seniorenheim St. Martin, 91330 Eggolsheim, am 19. Juni

ZUM 97. GEBURTSTAG

Bordzio, Charlotte, geb. **Klein**, aus Gordeiken, Kreis Treuburg, jetzt Schönbrunnstraße 18, 99310 Arnstadt, am 19. Juni

ZUM 96. GEBURTSTAG

Hammer, Christel, geb. **Worm**, aus Palmnicken, Kreis Samland, jetzt Lauterberger Straße 9, 47259 Duisburg, am 17. Juni

ZUM 95. GEBURTSTAG

Bischoff, Friedericke, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, jetzt Lessingstraße 13, 41515 Grevenbroich, am 15. Juni

Bromberg, Ruth, aus Neidenburg, jetzt Ahornstraße 1, Altenheim, 39291 Friedensau, am 19. Juni

Brunner, Elfriede, geb. **Doliwa**, aus Neidenburg, jetzt Annastraße 2, 64342 Seeheim, am 17. Juni

Fischer, Ursula, geb. **Kundrus**, aus Weidlacken, Kreis Wehlau, jetzt Unter der Brücke 79, 31134 Kassel, am 13. Juni

Grikschas, Charlotte, geb. **Pietrzyk**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Drömlingstraße 7, OT Weddendorf, 39646 Oebisfelde, am 13. Juni

ZUM 94. GEBURTSTAG

Fidorra, Fritz, aus Treudorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Vinzenzstraße 28, 68642 Bürstadt, am 18. Juni

Kroll, Hedwig, geb. **Kompa**, aus Ebendorf, Kreis Ortelsburg, jetzt Friedrichshöhe 4 B, Wohnung 222, 42799 Leichlingen, am 15. Juni

Lüdtke, Ida, geb. **Stralla**, aus Neuendorf, Kreis Lyck, jetzt Albert-Schweitzer-Straße 3, 29549 Bad Bevensen, am 19. Juni

Pilch, Gerda, geb. **Mallonnek**, aus Lyck, jetzt Altenpflegeheim Marie von Boschan-Aschrott, Friedrich-Ebert-Straße 178, 34119 Kassel, am 14. Juni

Sysk, Heinrich, aus Neufließ, Kreis Ortelsburg, jetzt Leddinweg 23, 30627 Hannover, am 18. Juni

Willutzki, Hildegard, geb. **Loth**, aus Grabnick, Kreis Lyck, jetzt Klausnerring 18, OT Heimstetten, 85551 Kirchheim, am 18. Juni

ZUM 93. GEBURTSTAG

Hinden, Harry A., aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt 7, Kikar Malkei, 64163 Tel Aviv, Israel, am 18. Juni

Matthias, Ruth, aus Ortelsburg, jetzt Haus Novalis/Loheide 15, 33609 Bielefeld, am 13. Juni

Schlick, Herta, geb. **Urban**, aus Lyck, Dallnitz/Wasserwerk, jetzt Dorfstraße 67, 17291 Schönwerder, am 19. Juni

ZUM 92. GEBURTSTAG

Bienko, Helene, geb. **Kosinski**, aus Mostolten, Kreis Lyck, jetzt Höhenweg 60, bei Knapp, 51766 Engelskirchen, am 14. Juni

Meyel, Benno, aus Osterode, jetzt Netzestraße 1, 22547 Hamburg, am 15. Juni

Saffran, Otto, aus Stradaunen, Kreis Lyck, jetzt Lerchenweg 18, 94513 Schönberg, am 15. Juni

ZUM 91. GEBURTSTAG

Hasenpusch, Hildegard, geb. **Freitag**, aus Groß Hoppenbruch, Kreis Heiligenbeil, jetzt Albertstraße 4, 27432 Bremervörde, am 12. Juni

Kutrieb, Paul, aus Malgaofen, Kreis Neidenburg, jetzt Dorfstraße 24, 17349 Rattey, am 19. Juni

Müller, Traute, geb. **Breitmoser**, aus Kreuzingen, Kreis Elchniederung, jetzt Obere Mauerstraße 33, 37671 Höxter, am 14. Juni

Pinsch, Else, geb. **Höpfner**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Sachsenhäuser Straße 2, 64832 Babenhausen, am 15. Juni

Pliquett, Elfriede, geb. **Brandies**, aus Heimfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Drostenbusch 127, 45309 Essen, am 19. Juni

Prignitz, Irmgard, geb. **Wunsch**, aus Groß Sakrau, Kreis Neidenburg, jetzt Rosa-Luxemburg-Straße 2, 23936 Grevesmühlen, am 13. Juni

Räthe, Elli, aus Alt Katzkeim, Kreis Samland, jetzt Weinbergweg 13, 73230 Kirchheim, am 15. Juni

Reymann, Hella, geb. **Robin**, aus Heiligenbeil, Herzog-Albrecht-Straße 28, jetzt Tammhorst 7, 24582 Bordesholm, am 15. Juni

Sado, Edith, aus Lindenwiese, Kreis Lötzen, jetzt Werner-Düwel-Straße 9, 31863 Coppenbrügge, am 16. Juni

Szameitat, Charlotte, geb. **Skubinn**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Bruno-Nielsen-Ring 49, 25746 Lohe-Rickelshof, am 14. Juni

Tobies, Klara, geb. **Schulz**, aus Schölen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Breslauer Straße 2 B, 56112 Lahnstein, am 18. Juni

ZUM 90. GEBURTSTAG

Albrecht, Günther, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Am Wasserturm 7, Ackermann Haus, 38518 Gifhorn, am 16. Juni

Andre, Frieda, geb. **Konrad**, aus Lenzendorf, Kreis Lyck, jetzt Ostpreußenstraße 5, 34537 Bad Wildungen, am 14. Juni

Aron, Helmut, aus Großheidenstein, Kreis Elchniederung, jetzt Marienstraße 31, 27299 Langwedel, am 19. Juni

Böhmer, Dorothea, geb. **Störmer**, aus Romau, Kreis Wehlau, jetzt Heinrich-Julius-Straße 5, 38820 Halberstadt, am 16. Juni

Brauer, Betty, geb. **Watzkat**, aus Rositten, Kreis Samland, jetzt Veerenstraße 54, 27574 Bremerhaven, am 14. Juni

Deicke, Frieda, geb. **Blech**, aus Ebenrode, jetzt Westring 67, 44623 Herne, am 16. Juni

Ebbinghaus, Waltraud, geb. **Stobbe**, aus Hermsdorf-Pellen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Im Grünen Grund 7, 44536 Lünen, am 9. Juni

Eniß, Michael, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Bürgermeister-Herb-Straße 5, 77723 Gengenbach, am 14. Juni

Freier, Anna, geb. **Kraft**, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Salzbrunner Straße 27, 90473 Nürnberg, am 15. Juni

Hagen, Käte, geb. **Marx**, aus Lötzen, jetzt Dessauer Straße 11, 06780 Löberitz, am 17. Juni

Jurkschat, Gertrud, aus Mühlengarten, Kreis Ebenrode, jetzt Ulmenhof 1, 47279 Duisburg, am 14. Juni

Kaminski, Hildegard, geb. **Dudda**, aus Lyck, jetzt Rheder Straße 20, 46397 Bocholt, am 18. Juni

Konetzka, Erich, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Schützenstraße 72, 45699 Herten, am 14. Juni

Milovanovic, Gerda, geb. **Nicklaus**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Lindenstraße 19, 64720 Michelstadt, am 15. Juni

Nolting, Margarete, geb. **Althoff**, aus Keipern, Kreis Lyck, jetzt Im Rehagen 13, 32547 Bad Oeynhausen, am 15. Juni

Pawlik, Ingeborg, geb. **Gruber**, aus Ebenrode, jetzt Nerlichsweg 3, 20535 Hamburg, am 15. Juni

Pluschke, Walter, aus Schlakalken, Kreis Samland, jetzt Herrenbergstraße 27, 91077 Neunkirchen, am 13. Juni

Schlöffel, Friedel, geb. **Jakstatt**, aus Parwen, Kreis Elchniederung, jetzt Humboldtstraße 71, 99867 Gotha, am 19. Juni

Schulz, Erika, geb. **Wawrzyn**, aus Lyck, Kaiser-Wilhelm-Straße, jetzt Am Stadtfeld 25, 39218 Schönebeck, am 18. Juni

Stähle, Edeltraut, geb. **Rogalla**, aus Wittenwalde, Kreis Lyck, jetzt Virchowweg 11, 78054 Villingen-Schwenningen, am 13. Juni

ZUM 85. GEBURTSTAG

Adelsperger, Irmgard, geb. **Gelhaar**, aus Goldbach, Kreis Wehlau, jetzt Poststraße 42, 84144 Geisenhausen, am 16. Juni

Artmann, Gertraud, geb. **Petz**, aus Heinrichswalde, Kreis Elchniederung, jetzt Aderstraße 9, 42119 Wuppertal, am 14. Juni

Bader, Christel, geb. **Alexander**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Brünnerstraße 4, 86462 Langweid, am 18. Juni

Bauer, Erika, geb. **Palm**, aus Grenzberg, Kreis Elchniederung, jetzt Am Unteren Schützengraben 1, 51688 Wipperfürth, am 14. Juni

Behrendt, Ulrich, aus Friedrichsheide, Kreis Treuburg, jetzt Am Türmchen 4, 33332 Gütersloh, am 16. Juni

Buchholz, Fritz, aus Groß Keylau, Kreis Wehlau, jetzt Noithausener Straße 29, 41515 Grevenbroich, am 13. Juni

Busse, Agnes, geb. **Teubner**, aus Heiligenbeil, Bismarckstraße 18, jetzt Dörpefeld 2, 30419 Hannover, am 5. Juni

Dettenbach, Erna, geb. **Janz**, aus Lindendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Hauptstraße 85, 37318 Lutter, am 19. Juni

Emmerstorfer, Hildegard, geb. **von Glasow**, aus Partheinen, Kreis Heiligenbeil, jetzt Stöteroggestraße 63, 21339 Lüneburg, am 17. Juni

Eybe, Lisa, geb. **Matthes**, aus Uderhöhe, Kreis Wehlau, jetzt Geroldsreuth 61, 95179 Geroldsgrün, am 13. Juni

Fleig, Hedwig, geb. **Loyall**, aus Reinkental, Kreis Treuburg, jetzt Friedhofstraße 8 A, 78087 Mönchweiler, am 13. Juni

Großheim, Artur, aus Etgersleben, Kreis Wanzleben, jetzt Beethovenstraße 2 B, 45478 Mülheim an der Ruhr, am 14. Juni

Huck, Kurt, aus Neu-Trakehnen, Kreis Ebenrode, jetzt Prüssingstraße 11, 07745 Jena, am 16. Juni

Kleine, Helene, geb. **Ernst**, aus Sablau, Kreis Neidenburg, jetzt Mannheimer Straße 72, 06128 Halle, am 13. Juni

Klimaschewski, Erwin, aus Vorbergen, Kreis Treuburg, jetzt Friedrich-Ebert-Straße 99, 46535 Dinslaken, am 14. Juni

Kreutz, Günther, aus Deutsch Thierau, Kreis Heiligenbeil, jetzt Talstraße 30, 53797 Lohmar, am 9. Juni

Kröhnke, Gerhard, aus Alt Seckenburg, Kreis Elchniederung, jetzt Dachstal 24, bei Klaudia Kaefer, 29313 Hambühren, am 19. Juni

Krüger, Gertrud, geb. **Czarnetzki**, aus Lindenort, Kreis Ortelsburg, jetzt Celler Straße 86, 38518 Gifhorn, am 15. Juni

Langer, Hilde, geb. **Topeit**, aus Lakendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Stormstraße 27 A, 47445 Moers, am 16. Juni

Lorenz, Alice, geb. **Bergau**, aus Barthenen, Kreis Samland, jetzt Burgstraße 5, 16278 Greiffenberg, am 15. Juni

Müller, Lucie, geb. **Mrotzek**, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Spiekerstraße 40, 59269 Neubeckum, am 18. Juni

Olschewski, Ilse, geb. **Kelch**, aus Preußenwalde, Kreis Ortelsburg, jetzt Legienstraße 19, 59192 Bergkamen, am 18. Juni

Radermacher, Irmgard, geb. **Scheffler**, aus Wehlau, Deutsche Straße, jetzt Karl-Lang-Straße 12, 65307 Bad Schwalbach, am 17. Juni

Riefke, Ruth, geb. **Fricke**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt Platter Straße 128 E, 65193 Wiesbaden, am 15. Juni

Riehs, Ulrich, aus Stolzenberg, Kreis Heiligenbeil, Lindenring 18, 50126 Bergheim, am 16. Juni

Romoth, Helga, geb. **Seidenberg**, aus Ackeln, Kreis Elchniederung, jetzt Roonstraße 38, 12203 Berlin, am 16. Juni

Schemmerling, Horst, aus Heiligenbeil, Bismarckstraße 4 A, jetzt Am Kirchfeld 5, 61184 Karben, am 18. Juni

Schröter, Ruth, geb. **Goetz**, aus Ortelsburg, jetzt Thomas-Nast-Straße 25, 76829 Landau, am 19. Juni

Seeherr, Ursula, geb. **Schachner**, aus Lyck, jetzt Am Eichhof 20, Johanneshaus Öschelbronn, 75223 Niefern-Öschelbronn, am 19. Juni

Splettstößer, Anneliese, geb. **Kerschus**, aus Warnien, Kreis Wehlau, jetzt Bielefelder Straße 13, 31582 Nienburg, am 16. Juni

Thiel, Heinz, aus Langwalde, Kreis Braunsberg, jetzt Gärtnergasse 95, 23562 Lübeck, am 18. Juni

Wysocki, Manfred, aus Lyck, jetzt Ottmarsheimer Straße 5, 70439 Stuttgart, am 14. Juni

ZUM 80. GEBURTSTAG

Ahrensmeyer, Ingetraut, geb. **Krzykowski**, aus Grünlanden, Kreis Ortelsburg, jetzt Marktstraße 22, 44651 Herne, am 18. Juni



Ay, Christel, geb. **Minkwitz**, aus Heiligenbeil, Salzburger Weg 23, jetzt Fichtenstraße 12, 42281 Wuppertal, am 4. Juni

Blaseio, Helmut, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Hänselstraße 19, 12437 Berlin, am 15. Juni

Borobeck, Ruth, geb. **Siegmund**, aus Scharnau, Kreis Neidenburg, jetzt Hauptstraße 15, 44651 Herne, am 15. Juni

Borowski, Adelheid, geb. **Olk**, aus Deutschheide, Kreis Ortelsburg, jetzt Liegnitzer Straße 14, 45888 Gelsenkirchen, am 15. Juni

Borris, Gerhard, aus Eichensee, Kreis Lyck, jetzt Uellendahler Straße 176, 42109 Wuppertal, am 15. Juni

Borstel, Gerda **van**, geb. **Lehmann**, aus Drusken, Kreis Ebenrode, jetzt Hillenkrog 3 A, 21702 Ahlerstedt, am 13. Juni

Domsch, Hans-Joachim, aus Kukkerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Von-Bolanden-Straße 6, 67354 Römerberg, am 15. Juni

Drewke, Lena, geb. **Roggmann**, aus Wosegau, Kreis Samland, jetzt Alter Zirkusplatz 4, 22880 Wedel, am 15. Juni

Falß, Ursula, geb. **Cziesso**, aus Seliggen, Kreis Lyck, jetzt Flachsmarkt 3, 47051 Duisburg, am 16. Juni

Geuke, Hildegard, geb. **Warich**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Henkelshof 12, 42897 Remscheid, am 13. Juni

Göldner, Jutta, geb. **Lange**, aus Pluttwinnen, Kreis Samland, jetzt Graßdorfer Straße 20, 04425 Taucha, am 17. Juni

Gramatzki, Erwin, aus Wehlau, Lindendorfer Straße, jetzt Klosterkamp 37, 21337 Lüneburg, am 15. Juni

Heysel, Christel, aus Rundfließ, Kreis Lyck, jetzt Eichenstraße 7, 96482 Ahorn, am 18. Juni

Horst, Elfriede, geb. **Eichberger**, aus Ebenrode, jetzt Kirchtorstraße 12, 24601 Wankendorf, am 13. Juni

Jesse, Alfred, aus Haldenau, Kreis Ebenrode, jetzt Tiegenhoefer Straße 232, 42489 Wülfrath, am 17. Juni

Kiefer, Lucie, geb. **Seidler**, aus Lyck, Rothof/Fliegerhorst, jetzt Sassestraße 2, 57439 Attendorn, am 19. Juni

Kließ, Gerhard, aus Stosnau, Kreis Treuburg, jetzt Donaustraße 21, 47809 Krefeld, am 13. Juni

Kludzuweit, Gerhard, aus Wittkampen, Kreis Ebenrode, jetzt Brandiser Straße 12, 04827 Gerichshain, am 16. Juni

Krieg, Hildegard, aus Neidenburg, jetzt Am Haferberg 74, 21502 Geesthacht, am 15. Juni

Krumm, Herbert, aus Rehbusch, Kreis Ebenrode, jetzt Alter Damm 62, 17039 Wulkenzin, am 16. Juni

Malone, Edith, aus Dreifurth/Galbrasken, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Oststeinbeker Weg 124, 22117 Hamburg, am 12. Juni

Malter, Eva, geb. **Pawelzik**, aus Friedrichshof, Kreis Ortelsburg, jetzt Rathelbecker Weg 39, 40699 Erkrath, am 17. Juni

Melenk, Horst, aus Kuglacken, Kreis Wehlau, jetzt An der Tann 4, 65719 Hofheim, am 14. Juni

Neschokat, Waltraut, aus Nassawen, Kreis Ebenrode, jetzt Ulmenstraße 65, 24306 Plön, am 18. Juni

Nolde, Helga, geb. **Stripling**, aus Tapiau, Kreis Wehlau, jetzt An der Bluttenbek 19, 42369 Wuppertal, am 16. Juni

Oliver, Sieglinde, geb. **Zielinski**, aus Sonnau, Kreis Lyck, jetzt 6 Hillmead Gardens, Bedhampton/Havant Hants PO9 3HJ, Großbritannien, am 14. Juni

Paduch, Ernst, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Gensstraße 26, 56220 Bassenheim, am 14. Juni

Pallaks, Hilda, geb. **Rimkus**, aus Dünen, Kreis Elchniederung, jetzt Schloßstraße 10, 73240 Wendlingen, am 17. Juni

Patz, Gustav, aus Groß Blumenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Buchbrunner Straße 15, 97318 Kitzingen, am 13. Juni

Rabatschek, Dorothea, geb. **Czemper**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Schrammweg 3, 44269 Dortmund, am 16. Juni

Ruge, Joachim, aus Pillau, Kreis Samland, jetzt Richard-Friedrich-Straße 8, 08301 Schlema, am 15. Juni

TERMINE DER LO

Jahr 2011

10.–13. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont
16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein
23.–25. September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont
10.–16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont
15.–16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen
28.–30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont
5.–6. November: OLV in Bad Pyrmont
7.–11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Glückwünsche
Fortsetzung auf Seite 16

Glückwünsche

Fortsetzung von Seite 15

Schlegel, Horst, aus Bieskobnicken, Kreis Samland, jetzt Villenevestraße 70, 70806 Kornwestheim, am 18. Juni

Schreiber, Ilse, geb. **Kluwe**, aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Landstraße 5, 37287 Wehretal, am 16. Juni

Selke, Alice, geb. **Fischer**, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Lüssumer Kamp 78, 28779 Bremen, am 17. Juni

Sievers, Ruth, aus Merunen, Kreis Treuburg, jetzt Am Neuenfeldsdeich 27, 25371 Seestermühe, am 13. Juni

Szechowiak, Günter, aus Lyck, jetzt Feldstraße 6 A, 17322 Rossow, am 15. Juni

Sziede, Edeltraud, geb. **Maczey**, aus Eckwald, Kreis Ortelsburg, jetzt Am Boeckenstück 6, 58239 Schwerte, am 19. Juni

Wagenländer, Elfriede, geb. **Jamm**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Gartenstraße 2, 81541 Rothenburg, am 18. Juni

Wandel, Ingrid, geb. **Mlinarzik**, aus Giesen, Kreis Treuburg, jetzt Königsberger Straße 5, 27383 Scheeßel, am 16. Juni

Wiegand, Anneliese, geb. **Arndt**, aus Heiligenbeil, Herzog-Albrecht-Straße 52, jetzt Am Semberg 46 A, 58313 Herdecke, am 8. Juni



Wiertschoh, Siegfried, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Tränkgasse 6, 67346 Speyer, am 17. Juni

Wilhelm, Elfriede, geb. **Wolter**, aus Mulden, Kreis Lyck, jetzt Kolberger Straße 14, 57072 Siegen, am 16. Juni

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



Baden-Württemberg

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

Ludwigsburg – Montag, 27. Juni, 15 Uhr, Kronenstuben, Kronenstraße 2: Stammtisch.

Stuttgart – Sonnabend, 25. Juni, 10.30 bis 17 Uhr, Haus der Heimat: „Westpreußentag“. Ausstellung im Foyer, Vortrag von Sybille Dreher, Bundesvorsitzende der Westpreußen und der Bundeskulturreferentin der Westpreußen, Frau Oxfort.



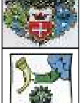
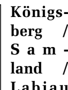
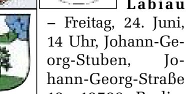
Berlin

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr. Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.

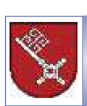
KREISGRUPPE



Bartenstein – Sonnabend, 25. Juni, 14.30 Uhr, Rathaus Zehlendorf, Kirchstraße 1-3, S-Bahnhof Zehlendorf, Sitzungssaal C 21: Treffen der Gruppe. Anfragen bei Elfi Fortange, Telefon (030) 4944404.

Königsberg / Samland / Labiau – Freitag, 24. Juni, 14 Uhr, Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin: Treffen der Gruppen.



Bremen

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 25 09 29, Fax (0421) 25 01 88, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04298) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@t-online.de

Bremen – Donnerstag, 23. Juni, 15.30 Uhr, Hotel zur Post, Bahnhofsplatz 11: Die „Gruppe Westpreußen“ lädt zu einem weiteren Treffen zum Kennenlernen und Gedankenaustausch ein. Es handelt sich um eine zwanglose Zusammenkunft ohne Tagesordnung und Programm, bei der jeder, der an Danzig und Westpreußen interessiert ist, gerne gesehen ist. Informationen bei Heinrich Lohmann, Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

Bremerhaven – Freitag, 24. Juni, 14.30 Uhr, Barlachhaus: Sommerfest der Ostpreußen.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



Hamburg

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

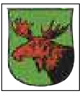
Landesgruppe – Referat Kultur: 12. Heimattreffen im norddeutschen Raum. Aus dem Regierungsbezirk Gumbinnen. Sonnabend, 23. Juli, 10 bis 17 Uhr (Einlass 9.30 Uhr), Hotel „Zur Glashütte“ der Familie Stubbe, Segeberger Chaussee 309, 22851 Norderstedt, Telefon (040) 529866-0, Fax (040) 529866-35. Programm: 10 bis 10.30 Uhr Begrüßungen und Informationen über alles, was die Gruppe bewegt. 10.30 bis 12 Uhr „Kunst und Kultur in Ostpreußen“. Manfred Samel, ein Insterburger, wird aus der Kulturgeschichte der Heimat mit Lichtbildvortrag berichten. So zum Beispiel über Leben und Werk des ostpreußischen Komponisten Herbert Brust („Land der dunklen Wälder“) oder Bau und Geschichte des Königsberger Schlosses von 1740 bis 1945. Auch andere Themen sind vorgesehen, wenn die Zeit reicht. In 90 Minuten erleben wir ein lebendiges Kulturseminar. 12 bis 14 Uhr Mittagspause. 14 bis 15 Uhr „Land der dunklen Wälder“: Singen gemeinsam mit dem LAB-Chor Hamburg unter der Leitung von Dieter Dziobaka. Danach folgen heimatliche Volkslieder und in Erinnerung an die Jugendzeit alte Schlagermelodien (Oldies). 15 bis 15.45 Uhr Ostpreußische Mundart und Ostpreußenplatt sollen nicht vergessen werden. Siegfried Grawitter wird die Gruppe literarisch versorgen und Humorvolles inszenieren. Dabei ergreift auch Hans Günter von Gumbinnen zu Ostpreußen die Initiative und versucht zu musizieren. Es darf gelacht werden. Gegen 15.45 Uhr gibt es eine Kaffeepause, mit der das Heimattreffen langsam ausklingt. Nach Veranstaltungsschluss (17 Uhr) können individuelle Geselligkeiten in den Gasträumen weitergeführt werden. Das Hotel ist von der A 7 kommend Abfahrt Schnelsen Nord / Norderstedt über die B 432 in Richtung Bad Segeberg nach 12 Kilometern zu erreichen. Parkmöglichkeiten sind reichlich vorhanden. Mit öffentlichen Verkehrsmitteln: Bis U-Bahn (U 1) Station Ochsenzoll/Hamburg. Von da ab mit dem Bus 378 Richtung Bad Segeberg. Nach 10 Minuten Fahrt an der Haltestelle Hofweg, gegenüber dem Hotel, aussteigen. Bei der U-Bahnstation ist auch ein Taxistand. Die Übernachtungen sind inklusive Frühstücksbuffet und Nutzung des Hallenschwimmbades. Die Gruppe freut sich auf ein Wiedersehen! Gäste sind herzlich willkommen! Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

BEZIRKSGRUPPE

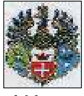
Billstedt – Die Gruppe trifft sich jeden ersten Dienstag im Monat außer Juli und August im Vereinshaus Billstedt-Horn, Möllner Landstraße 197, 22117 Hamburg (Nähe U-Bahnstation Steinfurter Allee). Gäste sind willkommen. Informationen bei Anneliese Papiz, Telefon (040) 73926017.

Hamburg-Harburg – Montag, 27. Juni, 15 Uhr, Gasthaus Waldquelle, Meckelfeld, Höpenstraße 88 (mit Bus 443 bis Waldquelle): Heimatnachmittag. Gezeigt werden Kurzfilme von Manfred Czekay aus dem Programm der Heimatgruppe der letzten Jahre.

KREISGRUPPE



Elchniederung – Mittwoch, 29. Juni, 15 Uhr, ETV-Stuben, Bundesstraße/Ecke Hohe Weide, Eimsbüttel (U-Bahn Christuskirche): Sommertreff. Nach dem Kaffee wird in gemütlicher Runde mit Vorträgen und frohen Liedern der Sommer empfangen. Freunde und Gäste sind herzlich willkommen. Der Eintritt beträgt 2 Euro.



Königsberg – Freitag, 17. Juni: Jahresausflug nach Ribnitz-Damgarten zum Bernstein-Museum. Abfahrt ist um 8.30 Uhr bei der Tankstelle gegenüber dem Dammtorbahnhof. Teilnahme und Mittagessen können bei Ursula Zimmermann, Telefon (040) 4604076 (auch Anrufbeantworter) angemeldet werden. Gäste sind herzlich willkommen. Die Gruppe fährt auch weiter nach Rostock und Wismar und zurück nach Hamburg. Die Kosten betragen 35 Euro inklusive Mittagessen.



Osterode – Sonnabend, 25 Juni, 12.30 Uhr, Rosengarten, Alsterdorfer Straße 562: Es ist Grillzeit. Die Gruppe lädt ein zum gegrillten Geflügelsteak, Holzfällersteak, Thüringer Bratwurst. Dazu gibt es verschiedene Salate und Grillsoßen. Der Preis beträgt 15 Euro. Anmeldungen bitte bis zum 17. Juni bei Marlies und Günter Stanke, Dorfstraße 40, 22889 Tangstedt, Telefon (04109) 9014.



Hessen

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Darmstadt – Sonnabend, 18. Juni, 15 Uhr, Luise-Büchner-Haus/Bürgerhaus Am See, Darmstadt-Neu-Kranichstein, Grundstraße 10 (EKZ): Monatstreffen. Nach der Kaffeetafel Berichte vom Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt. – „Maikäfer flieg...“. Mit diesem Kinderlied leitete Dieter Leitner das Frühlingsfest im Kranichsteiner Bürgerhaus am See ein. Es hat für die Teilnehmer eine besondere Bedeutung, weil es sie an Flucht und Vertreibung erinnert. Leitner musste diesmal die Gäste begrüßen, weil Gerhard Schröder an einem Seminar in Münster teilnahm und Erwin Balduhn aus Gesundheitsgründen nicht kommen konnte. Besonders grüßte der Vorsitzende des BdD das Duo Reinhard Kröhnert (Akkordeon/Violine) und Walter Fischer (Violine), die mit ihrer Musik wieder den Gesang begleiteten. Leitner referierte dann über Maiglöckchen, Maienlieder und Maikäfer. Wer kennt nicht aus Wilhelm Buschs „Max und Moritz“ den Onkel Fritz, dem die bösen Buben Maikäfer unter die Bettdecke schütteten. Wer weiß schon, dass Mozart 1791 die Melodie des Liedes „Komm lieber Mai und mache die Bäume wieder grün“ schenkte. Es ist zu einem bekannten Volkslied geworden. Die Redewendung „Wie einst im Mai“, in der Bedeutung „wie einst in glücklichen Tagen“, wurde von Richard Strauss vertont. 1943 hat es Walter Kollos Sohn Willi zu einer Operette umgeschrieben. Das Lied „Im wunderschönen Mai“ stammt aus Heinrich Heines „Lyrischem Intermezzo“. Es ist vor allem als Eingangslied von Robert Schumanns Liedzyklus „Dichterliebe“ bekannt geworden. Das Wanderlied „Alles neu macht der Mai“ erschien zuerst 1929 in einer Liedsammlung. Das bekannteste Wanderlied ist wohl „Der Mai ist gekommen, die Bäume schlagen aus“. Die erste Zeile schrieb Emanuel Geibel in seinem Gedicht „Wanderlust“. Als Hindeutung auf Winterende und Frühlingsanfang wurde das Zitat von Franz Schubert in seinem Zyklus „Die schöne Müllerin“ vertont. Leitner wünschte allen Zuhörern einen schönen Nachmittag und dass sie nicht vom Pferd getreten würden. Denn wie heißt es verbalhornt: „Der Mai ist gekommen, die Pferde schlagen aus!“ Gustav Rupietta las ein Frühlingsgedicht; Gretel Ahlheim rezitierte Texte von Ernst Wiechert, der wie kein anderer das Bild Ostpreußens gezeichnet hat. Ruth Rescheleit grüßte die Geburtstagskinder mit „Langsam kommst du in die Jahre“, dem ein musikalischer Geburtstagsgruß des Duos folgte. Gerhard Turowski mahnte mit Worten aus dem Preußischen Choral: „Eltern sollten den Kindern Schätze sammeln und nicht die Kinder den Eltern.“ Humorvoll präsentierte sich Gisela Keller mit „Da hilft kein Beten, da hilft nur Mist“ und erzählte, dass „die Muttchen mich geprahlt (gelobt) hat“. Christiane Mertz führte die Teilnehmer nach Pillkallen, wo es viele phantasievolle Familiennamen mit den litauischen Endungen –ies, -eis, -at, -us gibt. Auch die Ortsnamen sind oft originell: Dickschen, Ußballen, Kackschen. Im nahen Moor wachsen Ginster, Wollgras, Rohrkolben und Birken. Torf wurde gestochen, der im Winter billiges Brennmaterial war. Die Kinder kneteten den Torf zu Figuren und nahmen dabei oft ein unfreiwilliges Moorbad. Das Hochmoor nannte man Kakksche Balis, in dem die geheimnisvolle Morrhexe Rana tief unten im Moor schlafen sollte. – Zwischen den Vorträgen intonierte das Duo Kröhnert/Fischer Frühlingswei-

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Hörfunk & Fernsehen

Sonnabend, 11. Juni, 14.40 Uhr, 3sat: Bilder aus Deutschland. Heimatreport.

Sonnabend, 11. Juni, 18.45 Uhr Phoenix: Von Paderborn nach Pakistan.

Sonnabend, 11. Juni, 20.15 Uhr, Poenix: Glück ohne Ruh. Goethe und die Liebe.

Sonntag, 12. Juni, 9.20 Uhr, WDR 5: Alte und Neue Heimat.

Sonntag, 12. Juni, 18.30 Uhr, ZDF Kultur: Manoppello – Das wahre Gesicht Christi?

Montag, 13. Juni, 19.15 Uhr, ZDF: Im Wald der Wälder. Reportage.

Montag, 13. Juni, 20.15 Uhr, N24: Berlin – Hitlers letzter Kampf.

Montag, 13. Juni, 21.15 Uhr, N24: Auf der Suche nach Hitlers Leichnam.

Dienstag, 14. Juni, 20.15 Uhr, Arte: Stimmen aus dem Iran.

Dienstag, 14. Juni, 22 Uhr, WDR: Verloren am Hindukusch. – Die Bundeswehr in Afghanistan.

Mittwoch, 15. Juni, 20.15 Uhr, Arte: Tagebuch eines Lagerkommandanten.

Mittwoch, 15. Juni, 23.30 Uhr, ARD: Geheimsache Ghettofilm. Das Warschauer Ghetto und die Propaganda der Nazis.

Donnerstag, 16. Juni, 16.45 Uhr, 3sat: Hochprozentig! Wodka polnisch.

Freitag, 17. Juni, 19.30 Uhr, Arte: Die Küsten der Ostsee: Polen.

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16

sen und auch das „Ännchen von Tharau“. Es wurde mit herzlichem Beifall bedacht und auch Gisela Keller und Dieter Leitner dankten ihnen und allen Akteuren zum Abschluss vielmals.

Wiesbaden – Dienstag, 14. Juni, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Friedrichstraße 35: Treffen der Frauengruppe. – Sonnabend, 18. Juni, 14.30 Uhr: Feierstunde zum 65-jährigen Bestehen der Landsmannschaft. Zu der Feier sind alle Mitglieder und Freunde herzlich eingeladen. Die Veranstaltung steht unter der Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt Wiesbaden, Dr. Helmut Müller. Den Festvortrag hält Prof. Wolfgang Stribrny zum Thema „Erbe und Auftrag der preußischen Geschichte in Europa“. Musikalische Umrahmung Natalia Ickert, Flügel, und Frauenchor der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Berlin-Mark Brandenburg. Vor dem offiziellen Teil gibt es ein Zusammensein bei Kaffee und Kuchen. Nach der Feierstunde wird zu einem kleinen Umtrunk eingeladen.



NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Bad Gandersheim – Sonnabend, 9. Juli, 8 bis 16 Uhr, Hotel Seeblick: Kirchspieltreffen Trempen, Kreis Angerapp. Anmeldung bei Frau Steinbeck, Telefon (0538) 395510.

Osnabrück – Donnerstag, 30. Juni, 15 Uhr, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43: Literaturkreis.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Freitag, 24. Juni, 14.30 Uhr, Treffpunkt Gumbinner Elch im Oetkerpark: Johannisfeier. – Donnerstag, 30. Juni, 15 Uhr, Wilhelmstraße 13, 6. Stock: Literaturkreis.

Dortmund – Montag, 20. Juni, 14.30 Uhr, Heimatstuben Landgrafenschule, Ecke Märkische Straße: Treffen der Gruppe.

Düsseldorf – Montag, 20. Juni, 15 Uhr, GHH/Konferenzraum: Filmvorführung „Majestät braucht Sonne“, 1999. – Mittwoch, 29. Juni, 19.15 Uhr, GHH / Konferenzraum: Buchvorstellung mit Dr. Eva Hahn, Prof. Hans Hennig Hahn, Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg, „Die Vertreibung im deutschen Erinnern – Legenden, Mythos, Geschichte“.

Gütersloh – Fahrradtour der Ostpreußen vom 18. auf den 25. Juni verschoben. Gemeinsam mit dem Gütersloher Stadtführer, Klaus Gottenströter erkundet die Gruppe die „Romantischen Pättken und lauschigen Ecken“ rund um Gütersloh. Auf der zirka 30 Kilometer langen Tour geht es Richtung Flughafen, weiter am Naturschutzgebiet Hühnermoor, zum Kloster Marienfeld, dem idyllischen Lutterweg entlang nach Isselhorst zum Traditionsgasthof und über das Dampfkleinbahn-Museum Mühlenstroth zurück zum Ausgangspunkt. Abfahrt: Sonnabend, 25. Juni, um 13 Uhr ab Freiherr-vom-Stein-Realschule, Austernbrede 26, 33330 Gütersloh. Bitte Kaffee und leckeren Kuchen für die Pause unterwegs mitbringen! Anschließend wird um zirka 18 Uhr gegrillt. Anmeldung bei Josef Block, Telefon (05241) 34841. – Jeden Montag, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, 33330 Gütersloh: Ostpreußischer Singkreis. Kontakt und Informationen bei Ursula Witt, Telefon (05241) 37343.

Leverkusen – Sonnabend, 18. Juni, 15 Uhr, Haus Ratibor, Küpersteger Straße 56: Die Kreisgruppe feiert mit ihren Mitgliedern, Familien und Freunden sowie gern gesehenen Gästen ihr immer fröhliches, abwechslungsreiches Sommerfest. Im Programm: Dartspiel, Fußball, Glücksrad, Taubenschießen. Ein kulturelles Programm wird geboten. Eine Getränkebar wird eingerichtet und ein Abendessen vorbereitet. Verzehrpreis 4 Euro, zu entrichten am Eingang. Kinder bis 12 Jahre sind frei. Wie immer bittet die Gruppe um Kuchenspenden, die dann zu kleinen Preisen verkauft werden. Der Erlös wird für die Weihnachtsfeier eingesetzt. Informationen bei Frau Pelka, Telefon (0214) 95763.

Neuss – Sonnabend, 25. Juni, 12 Uhr, Cornelius-Kirche in Neuss-Erftal: Großes Grillfest mit ostpreußischen Spezialitäten. – Große Ostpreußenreise der Landsmannschaft Ostpreußen Neuss vom 26. Juli bis 4. August 2011. Die Leistungen sind: Reise im Fernreise-Luxusbus inklusive 9 Übernachtungen in guten polnischen Mittelklasse-Hotels. Frühstücksbüffet, Halbpension. Deutschsprachige Reiseleitung von Stettin bis Posen. Begrüßungsgetränk in jedem Hotel. Stadtführungen in Stettin, Dreistadt Danzig, Allenstein. Thorn und Posen. Eintritt Klosterkirche Oliva mit Orgelkonzert. Schifffahrt von Kahlberg nach Frauenburg. Eintritt und Führung Dom zu Frauenburg. Eintritt und Führung Marienburg. Schifffahrt auf dem Oberland-Kanal. Stakerfahrt inklusive Mittagessen in Kruttinnen. Schifffahrt von Ruciane Nida nach Nikolaiken. Überraschungsabend. Eintritt Wolfsschanze. Abschiedsabend mit Musik, Essen und Trinken. Interessenten für diese herausragende Reise melden sich bitte an bei: Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, richtiges **Telefon (02131) 3843400**! Das gesamte ausführliche Programm wird dann zugeschickt. Es gibt auch Zusteigemöglichkeiten an Raststätten entlang der A 2 vom Kamener Kreuz bis Berlin. Der Reisepreis beträgt 1.030 Euro pro Person im DZ, EZ-Zuschlag 170 Euro.

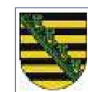


RHEINLAND-PFALZ

Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Mainz – Jeden Freitag ab 13 Uhr, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz: Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«



SACHSEN

Vorsitzender: Alexander Schulz, Willy-Reinl-Straße 2, 09116 Chemnitz, E-Mail: alexander.schulz-agentur@gmx.de, Telefon (0371) 301616.

Chemnitz – Freitag, 24. Juni, um 13 Uhr, Begegnungsstätte Clausstraße 27: Treffen der Gruppe. Thema: Abstimmung in Ostpreußen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Magdeburg – Dienstag, 14. Juni, 16.30 Uhr, Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße: Vorstandssitzung. – Dienstag, 28. Juni, 13.30 Uhr, Immermannstraße: Treffen der Stickerchen.



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Burg/Fehmarn – Mit der Landsmannschaft im Alten Land. Die Landsmannschaft Ost-, Westpreußen und Danzig machte ihren Jahresausflug mit 40 Personen bei sonnigem Wetter ins Alte Land, das mit 14 300 Hektar Baumobst das größte Obstanbaugebiet Mitteleuropas ist. Nicht weit von Hamburg, nur durch die Elbe getrennt, liegt eine ruhige Oase. Schmucke Häuser und prunkvollen Pforten schmücken das landschaftliche Bild. In Jork besichtigte die Reisegesellschaft einen Obsthof. Mit der „Bimmelbahn“ ging es durch die Obstplantagen. Nach dem Mittagessen ging die Fahrt über den Obstmarschenweg nach Stade, von dort nach Wischhafen. Nach dem dortigen Kaffeetrinken ging es weiter über die Elbe nach Glückstadt zurück Richtung Heimat.

AUS DEN HEIMATKREISEN

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



EBENRODE (STALLUPÖNEN)

Mit Riesenschritten naht das **Hauptkreistreffen 2011 am 9./10. Juli in Winsen/Luhe**, Einladung im Heimatbrief 2010 (S. 249). Aber es gibt eine wesentliche Änderung: Das Treffen 2011 wird nicht in der Stadthalle, sondern im „Wirtshaus im Marstall“/Schlossplatz, im Zentrum der Stadt Winsen stattfinden. Parkplätze sind ringsum großzügig verteilt; wer es genauer wissen will, könnte sich im Internet oder beim Touristik-Büro informieren. – Und warum das Ganze? Die Kreisgemeinschaft Ebenrode (Stallupönen) wird auch 2011 wieder ihr eigenes Hauptkreistreffen veranstalten, da das ursprünglich geplante Zusammengehen mit unseren Schloßberger Nachbarn gescheitert ist. Termin und Ort bleiben erhalten, so dass die Zimmerbuchungen anlässlich des Treffens beibehalten werden können. Für das Treffen wird also lediglich das Gebäude gewechselt. Mit dem „Marstall“ wurde ein Haus zum Wohlfühlen gewonnen, das auch von seiner Lage her mitten im Kleinstadtleben sehr attraktiv ist. – Zum Ablauf: Zentraler Punkt ist, dass Kreisvertreter und Geschäftsführerin (Martin und Brigitta Heyser) im Rahmen der Mitgliederversammlung von ihren Ämtern zurücktreten werden. Der 2. Stellvertreter des Kreisvertreters (Dr. Gerhard Kuebart) wird die Leitung übernehmen und die anstehenden Nachwahlen veranlassen. Es ist von Bedeutung, dass die Mitglieder dabei sind, geht es doch um nichts weniger als um die Zukunft der Kreisgemeinschaft! – Sonnabend, 9. Juli: 13 Uhr Öffnung „Marstall“, 14 Uhr Mitgliederversammlung (Kaffee und Kuchen), Geselliger Abend: ab 18 Uhr belegte Brote, Würstchen mit Kartoffelsalat, ab 19.30 Uhr Auftritt der „Goldenen Brücke“ (die Attraktion vom Vorjahr!); Sonntag, 10. Juli: 9.30 Uhr Totenehrung (Winsener Friedhof), 11 Uhr Feierstunde im „Marstall“ (Vortrag); 12.30 Uhr Mittagessen mit Linseneintopf, Königsberger Klopse; Gesprächsrunden. – Für die Nachwahlen sind Kandidaten einzeln oder im Block bis zum 24. Juni 2011 schriftlich dem amtierenden Kreisvertreter mitzuteilen; bitte Einverständnis der Kandidaten einholen! Zur Wahl stehen Kreisvertreter/in, Stellvertreter/in, Geschäftsführer/in für ein Jahr bis zum Ende der Wahlperiode 2012. – Sonnabend, Mitgliederversammlung, wird die Geschäftsführerin und Kassiererin Brigitta Heyser nach 37 Jahren Tätigkeit in allen Ehren aus ihrem Amt verabschiedet. Vielen ist sie gut bekannt. Zahlreiche Teilnahme hätte sie ganz sicher verdient!



HEILIGENBEIL

Kreisvertreterin: Elke Ruhnke, Remscheider Straße 195, 42369 Wuppertal, Tel.: (0202) 461613. ruhnke@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. Stellvertreter: Christian Perbandt, Im Stegfeld 1, 31275 Lehrte, Tel.: (05132) 57052. perbandt@kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de. 2. stellv. Kreisvertreter Bernd Schmidt, Heideweg 24, 25578 Dägeling, Telefon (04821) 84224. Schmidt.ploessen@gmx.de. Internet: www. kreisgemeinschaft-heiligenbeil.de

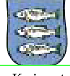
Die Kreisgemeinschaft auf dem Deutschlandtreffen. Ein voller Erfolg war das Deutschlandtreffen der Ostpreußen, welches am letzten Wochenende in Erfurt stattfand. Der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat, hatte gerufen und viele, viele tausend Landsleute waren bei schönstem Sommerwetter in das gastfreundliche Erfurt gekommen. Da waren sie wieder beieinander, Menschen, die im Jahre 1945 ihrer Heimat völkerrechtswidrig beraubt wurden, aber auch nachgeborene Ostpreußen. Mit dabei war wieder auch ein Stand der Kreisgemeinschaft. Am Stand vertreten waren Kreisvertreterin Elke Ruhnke, Stellvertreter Christian Perbandt und die Vorstandsmitglieder Brunhilde und Siegfried Schulz. Aber auch zirka 150 Heiligenbeiler aus allen Ecken der Bundesrepublik Deutschland waren gekommen. Es gab so manch fröhliches Wiedersehen. Schade, dass nicht alle Kirchspielvertreter gekommen waren. Aber auch Kirchspielvertreter sind nur Menschen und sicher gab es wichtige Gründe. Wer gekommen war, erlebte ein harmonisches „Treffen der kurzen Wege“. Hauptrednerin auf der Großkundgebung am Sonntag war die Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), Erika Steinbach. Diese forderte in ihrer Rede vor rund 2000 Zuhörern einen nationalen Gedenktag zur Erinnerung an die Vertreibung sowie eine Entschädigung für deutsche Zwangsarbeiter. Beides seien Themen, die die nun regierenden Parteien CDU/CSU und FDP in der Vergangenheit gefordert hätten, sagte Erika Steinbach. Mit Blick auf einen nationalen Gedenktag erinnerte sie an einen entsprechenden Beschluss des Bundesrates von 2003. Dieser sei mit der damaligen schwarz-gelben Mehrheit in der Länderkammer getroffen worden. Die rot-grüne Bundesregierung und Bundespräsident Horst Köhler hätten sich dem aber verweigert. Nun aber gebe es eine Regierungskoalition aus Union und FDP, die die damalige Willenserklärung durch Handeln ersetzen müsse. Beim Thema Entschädigung verwies die CDU-Bundestagsabgeordnete darauf, dass CDU/CSU und FDP dies in Oppositionszeiten gefordert hätten. „Ich werde nicht lokker lassen, daran zu erinnern, dass Dinge, die man in der Opposition will, für eine Regierungszeit noch Gültigkeit haben sollten“,

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 18

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 17

sagte sie. Scharfe Kritik an der Bundesregierung äußerte auf dem Treffen der Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Stephan Grigat. Hintergrund ist die Kranzniederlegung durch Außenminister Guido Westerwelle (FDP) vor rund drei Wochen im Gedenken an die gefallenen Sowjetsoldaten in Königsberg. Für Grigat ist es ein „beschämender Auswuchs“, dass dort nicht auch der deutschen Soldaten gedacht worden sei. Bei einigen Mitgliedern der Bundesregierung erscheine Nachhilfeunterricht nötig, sagte er. Zugleich versicherte er den Teilnehmern des Treffens, die Themen „Entschädigung in angemessener Weise“ und Gedenken sowie die Rentenfrage weiter voranzutreiben und die Wahrnehmung der Landsmannschaft zu stärken. Wichtige Aufgabe sei zudem, die Kultur zu wahren und weiterzu-

entwickeln. „Das Wissen der jüngeren Generation ist erschreckend schwach“, sagte er. Grund sei, dass das Thema Vertreibung vielfach totgeschwiegen werde. Er forderte ein Bewusstsein für die „Sonderopferrolle“ der Vertriebenen. Sie trügen nicht mehr Schuld am Krieg als andere, hätten aber „mehr als andere gelitten“, sagte Grigat. Zusammengefasst kann gesagt werden, dass es ein schönes und harmonisches Treffen war, auf dem aber auch deutlich gemacht worden ist, dass die Ostpreußen noch lange nicht Vergangenheit sind, sondern quicklebendig und dass sie auch weiterhin ihre Themen in der Öffentlichkeit zur Sprache bringen werden – egal, ob dies von unseren Politikern erwünscht ist oder auch nicht.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@freenet.de

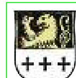
Masuren in Neumünster – Besondere Veranstaltungen am Sonnabend, den 18. Juni 2011, im Lötzener Heimatmuseum in Neumünster! Ab 10 Uhr sind die fünf Ausstellungsräume des Lötzener Heimatmuseums in der Brachenfelder Str. 23 (unweit Rathaus) geöffnet. Um 15.15 Uhr wird im Veranstaltungsraum die zweite Sonderausstellung dieses Jahres eröffnet, die Fotoausstellung „Die vier Jahreszeiten in Ermland und Masuren“. Es werden über 40 großformatige, unübertrefflich schöne und eindrucksvolle Landschaftsbilder des polnischen Fotografen Mieczysław Wieliczko (Allenstein) gezeigt. Diese Ausstellung, die erstmals im Jahre 2008 im Kulturzentrum Ostpreußen in Ellingen zu sehen war, wird bis Ende Oktober in Neumünster im Lötzener Heimatmuseum bleiben. – Um 16.15 Uhr stellt Ute Eichler auf unterhaltsame Weise ihre Funde von „Bernstein in literarischen Werken des 20. und 21. Jahrhunderts“ vor. Eintritt zu dieser Veranstaltung – wie immer – frei.



LYCK

Kreisvertreter: Gerd Bandilla, St. Agnes-Straße 6, 50374 Erftstadt-Friesheim. Stellvertreter und Karteiwart: Siegmar Czerwinski, Telefon (02225) 5180, Quittenstraße 2, 53340 Meckenheim. Kreisältester: Alfred Masuhr, Reinickendorfer Straße 43a, 22149 Hamburg.

Kreistreffen 2011. Es wird daran erinnert, dass das diesjährige Kreistreffen der Kreisgemeinschaft Lyck am 27. und 28. August 2011 in der Patenstadt Hagen in Westfalen stattfindet. Bitte unbedingt teilnehmen. Der Kreisausschuss hofft, dass die Besucherzahl gegenüber 2010 nicht weniger wird. Außerdem finden noch im September 2011 folgende Ortstreffen statt: Gollen vom 9. bis 11. September in Schieder (Lippe) und Dreimühlen vom 18. bis 22. September in Bad Pyrmont. – **Bezirkstreffen Baitenberg im Ostheim in Bad Pyrmont.** Bezirksvertreter Günter Donder berichtet darüber wie folgt: Das Treffen des Baitenberger Bezirks in Bad Pyrmont fand in diesem Jahr Anfang Mai bei schönstem Sonnenschein statt. Wie immer, hatte Anorthe Nilson dafür Sorge getragen, dass möglichst viele anreisen würden. Dafür sei ihr und ihrem Mann ein herzliches Dankeschön gesagt. Als wir im Jahre 2000 mit diesen Treffen begannen, konnten wir weit über 30 Anwesende verzeichnen. Leider ist der natürliche Schwund durch Alter und Tod nicht zu übersehen. Aus diesem Grund beschlossen wir, die Begegnungen anstatt alle zwei Jahre jedes Jahr zu veranstalten. Diesmal begrüßten sich im Laufe des Anreisenachmittags immerhin 24 Landsleute im Ostheim von Bad Pyrmont, wie deutlich zu sehen war, auf das Herzlichste. Inzwischen kennt man sich so gut, dass bei den Unterhaltungspartnern fast nur noch das vertraute Du zu hören ist. Unsere Treffen haben auch keine fest umrissenen Programme, die eingehalten werden müssen. Es sind eher Vorschläge über den Ablauf von Filmen, Lesungen oder Liederabenden. Und manche Spontanität wird mit großem Applaus quittiert. Am ersten Abend, nach einer offiziellen Begrüßung durch Anorthe, sah man viele Fotoalben über die Tische huschen und den großen Saal beherrschte ein Raunen, das viel durch Lachsalven unterbrochen wurde. Günter Donder, der es ein wenig mit dem Schreiben hat, wurde um Lesungen gebeten. So bekamen die Anwesenden die Geschichte seiner ersten Tage als Soldat im fremden Heer zu hören, was für manche völlig neu gewesen ist. Anschließend durfte mächtig gelacht werden beim Erlebnis des Adam Koschorrek, der das Dach seiner Schwiegermutter reparierte und die Gesetze der Schwerkraft nicht genügend eingeschätzt hatte. Den Abschluss des ersten Tages machte ein Diavortrag, der den Urlaub der Familie Nilson im letzten Winter im tief verschneiten Masurenland zum Inhalt hatte. Man erlebte bei diesen Aufnahmen die beinahe minus 20 Grad und den tiefen Schnee fast körperlich. Nach gut verbrachter Nacht und einem guten Frühstück, das mit Besteckklappern und dem Summen der Unterhaltungen zu einer heimeligen Harmonie verschmolz, wurde klar, dass Elisabeth Hüsgen einen runden Geburtstag zu verbuchen hatte. Wir brachten ihr selbstverständlich ein Ständchen. Anschließend bat man Gerd Bandilla, etwas über Sitten und Bräuche im Heimatland zu sagen. Dabei diente das Buch von Reinhold Weber bestens. Aber nicht nur, denn es kamen auch Stimmen aus dem Auditorium mit eigenen Erinnerungen zu Wort. Unsere Älteste, Martha Herrmann, 89, konnte sich auch noch an manches andere gut erinnern. Wieder war es, wenn auch Stunden später, die lustige Seniorin Martha, die als Erste auf der Tanzfläche nach einem Partner Ausschau hielt, als Günter Donder der in die Tasten einer Ziehharmonika griff und mit „Waldeslust“ den heiteren Abend einleitete. Tanz und Gesang von uralten Volksliedern gaben sich die Hand, bis jemand die Idee hatte, die Fotos der gemeinsamen Lyckreise im letzten Sommer über die Leinwand laufen zu lassen. Eine wunderbare Rückerinnerung. Der letzte Tag wäre fast ein trauriger Tag, wenn nicht die Vorfreude auf das nächste Treffen wäre. Wir setzten uns nach dem Frühstück für eine Unterhaltung zusammen über den Erhalt der masurischen Sprache, mit der sich unsere Vorväter über viele Jahrhunderte verständigten und die beinahe verschwunden ist. Vielleicht nicht ganz. Die „Alten“ der Gruppe erinnern sich bestens an manche Ausdrücke, ja sogar an Redewendungen. Leider kann eine fließende Unterhaltung nicht mehr geführt werden. Die über 60-jährige Trennungszeit hat gründlich gearbeitet. Aber keine Angst, wir sind dabei, sie wieder beleben zu lassen – und das in absehbarer Zeit. Liebe Leser dieses Berichtes, die Ihr zum Baitenberger Bezirk gehört und noch an keinem Treffen teilgenommen habt, fühlt Euch als eingeladen angesprochen und kommt im nächsten Jahr nach Bad Pyrmont. Es hat bislang wohl noch niemand bereut, da gewesen zu sein. Man fühlt sich wie in einer großen Familie.



PREUSSISCH EYLAU

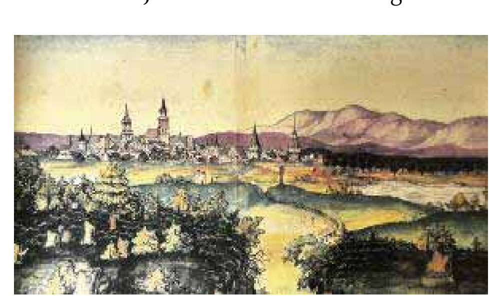
www.preussisch-eylau.de. Kreisvertreter: Rüdiger Herzberg, Brandenburger Straße 11 a, 37412 Herzberg, Tel. (05521) 998792, Fax (05521) 999611, E-Mail: r.b.herzberg@t-online.de; Kartei, Buchversand und Preußisch Eylauer Heimatmuseum im Kreishaus Verden (Aller): Manfred Klein, Breslauer Str. 101, 25421 Pinneberg, Tel. (04101) 200989, Fax (04101) 511938, E-Mail: manfred.klein.rositten@malle-tech.de.

Wahl der Bezirksvertrauensleute und Beisitzer ohne Bezirk. Die Wahlperiode der Bezirksvertrauensleute und Beisitzer ohne Bezirk läuft in diesem Jahr ab (30. September 2011), so dass eine neue Wahl durchzuführen ist. Der geschäftsführende Vorstand der Kreisgemeinschaft Preußisch Eylau hat gemäß Paragraf 1 der Wahlordnung für diese spezielle Wahl ordnungsgemäß einen Wahlausschuss einberufen. Zum Wahlleiter wurde Norbert Mahlmann berufen. Beisitzer sind Heike Geiß und Erick Beck. Mit der Wahlbekanntmachung Nr. 1 (veröffentlicht im Ostpreußenblatt Nr. 49 vom 11. Dezember 2010 sowie im Preußisch Eylauer Kreisblatt (Heimatbrief Nr. 90 vom 27. November 2010) wurde zur Einreichung von Wahlvorschlägen aufgerufen. Abgabefrist war der 31. Januar 2011. Es konnten für insgesamt 30 Bezirke Vorschläge abgegeben werden, wobei für die Städte Preußisch Eylau und Landsberg drei beziehungsweise zwei Vertrauensleute zu wählen waren. Ferner konnten fünf Beisitzer ohne Bezirk vorgeschlagen werden. Alle Wahlvorschläge sind fristgerecht eingegangen. Sie wurden vom Wahlausschuss hinsichtlich ihrer formellen Anforderungen gemäß Paragraf 2, Ziffer 2 der Wahlordnung am 7. Februar 2011 geprüft. Beanstandungen ergaben sich nicht. Da nicht mehr Wahlvorschläge für die einzelnen Bezirke eingegangen sind als Kandidaten erforderlich sind, gelten die vorgeschlagenen Kandidatinnen/Kandidaten gemäß Paragraf 4, Ziffer 3 der Wahlordnung als gewählt. Eine Wahl (in der Delegiertenversammlung) ist nicht mehr durchzuführen. Die Namen und Adressen der neuen Bezirksvertrauensleute und Beisitzer ohne Bezirk gehen aus der beigefügten Liste hervor. Die Namen werden noch im Heimatbrief bekannt gegeben. Für folgende Bezirke wurden keine Wahlvorschläge abgegeben: Buchholz, Stablack und Groß Dexen. Außerdem sind nur vier Beisitzer ohne Bezirk (statt fünf) vorgeschlagen worden. Insofern ist nunmehr gemäß Paragraf 2, Ziffer 3 der Wahlordnung der Gesamtvorstand gehalten, weitere Kandidaten / Kandidatinnen zu benennen. Folgende Wahlvorschläge waren eingegangen: Stadt Pr. Eylau: Diane Valentini, Robert Hecht, Annette Cooper; Stadt Landsberg: Ursel Andres, Nana Jakob; Stadt Kreuzberg: Cilly Rükker; Amtsbezirk Abschwangen und Blankenau: Gisela Scholz; Amtsbezirk Albrechtsdorf und Borken: Melanie Breiting-Schlobohm; Amtsbezirk Althof und Naunienen: Dirk Bentien; Amtsbezirk Alt-Steegen: Detlef Knorr; Amtsbezirk Arnsberg: Carola Schäfer; Amtsbezirk Beisleiden und Loschen: Hans-Jürgen Dempki; Amtsbezirk Buchholz: Hartmut Pohl; Amtsbezirk Eichen: Herbert Wermke; Amtsbezirk Eichhorn: Manfred Sand; Amtsbezirk Gartenstadt Stablack und Groß Dexen: Dieter Salewsky; Amtsbezirk Glandau: Gerda Westerkowsky; Amtsbezirk Moritten und Sollnicken: Wolfgang Schott; Amtsbezirk Mühlhausen und Schrombehnen: Hans Godau; Amtsbezirk Nerfken: Klaus Krause; Amtsbezirk Peisten: Werner Hübner; Amtsbezirk Perscheln: Heike Bentien; Amtsbezirk Reddenau und Tolks: Dietmar Anger; Amtsbezirk Rositten: Manfred Klein; Amtsbezirk Seeben und Kilgis: Rüdiger Herzberg; Amtsbezirk Tharau: Renate Hübner; Amtsbezirk Topprienen: Gisela König; Amtsbezirk Uderwangen: Erika Zschiesche; Amtsbezirk Wackern: Gerda Eichler; Amtsbezirk Wildenhoff: Evelyn von Borries; Amtsbezirk Wittenberg: Horst Plebuch; Amtsbezirk Wogau: Dagmar Trowitz; Amtsbezirk Worienen: Fred Friese. Beisitzer(in) ohne Amtsbezirk: Karl Heinz Wenck, Dietrich Wenck, Sabine Newrzella, Jana Newrzella.

Seltenheit im Haus Schlesien

Helwigs Schlesienkarte wird 450 Jahre alt – erstmals ausgestellt

Über ein Jahrhundert lang diente die handwerklich und ästhetisch herausragende Karte des aus Neiße stammenden Pädagogen und Magisters Martin Helwig (1516–1574) als Vorlage für die nachfolgenden schlesischen Landkarten. Die hohe Zahl der Auflagen spricht auch für die Anerkennung der späteren Karthografen-Generationen für Helwigs Leistung. Die Schlesienkarte von 1561 wurde demnach zu Recht als „die Mutter aller andern Schlesischen Land-Charten“ (Christian Runge, 1738) bezeichnet.



Mutter aller Karten: Helwigs Schlesienkarte von 1561 Bild: D.G.

Haus Schlesien von Königswinter-Heisterbacherrott hat das 450. Jubiläum der Erstausgabe zum Anlass genommen und rund um das Runge-Zitat eine interessante Sonderausstellung mit dem Schwerpunkt Kartografie eingerichtet. Der Kurator der Schau, Manfred Spata, Vorstandsmitglied des Vereins Haus Schlesien, hat aus den Beständen des Hauses sowie aus Leihgaben verschiedener Institutionen und Privatsammler eine interessante Landkarten-Präsentation aufgebaut. Der im Haus ehrenamtlich engagierte Manfred Spata gilt als ausgewiesener Kenner der schlesischen Kartografie. Er bot dem Vernissage-Publikum mit seinem Einführungsvortrag zur Ausstellung „die Mutter aller andern Schlesischen Land=Charten“ einen detaillierten Einstieg in die Thematik.

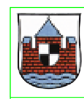
Höhepunkt des Rundganges durch den großen Museumsraum ist zweifelsohne der heute einzig erhaltene Farbdruck der Erstausgabe aus dem Jahre 1561, der aus der Badischen Landesbibliothek in Karlsruhe stammt. Es soll übrigens das erste Mal sein, dass die seltene Schlesienkarte längerfristig ausgeliehen und der breiten Öffentlichkeit in einer Ausstellung zugänglich gemacht wird. In einer temperatur- und feuchtigkeitsgeregelten Vitrine mit herunterfahrbarer Beleuchtung ist das begehrte Stück zu sehen. Martin Helwig hat für die Vorarbeit, die Reisen durch Schlesien sowie für die messtechnischen Beobachtungen und Berechnungen drei Jahre gebraucht. Der Kartenentwurf wurde von dem Breslauer H. Kron in Holz geschnitten und 1561 bei dem Buchdrucker Johannes Creutziger in Neisse gedruckt. Die Maße der Karte betragen einschließlich Rahmen 816 x 669 Millimeter, das Kartenfeld selbst beträgt 728 x 575 Millimeter. Die obere große Kartusche enthält eine Widmung von Helwig an seinen Förderer, den Breslauer Patrizier Nikolaus Rehdinger.

Von der in Holz geschnitzten Karte gibt es zahlreiche Kopien

Interessant ist, dass der Autor die Karte bewusst nach Süden orientiert hat, so dass die Oder von oben nach unten fließt. In der unteren rechten Kartenecke ist ein Längenmaßstab von 20 „gemeinen Landmeilen“ eingezeichnet, was einem Verhältnis von etwa 1: 546 000 entspricht. Bis 1889 sind insgesamt elf Auflagen dieser ersten Karte erschienen. Sie wurde erst im Jahre 1635 von der Schlesien-Karte des Jonas Scultetus als Vorbild abgelöst. Die Karten des Helwig- und Scultetus-Typs wurden von den Kartenverlagen in Deutschland, den Niederlanden, Frankreich, England und Italien vielfach kopiert. Auch Haus Schlesien besitzt in seiner umfangreichen Karthografie-Sammlung eine spätere Ausgabe der Helwig-Karte.

Besonderheiten der Präsentation stellen auch die frühe Germania-Karte von Henricus Martellus Germanus aus der Zeit vor 1490 und die Karte des Nürnberger Arztes und Kosmografen Hieronymus Münzer (1437 – 1508) dar. Letztere gilt als die erste im Buchdruck erschienene Deutschland-Landkarte.

Um den Besuchern die Bedeutung der Helwig-Karte für die schlesische Geschichte und Kultur besser zu vermitteln und die damals herrschenden technischen Möglichkeiten und Kenntnisse deutlich zu machen, wird auch das Umfeld des berühmten Breslauer Pädagogen anhand von verschiedenen Exponaten wie Büchern, Malereien, Dokumenten und Objekten dargestellt. Dazu gehören unter anderem der „Atlas Minor Gerardi Mercatoris à I. Hondio aus dem Jahre 1607, der Kupferstich „Silesia Ducatus“ (Herzogtum Schlesien) datiert 1672, und die Porzellanfigur „Landkartenhändler“, die in der Staatlichen Porzellan-Manufaktur Meißen im Jahre 2010 nach einem Entwurf aus dem Jahre 1760 geschaffen wurde. Die Landkarten-Schau ist im Haus Schlesien bis zum 18. September 2011 zu besichtigen. *D. Göllner*



TILSIT–STADT

Stadtvertreter: Hans Dzieran, Postfach 241, 09002 Chemnitz, E-Mail: srt.dzieran@t-online.de.

Stadtvertretersitzung – Zu einer ordentlichen Sitzung der Stadtvertretung war frist- und formgerecht nach Erfurt eingeladen worden. Die Stadtvertreter nahmen den Bericht des kommissarischen Vorsitzenden, den Kassenbericht des Schatzmeisters und den Revisionsbericht der Kassenprüfer entgegen. Eine Neuwahl der Stadtvertretung ist nicht erforderlich. Sie war auf fünf Jahre gewählt und bleibt bis zum Ablauf der Wahlperiode im November 2013 im Amt. Gleichwohl wurden innerhalb der Stadtvertretung für mehrere Mandatsträger Funktionsänderungen beschlossen. Zum Schatzmeister wurde Manfred Gesien, zum Beirat Erwin Feige und zu Kassenprüfern Egon Janz, Vera Jawtusch und Karla Rintschenk gewählt. Hans Dzieran, der seit einem halben Jahr die Stadtgemeinschaft kommissarisch leitet, wurde einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt. Die Stadtvertretung besteht jetzt aus 14 Mitgliedern. Davon bilden den Vorstand Hans Dzieran als Vorsitzender, Manfred Gesien als Schatzmeister, Erwin Feige, Alfred Rubbel und Manfred Urbschat als Beiräte. Eine Neufassung der Satzung und der Wortlaut der zu beantragenden Änderungen war mit der Einladung zugestellt worden. Einwände wurden nicht erhoben. Die Abstimmung über die beantragten Änderungen ergab Einstimmigkeit. Des Weiteren befasste sich die Stadtvertretung mit der Vorbereitung des Heimattreffens 2012. Es wird gemeinsam mit den Nachbarkreisen Elchniederung und Tilsit-Ragnit veranstaltet und findet am 28. April 2012 in Halle/Saale statt. Hans Dzieran dankte allen Stadtvertretern für ihre Arbeit Er wertete die Sitzung als gelungenen Beitrag für die erfolgreiche Verwirklichung der kommenden Aufgaben.

Berührungsstelle Christi

Kardinal Meisner auf der 65. Ermländerwallfahrt in Werl

Selten erwies sich die Anreise zur Ermländerwallfahrt nach Werl als so schwierig wie am 15. Mai, denn Borussia Dortmund war gerade Deutscher Meister geworden und die B1, die an der Westfalenhalle vorbeiführt, war vollständig gesperrt. Mancher Werl-Pilgerer musste lange Umwege durch unschöne Dortmunder Stadtviertel auf sich nehmen. Grölende, angetrunkene Fußballfans hatten anscheinend die Nacht durchgefeiert.

Die Ermländer hingegen feierten etwas anderes: Sie freuten sich, ihre alten Freunde und Bekannten wiederzusehen, aber begaben sich vor allem zu einem Fest des Glaubens in die Hellwegstadt Werl, die in diesem Jahr das 350-jährige Jubiläum der Wallfahrt zur Trösterin der Betrübten begehen kann. Hauptzelebrant und Prediger war um 10 Uhr der Erzbischof von Köln, Joachim Kardinal Meisner, ein Mann, den die Heimatvertriebenen ins Herz geschlossen haben und der sich immer wieder traut, die Missstände der heutigen Gesellschaft beim Namen zu nennen und anzuprangern. In Werl ist man es schon gewohnt, dass die Basilika fast bis zum letzten Stehplatz gefüllt ist, dass mehr als 30 Priester am Altar stehen, dass Pater Dr. Werner Brahtz als Zeremoniar mitwirkt und dass Kanonikus Josef Sickart alle Register der Orgel zieht, um die heimatlichen Messgesänge zu begleiten. Kardinal Meisner zog mit dem Hirtenstab Bischof Kallers ein und wer genau hinsah, der nahm wahr, dass der Metropolit der Kölner Kirchenprovinz über seinem weißen Gewand nicht nur ein goldenes Brustkreuz trug, sondern auch das ermländische Distinctorium, das ihm kürzlich verliehen worden war. Darauf nahm der Kardinal am Anfang der Eucharistiefeier sofort Bezug und erklärte: „Wie Sie alle wissen, hat Kennedy damals bei seinem Berlin-Besuch geäußert: Ich bin ein Berliner. Genauso kann ich heute zu Ihnen sagen: Ich bin ein Ermländer!“ Viele hundert Wallfahrer applaudierten, da sie durch diesen Ausspruch wiederum eine Bestätigung für die Verbundenheit des Kardinals mit ihrer Heimat erhielten. In seiner Predigt erläuterte der gebürtige Schlesier, weshalb die Gläubigen aus dem ersten Territorium, das die Rote Armee betrat, gerade bei Maria ihre Zuflucht gesucht hatten: „Maria musste nämlich auch eine Katastrophe erleiden und zwar die Katastrophe von Golgotha. Der Leib ihres Sohnes wird nicht in einer kalten, gefühllosen Materie vergraben, sondern in ihren Schoß gelegt. Im Wort Materie finden wir Mater, die Mutter, wieder, und so sprechen wir zum Beispiel auch von Muttererde. Bei Maria haben wir unsere Heimat gefunden und einmal jährlich versammeln wir uns nicht in irgendwelchen Stadien oder Kongresssälen, sondern bei ihr. Über sie steht geschrieben: Sie bewahrte alles in ihrem Herzen und dachte darüber nach. In unserer Wegwerfgesellschaft dagegen wirft der Mensch nahezu alles von sich, was ihn überholt, wie der Hans im Glück aus dem Märchen. Der Mensch hat das Schwerere eingetauscht gegen das Leichtere. Er hat Gott über Bord geworfen und fiel unter die Räuber. So ist er der Willkür ausgeliefert und Dinge wie Genmanipulation, Abtreibung und Euthanasie haben schlechthin mit Gottlosigkeit zu tun!“

> Was wäre die Kirche ohne Ermländer und Vertriebene?

Joachim Kardinal Meisner lobte dagegen die Ermländer, die Christus und den Wert des Menschen bewahrt haben. „Wie sähe die Kirche ohne Ermländer und Heimatvertriebene aus?“ fragte der Erzbischof aus der rheinischen Domstadt, aber er erteilte den anwesenden Pilgern auch einen Auftrag: „So wie Maria ihren Sohn im Mutterleib zu Elisabeth getragen hat, sind auch wir berufen, Christus in die Welt hinein zu tragen. Der Echtheitschrist sollte in seinem Leben wenigstens einen Menschen zu Christus gebracht haben!“

Der Kardinal erzählte von seiner Tante Anna aus Waldensee bei Seeburg, die in Thüringen die evangelische Kirche für katholische Gottesdienste vorbereitet hatte und die vielen eine große Freude am Glauben vermitteln konnte. Meisner: „Als sie starb, gaben ihr acht Priester das Grabgeleit, und ihr folgten mehr Menschen als dem zuvor verstorbenen Bürgermeister! Unser Leben hat sich nur dann gelohnt, wenn wir die Berührungsstelle Christi für diese Welt geworden sind. Schließlich haben wir es nicht mit einem Hoppe-Hoppe-Reiter-Christus zu tun, der von uns nur geschaukelt werden will, sondern mit einem Wege-Christus, für den wir so manchen Weg zurückzulegen bereit sein sollten!“ Kardinal Meisner betonte, Christus habe die Welt nicht durch Leid erlöst, sondern durch Liebe und nichts habe die Welt mehr verändert als die Liebe Jesu. Nach dem Mittagessen, an dem im Refektorium des Franziskanerklosters alle Priester und Ehrengardisten teilnahmen, wünschte der Erzbischof nochmals die Nachbildung der Monstranz von Heiligelinde zu sehen, und Visitator Msgr. Dr. Lothar Schlegel bedauerte es, dass an dem Tag, an dem solch ein hoher Gast in Werl sei, der Seligsprechungsprozess für Bischof Maximilian Kaller noch nicht abgeschlossen sein könnte, da es noch an einem Wunder fehle. Sofort versicherte der Kardinal, auf alle Fälle wiederzukommen, wenn es so weit sei. „Notfalls komme ich sogar zu Fuß“, ließ der Purpurträger verlauten, bevor er sich von den Ermländern wieder verabschiedete und nochmals das gute Zusammenspiel von Chiesa und Cuisina, von Kirche und Küche, das sich ihm in Werl geboten hatte, hervorhob.

Martin Grote

Ein Freund der Familie

Ostpreuße hat im Rheinland ein unvergessliches Erlebnis

Das Schicksal hatte es wohl so gewollt: Weil mein Vater, ein Ostpreuße, Ende 1946 nach russischer Gefangenschaft bei Verwandten in Siegburg Aufnahme gefunden hatte, gelangte ich im Frühjahr 1947 ebenfalls in das damals durch Bomben noch arg ramponierte Städtchen an der Sieg. Mehr als drei Jahre lang war ich als junger Soldat und dann als Lazarettangehöriger in Ost und West herumvagabundiert und nun kehrte mit meinem Einzug in das Siegburger Zeughaus bei den Verwandten für mich endlich wieder so etwas wie Normalität ein, wenn auch die Wohnverhältnisse – wie damals bei vielen – sehr beengt waren. An den Beginn meines geplanten Studiums war nicht zu denken, weil viele Ältere ein größeres Anrecht auf einen Platz an einer Universität hatten und jüngere Kriegsteilnehmer wie ich nur auf die Wartelisten gesetzt wurden. Aber ohne Beschäftigung blieb ich, der ich gerade zwanzig geworden war, keinesfalls. Das Siegburger Arbeitsamt „dienstverpflichtete“ mich als Mitarbeiter des Siegwerkes, das damals wohl so etwas wie ein „Mädchen für alles“ suchte. Der äußerst liebenswürdige, aber sehr auf Genauigkeit bedachte Prokurist und Verwaltungschef der Tiefdruckfarben-Fabrik gab mir bei meiner Einstellung zu verstehen, dass er von mir vor allem Flexibilität erwartete. Ich hatte besonders ihm und der Büroleiterin, einem Fräulein, zur Hand zu gehen. Letztere führte freundlich, aber sehr bestimmt Regiment in ihrem Bereich. Wenn die vier oder fünf Sekretärinnen, alle wesentlich jünger als sie, über ihre Wochenenderlebnisse, in denen es hauptsächlich um Männergeschichten ging, ins Schwatzen gerieten, hörte die Büroleiterin sich das schweigend einige Minuten an, klopfte dann jedoch unüberhörbar mit einem Bleistiftende auf ihre Schreibtischplatte und erklärte energisch: „Meine Damen, wir haben zu arbeiten!“ Das Stimmengewirr erstarb auf der Stelle und nur noch die Klappergeräusche der Schreibmaschinen erfüllten den Büroraum. Schwierigkeiten hatte



Oskar von Preußen Bild: Archiv

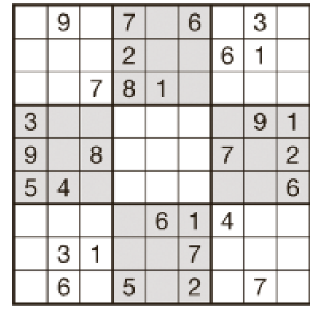
ich, der Ostpreuße, anfangs mit der Sprache derer, mit denen ich es jetzt zu tun hatte. Wenn der Meister Pleis aus Oberpleis im Siegwerk erklärte: „Ich han Zick zebasch!“ (hochdeutsch = ich habe sehr viel Zeit), wusste ich wenig damit anzufangen. Aber allmählich kam ich auch mit solchen typisch rheinischen Äußerungen zurecht.

> »Melden Sie Prinz Oskar von Preußen, Freund der Familie«

Mein Tätigkeitsfeld reichte weit. Ich verpackte Farbmuster für Sendungen an Firmen, holte Proben von verschiedenen Stationen des großen Fabrikgeländes, besorgte am Bahnhof Fahrkarten für Dienstreisen des chemischen Leiters oder wurde auch schon mal zum Sanitätshaus Räuber in die Kaiserstraße geschickt, um dort Korsettstangen für die Ehefrau eines Abteilungsleiters abzuholen. Es war also, wie gesagt, ein abwechslungsreiches Tätigkeitsfeld, das zu beackern mir oblag. Zu meinen Aufgaben gehörte es auch, die wichtigsten Postsachen nach deren Durchsicht durch den Geschäftsführer am Vormittag in das an einer Flanke des Firmengeländes liegende Wohnhaus der Inhaber-Familie Dr. Keller zu bringen. Eines Tages traf ich dort vor der Tür des stattlichen Gebäudes mit einem mir seltsam erscheinenden älteren Mann zusammen. Seine hagere Gestalt war in einen vom Regen durchnässten Lodenmantel gehüllt, und auf dem Rücken hing ihm ein Rucksack herunter, dessen Farbe verriet, dass der die besten Jahre längst hinter sich hatte. Das alles wirkte nicht gerade vertrauenerweckend. Es ist sicher jemand, der hier betteln möchte, ging es mir durch den Sinn, und so trat ich energisch als Cerberus vor die Haustür und tat so, als ob ich befugt wäre, dort Kontrollfunktion auszuüben. Auf meine Frage nach seinem Begehr reagierte der Mann nicht. Entweder verstand er mich nicht, oder er wollte mich nicht verstehen. Ich wurde unsicher und entschloss mich, etwas vorsichtiger zu fragen. Also sagte ich: „Wen darf ich Dr. Keller melden?“ Die Antwort traf mich wie ein Hammerschlag. „Melden Sie: Prinz Oskar von Preußen, einen alten Freund der Familie!“, entgegnete der Mann und lächelte dabei, als hätte er Verständnis für meine gezeigte Abwehrhaltung. Schließlich wirkte sein Äußeres in der kargen Nachkriegszeit, die auch am Haus Hohenzollern nicht spurlos vorübergegangen war, nicht gerade königlich. Ich weiß heute nicht mehr genau, wie ich damals aus der peinlichen Situation herauskam. Vermutlich stammelte ich ein paar Worte der Entschuldigung und suchte mit hochrotem Kopf das Weite. Hätte ich vorher gewusst, dass die Familie Dr. Keller seit Jahrzehnten freundschaftliche Verbindungen zu hochrangigen Persönlichkeiten besaß, mir wäre diese Blamage vor der Haustür in der Zeit meines Wirkens als „Stift“ des Siegwerkes wohl erspart geblieben.

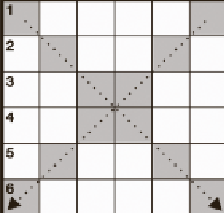
D. Grau

Sudoku



Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!

Diagonalrätsel



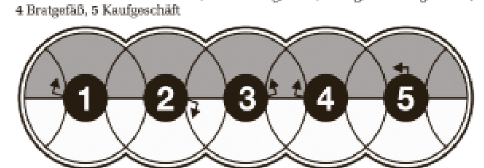
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Musiker.

1 Eintänzer
2 reich befähigt
3 Röhre mit drei Elektroden
4 Teil der Uhr
5 Raucherzubehör (Kzw.)
6 mutig, furchtlos

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte eine Foltereinrichtung der Indianer.

1 afrikanisch-indischer Storch, 2 Abteilung, Fach, Zweig, 3 Zeitungswesen, 4 Bratgefäß, 5 Kaufgeschäft



So ist's richtig:

Im Fahrwasser von Benesch

Vortrag über Masaryk bei der Sudetendeutschen Gesellschaft e. V.

Am 11. Mai dieses Jahres fand bei der Sudetendeutschen Gesellschaft e. V. Berlin eine Veranstaltung in der Landesvertretung Thüringen in Berlin-Mitte im Rahmen des sudetendeutsch-tschechischen Dialoges über das Thema „Jan Masaryk (1886–1948), Präsidentensohn und Diplomat im Dienste der Republik (CSR)“ statt.

Referent war der Leipziger Universitätsprofessor Frank Hadler, der nach dem Abitur in Güstrow/Mecklenburg von 1980–1984 in Brünn Geschichte studierte, aber keinen Vertriebenenhintergrund hat. Jan Masaryk kam aus einer „gemischten“ Familie (Vater deutsch-slowakisch, Mutter Amerikanerin) und wuchs mit mehreren Geschwistern mehrsprachig auf und hatte in seinen Ausbildungsjahren mehrere Amerikaaufenthalte.

Er wurde zum Erlernen von Sprachen angehalten. Das Charakteristische an ihm war, dass er als musisch begabter Mensch (hervorragender Pianospieler, passionierter Unterhalter und Salonlöwe) es hervorragend verstand, im diplomatischen Dienste Verbindungen für die Republik zu schaffen, aber in seinen Ansichten und Handlungen durchgehend ambivalent war.

Der Referent drückte es so aus: „Er wollte es immer allen recht machen, aber schon allein aufgrund des Zeitvolumens war das unmöglich.“ Drei Tage nach Gründung der I. CSR (28. Oktober 1918) wurde der Oberleutnant der k.u.k Armee noch mit der silbernen Tapferkeitsmedaille ausgezeichnet.

Der Vater Tomaš Masaryk, Präsident der I. CSR, gab dem nicht sehr zielstrebigen und labilen Sohn den Rat, sich an den nur unwesentlich älteren Eduard Benesch, Außenminister und späteren Präsidentennachfolger, zu halten, der ihm immer eine Stütze sein würde, was Masaryk auch nahezu in der Endkonsequenz beherzigte und so stets im politischen Fahrwasser von Benesch schwamm. Das war bei der ersten Kapitulation 1938 und auch bei der zweiten 1948 die Folge. Ursprünglich ein Mann des Westens – diesen Ruf hatte er sich bis 1938 durch die Botschaftertätigkeit in Großbritannien erworben –, machte er die Auslieferung der CSR an Moskau unter der Regie von Benesch mit. Zeitweilige bessere eigene Erkenntnisse zur Politik von Benesch konnte er nicht in die Praxis umsetzen, weil er kein Durchsetzungsvermögen hatte. Als treuer Gefolgsmann Beneschs, auch in der geplanten und später durchgeführten Vertreibungs-/Aussiedlungspolitik der sudetendeutschen Landsleute, legte er keinen Widerspruch ein. Er trug Mitschuld an der Kollektivschuld-Definition, dass allein die Nationalität (deutsch und ungarisch) ausschlaggebend sei.

Als Hoffnungsträger der Demokratie hat er versagt

Masaryk jun. setzte dem ungebremst um sich greifenden Nationalismus und Deutschenhass der Tschechen von Anfang an keinen Widerstand entgegen. Seine Haltung war insbesondere zum und nach Kriegsende auf dem Boden der wieder errichteten CSR in der Endphase vor der kommunistischen Machtübernahme von Resignation geprägt. Als von vielen Tschechen und Sudetendeutschen angesehenem Hoffnungsträger der Demokratie hat er als Gegenpol zu den Kommunisten versagt.

Er war vor allem in der Endphase seines Lebens kein Agierender, sondern nur ein Reagierender. Auch hat er die Fehlhaltungen und Fehlleistungen des bereits zu Kriegsende schwerkranken Benesch nicht erkannt. Jan Masaryk hatte im politischen Leben keine Leitfigur mehr, an der er sich orientieren konnte. Nur so kann man seine überlieferten (belegten) Aussagen und seine nicht erfolgte Demissionierung 1948 als einziger bürgerlicher Minister richtig einordnen. 1946 – „Dass die Tschechen nie so glücklich waren als zu Zeiten der k.u.k. Monarchie“ im Daily Telegraph vom 18. April 1950 von Lord Norwich/Duff Cooper; fünf Tage vor seinem Tode erklärte er noch: „Unser Platz ist an der Seite der UdSSR“, einen Tag davor „die Schwejkerei ist am Ende“. Dem entgegen steht nach dem Moskaubesuch der Tschechoslowakischen Regierungsdelegation gemeinsam mit Benesch der Ausspruch: „Als Außenminister bin ich nach Moskau gefahren, als Stalins Knecht kam ich zurück.“

Bis heute unklar ist das Ende von Masaryk – der sogenannte Dritte Prager Fenstersturz, der bis heute Anlass zu Spekulationen gibt. Die Tschechische Polizei erklärte zwar im Jahre 2004, dass es auf keinen Fall ein Selbstmord war, aber sichere Beweise hatte sie für diese Feststellung nicht, zumal alle Unterlagen noch im kommunistischen System beseitigt wurden. Es gibt Spuren: Exkremente am sehr hohen Badfenster, aus dem er sich aus dem obersten Stock seiner Wohnung im Außenministerium gestürzt hatte oder gestürzt wurde – ein sicherer Beleg ist das jedoch auch nicht.

Türschmann

Autorenlesung mit Antje Vollmer im Ostpreußischen Landesmuseum: Das Interesse an den wenigen Deutschen, die den Widerstand gegen Hitler riskierten und nach einer Vielzahl von Versuchen am 20. Juli scheiterten, war in Deutschland nie populär. Zu den fast vergessenen Mitgliedern der militärischen Fronde gegen Hitler gehört auch Heinrich Graf Lehndorff, der schon 1939/40 zum Kreis um Henning von Tresckow und Stauffenberg stieß – und am 4. September 1944, als 35-Jähriger und nach zwei dramatischen Fluchtversuchen, in Berlin-Plötzensee hingerichtet wurde. In ihrer Biografie „Doppelleben – Heinrich und Gottliebe von Lehndorff im Widerstand gegen Hitler und von Ribbentrop“ vergegenwärtigt Vollmer die Familiengeschichten zweier junger Adeliger aus einem heute fernen Ostpreußen.

Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg. Telefon (04131) 75995-0, Telefax (04131) 75995-11.

Prominenz in Erfurt

BdV-Präsidentin Steinbach und EUFV-Generalsekretär Lacota



Am Stand der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen beim Deutschlandtreffen: Generalsekretär Dr. Massimiliano Lacota der Europäischen Union der Flüchtlinge und Vertriebenen und der Exekutiv-Sekretär der EUFV-Zentrale Triest, Dr. Neami, waren Gäste des Deutschlandtreffens in Erfurt. Hier im Gespräch mit dem LO-Landesvorsitzenden Jochen Zauner der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen.

Fotos: *PAZ*/Höge



BdV-Präsidentin Erika Steinbach (MdB), Herr Steinbach, Altsprecher Wilhelm v. Gottberg, Ministerialdirigent Paul Hansel vom bayrischen Arbeits- und Sozialministerium (von rechts nach links).

Im Rahmen ihrer Festansprache würdigte die Präsidentin auch LO-Altsprecher v. Gottberg: „Sie, lieber Herr v. Gottberg, haben Ihre Landsmannschaft zukunftsfähig gemacht. Ihr Amt als Sprecher haben Sie nach vielen Jahren der Verantwortung an Stephan Grigat abgetreten. Sie haben eine wohlbestellte Landsmannschaft übergeben und damit eine Herausforderung. Danke auch für eine vieljährige, engagierte Zusammenarbeit, die ja im Präsidium des BdV noch nicht beendet ist.“

Mit Worten Mut machen

In Bremerhaven gibt es die einzige Frau im seelsorgerischen Dienst der Marine

Sie gehört zu den wenigen in der Bundeswehr, vor denen Soldaten nicht Haltung annehmen müssen. Beatrix Kurth ist evangelische Militärpfarrerin in der Marineoperationsschule Bremerhaven und einzige Frau im seelsorgerischen Dienst der Marine.

Das Amtszimmer von Beatrix Kurth könnte in jedem evangelischen Gemeindehaus irgendwo in der Republik stehen. Ein großer Schreibtisch, ein Bücherschrank mit theologischer Literatur, eine Sitzecke mit Stühlen und Sofa, die Möbel mit Buchenfurnier. Zurückhaltend, schlicht und zweckmäßig ist die Einrichtung – gewissermaßen das Signal dafür, dass hier innere Werte mehr zählen als Äußerlichkeiten.

Auf den ersten Blick irritierend ist jedoch an der Wand das halbe Dutzend leicht verblichener Fotografien von grauen Marineschiffen. Der Blick aus dem Fenster macht zudem deutlich: Das Zimmer befindet sich innerhalb eines militärischen Areals. Kaserne, Kriegsschiffe und Kirche? Für Beatrix Kurth ist dies zum einen Alltag, zum anderen kein Widerspruch: „Gerade für junge Soldatinnen und Soldaten ist Seelsorge sehr wichtig, denn sie bewegen sich in einer für sie zunächst fremden Welt, die zudem durch die aktuellen Einsätze der Bundeswehr zusätzlich belastet ist.“

Kaserne und Kirche ist kein Widerspruch

Beatrix Kurth ist seit fünf Jahren Militärpfarrerin in der Marineoperationsschule Bremerhaven, die mit Platz für mehr als 1000 Lehrgangsteilnehmer zu den größten Ausbildungseinrichtungen der Deutschen Marine zählt. Anders als die Seelsorger in den militärischen Verbänden anderer Nationen trägt Beatrix Kurth keine Uniform. Und im Gespräch wird auch schnell deutlich, dass sie in ihrer mit Symbolen voll gestellten Umgebung keine goldenen Streifen, Litzen oder Tressen braucht, um Aufmerksamkeit zu bekommen.

Ein leises Wort, ein aufmerksames Ohr, das sind die sanften Stärken, mit denen sich Beatrix Kurth im manchmal rauen und lauten Kasernenalltag Zugang zu den Menschen um sie herum verschafft.

„Menschen, die zuhören. Gedanken, die herausfordern. Worte, die Mut machen. Gottesdienste, die guttun. Menschen, die tatkräftig helfen wollen. Gott, der nicht nur sonntags ansprechbar ist.“ So definiert sie evangelische Militärseelsorge, die die Kirche unter den Soldaten ist. Ihr beruflicher Weg hat zwar bei der Bundeswehr begonnen, dennoch hat er Beatrix Kurth nicht auf direktem Weg aus ihrer Heimatstadt Neumünster über eine erste Station bei der Marine auf Sylt zur Marineoperationsschule nach Bremerhaven geführt. „Ich war zwar immer schon in der evangelischen Kirche engagiert und im Gemeindeleben aktiv“, erzählt sie. Nach dem Abitur entschied sie sich aber zunächst, die gehobene Beamtenlaufbahn in der Bundeswehrverwaltung einzuschlagen.

Nach einiger Zeit jedoch stellte sie fest, dass der Alltag in der Amtsstube auf Dauer nicht ihr Lebensinhalt wäre. Stattdessen nahm sie ihren Glauben als Orientierung und studierte Theologie.

Dass sie der Weg dann zurück zur Bundeswehr und auf die Pfarrstelle in der Marineoperationsschule führte, liegt an den seelsorgerischen Interessen von Beatrix Kurth: „Hier trifft man auf eine Altersgruppe, der man im normalen Kirchenalltag ja leider nur noch selten begegnet.“ Dabei betrachtet die Pfarrerin die Arbeit mit jungen Menschen nicht nur als Chance, ihnen eher beiläufig und fernab von missionarischem Eifer christliche Grundwerte und Einstellungen nahezubringen: „Die Arbeit mit Menschen, die teilweise ja kirchenfern sind, bedeutet auch, sich immer wieder mit neuen Gedanken auseinanderzusetzen und die eigene Haltung immer wieder neu zu formulieren.“

Zum einen tut Beatrix Kurth dies im „lebenskundlichen Unterricht“, der für die Soldatinnen und Soldaten auf dem Lehrplan in der Marineoperationsschule steht. Vor allem aber tut sie es in den zahlreichen Gesprächen, zu denen sie den jungen Menschen innerhalb der Kaserne zur Verfügung steht.

Ganz häufig ist es eine einfache, aber einleuchtende Motivation, die die jungen Menschen antreibt: „Sie möchten sich einfach mal aussprechen.“

Die Bandbreite der Themen, mit denen sie sich auseinandersetzen muss, ähnelt zwar der im zivilen Leben. Doch über Beziehungsprobleme, Familienfragen oder einfach tatkräftige Unterstützung und Halt-Geben hinaus gibt es auch Militärspezifisches: „Bis zum Eintritt in die Bundeswehr haben die wenigsten ja etwas mit der Kette von Befehl und Gehorsam zu tun gehabt.“

Hierarchien, Kommandos, Gehorsam mit reglementierten Möglichkeiten des Widerspruchs sind im Zivilleben eher die Ausnahme.

Nicht selten sehen die jungen Soldaten, die sich nur in einem formalisierten Verfahren an ihre Vorgesetzten wenden können, bei Problemen in der Militärpfarrerin die Hoffnungsträgerin. Wo es geht, versucht Beatrix Kurth, den Hilfesuchenden innerhalb der Bundeswehr-Struktur zu helfen, schließlich kann sie Offiziere und Vorgesetzte direkt und ohne Orientierung am Dienstweg ansprechen. Doch in erster Linie versteht sich die Theologin als Seelsorgerin: „Ich möchte eine Anlaufstelle sein, den Ratsuchenden den Rücken stärken. Am Ende eines Gespräches sollte stehen, dass der Ratsuchende selbst aktiv werden kann.“

Auch wenn die Marineoperationsschule eine Ausbildungseinheit ist, sind die Auswirkungen der Auslandseinsätze der Bundeswehr bis hierhin zu spüren. Die Sorgen, Ängste und Gedanken der jungen Soldaten spiegeln sich auch in den Gesprächen wider, die sie mit der Militärpfarrerin führen. Auch hier sieht sie sich in erster Linie als Seelsorgerin und als Gesprächspartnerin, jedoch nicht als ausführendes Organ innerhalb der Bundeswehr-Struktur.

Mit gewisser Bestürzung nahm Beatrix Kurth deswegen auch zur Kenntnis, dass Feldgeistliche anderer Nationen ihre Aufgabe durchaus darin sehen, „die Kampfkraft wieder herzustellen“. Die Bremerhavener Pfarrerin lässt dagegen keinen Zweifel daran, jungen Soldaten mit erkennbar schweren inneren Konflikten auch zur Kriegsdienstverweigerung zu raten. „Mir kommt es auf den einzelnen Menschen an“, betont sie.



Offenes Ohr: Pastorin Beatrix Kurth in ihrem Arbeitszimmer — Bild: Wolfgang Heumer

Welchen Belastungen junge Soldaten ausgesetzt sind, weiß Beatrix Kurth dabei nicht nur aus dem Kasernenalltag. Drei Monate begleitete sie den Ausbildungs- und Einsatzverband der Marine bei dessen Fahrt durchs Mittelmeer, lebte wie die übrigen Besatzungsmitglieder unter den besonderen Bedingungen des engen Miteinanders an Bord der Militärschiffe, die nicht gerade für ihren Komfort bekannt sind. Die Fotos der grauen Flotte in ihrem Dienstzimmer sind Erinnerungen an diese Fahrt.

Andere Erinnerungen trägt Beatrix Kurth in Herz und Seele mit sich. Zu den stärksten dürfte dabei die Begegnung mit einer jungen Soldatin gehören, die gleich zu Beginn des ersten Gespräches schon fast trotzig ihre Distanz zum Glauben bekannte. Dennoch fanden die beiden den Draht zueinander.

„Irgendwann hat sie mich dann gefragt, ob sie sich taufen lassen kann“, berichtet Beatrix Kurth. Dass sie dies für sich als Erfolg ihrer seelsorgerischen Arbeit verbuchen könnte, ist der Pfarrerin dabei gar nicht so wichtig wie etwas anderes: „Die strahlenden Augen der jungen Frau nach der Taufe werde ich nie vergessen.“

Wolfgang Heumer

In Kürze

Offene Gärten besuchen

Nicht alle Briten sind Gärtner. Doch liegt ihnen das Gärtnern ganz besonders am Herzen. Und da es mehr Spaß macht, seine Freude mit anderen zu teilen, öffnen viele Gartenbesitzer der Inselrepublik jedes Jahr ihre botanischen Schmuckstücke, um sie Freunden und Fremden zu zeigen. Verköstigung mit selbst gebackenem Kuchen und Tee inklusive. „Garden open“ ist das Zauberwort, das – als Schild vor dem Gartentor aufgestellt – der Öffentlichkeit den Einlass ins private Gartenreich gewährt. Eine Sitte, die es aufs Festland geschafft hat. Seit 2006 öffnen in der Altmark im Norden von Sachsen-Anhalt jedes Jahr ausgewählte Privatgärten von Mai bis September an jedem dritten Sonntag ihre Pforten für Besucher. Mit insgesamt 49 teilnehmenden Gärten verzeichnete das Projekt „Gartenlandschaft Altmark“ 2010 sogar ein Rekordergebnis. Durchschnittlich 290 Besucher wurden in den einzelnen Gärten gezählt. Insgesamt nutzten fast 10000 Interessenten das Angebot, mit Gleichgesinnten zu fachsimpeln. Die Gartenfreunde zog es dazu außer aus Sachsen-Anhalt auch aus Berlin, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen in die Altmark. Sogar ein Busreiseveranstalter aus Süddeutschland hatte die altmärkischen Gärten in seinem Programm. Insgesamt 57 Parks und Gärten, darunter 41 Privatgärten, sollen die Besucher dieses Jahr in die Altmark locken. Dazu öffnen sich am 19. Juni, 17. Juli, 21. August und 18. September wieder die Gartentore. Eine kostenlose Broschüre beschreibt mit Bild und Text alle teilnehmenden privaten Gärten und liefert Kurzbeschreibungen zu den Parks. Eine Karte dient der Übersicht der Gärten. Bestellung über den Tourismusverband Altmark, Telefon (039322) 3460 oder unter www.altmarktourismus.de. *H. S.*


Zauberhaft gestaltet: Kathrins Garten in Meldorf — Bild: Annika Kock

Fromme Begeisterung

Gedanken zum Pfingstfest

Ein Kollege auf einem Pfarrkonvent: „Mensch, Grigo, hast du auch so 'ne Angst vor der Pfingstpredigt?“ „Nö, wieso?“ „Na hör' mal, über Gott kannste predigen, über Jesus auch. Aber über den Heiligen Geist? Ist doch nichts Griffiges!“ Recht hat er. Ein Geist ist nichts Festes. Aber wir kommen weiter, wenn wir uns überlegen, was Begeisterung bewirken kann.

Im Kindergarten frage ich, wie denn Begeisterung aussieht. Spontan heben die Kinder die Hände und schreien und hüpfen. In Fußballstadien erleben wir das doch jede Woche. Begeisterung ist sozusagen nach außen gekehrte überschwängliche Freude.

In der Bibel wird berichtet – in der Apostelgeschichte Kapitel 2 –, dass die Jünger auf den versprochenen Heiligen Geist warteten. Dann geschah etwas Unerwartetes. Sie hörten und erlebten ein Brausen. Wie von einem herannahenden Sturm. Über den Köpfen der Männer konnte man Flammen erkennen. Feuerzeichen besonderer Art. Das war das Sichtbare am Heiligen Geist. Und plötzlich bekamen die Apostel Beine. Sie rannten auf den Marktplatz, wo Besucher aus aller Welt anzutreffen waren. Dort fingen sie an zu predigen.

Sie redeten von den großen Taten Gottes. Vor allem aber vom gekreuzigten und auferstandenen Jesus Christus. Sie riefen die Leute zum Glauben, zu Umkehr und Nachfolge. Und die Menschen aus den verschiedenen Ländern, Kulturen und Sprachen verstanden die Jünger, die doch keine Universität besucht hatten und keine Fremdsprachen kannten. Erstaunlich. Unglaublich. Der Heilige Geist sorgt für Verständigung. Mich sprechen die Bilder an. Der Wind könnte bedeuten: Der Geist kommt überraschend und doch nicht unerwartet. Das Feuerzeichen: Wo der Geist Gottes herrscht, wird es hell und warm. Von Gott Begeisterte kommen in Bewegung. Und sie erfahren, dass dieser Geist ein Geist ist, der Gemeinschaft möglich macht, wo Menschen sich neu verstehen.

Bleibt die Frage: Gibt es ein Erkennungszeichen für den Geist von Pfingsten? Ja, das gibt es. Der Apostel Paulus schreibt in seinem 1. Brief an die Christen in Korinth: „Keiner kann sagen: ‚Jesus ist der Herr', wenn er nicht vom heiligen Geist erfüllt ist.“ Also: Sage mir, wofür du Jesus hältst, und ich sage dir, ob du den Heiligen Geist hast.

Günther Grigoleit

Kontostand in der Haltung

Armut und Reichtum an der Körpersprache erkennen

Manche Menschen stellen ihren Reichtum unverblümt zur Schau, Armut wird dagegen eher verborgen. Amerikanische Forscher fanden heraus, dass sich der wirtschaftliche Status jedoch auch erkennen lässt, wenn er sich mit materiellen Mitteln „tarnt“ – nämlich in der Körpersprache. Michael W. Kraus und Dacher Keltner von der University of California luden Versuchspersonen zu Treffen mit jeweils einem ihnen fremden Menschen ein, wobei sie die Versuchsteilnehmer beim Hereintreten und ersten Kennenlernen filmen ließen. Bemerkenswert bei diesem Experiment war weniger das Gespräch zwischen beiden als das Verhalten der Versuchsteilnehmer in der Situation des Kennenlernens. Die Forscher achteten vor allem auf zwei Verhaltensweisen: die Kontaktaufnahme durch Anlächeln, Blicke und Nicken und die leicht unbeteiligt wirkende Zurückhaltung, während der die Versuchspersonen auch gern mit irgendeinem Gegenstand spielten. Es zeigte sich, dass diejenigen Versuchsteilnehmer, die auf ihren Gesprächspartner durch Ansehen oder Zulächeln reagierten, eher aus bescheideneren Verhältnissen kamen, die etwas unbeteiligt scheinenden Versuchspersonen hingegen eher besser gestellt waren. Die Forscher erklären die unterschiedliche Körpersprache so, dass die schlechter situierten Menschen eher von anderen Menschen abhängig sind und deshalb intensiver in Interaktion mit ihnen treten.


Körpersprache: Auf die Hände achten! — Bild: Berliner Akzente

Wer mehr Geld zur Verfügung hat, signalisiert dagegen unbewusst eher Unabhängigkeit. Wer etwa mit seinem Kugelschreiber spielt oder an Armreifen dreht, zeigt damit auch, dass er anderen nicht seine ungeteilte Aufmerksamkeit zukommen lassen muss.

Der ungefähre Kontostand eines Menschen zeigt sich somit nicht nur in Statussymbolen wie Autos oder Kleidung, sondern auch in seiner Haltung. *Corinna Weinert*



Der reale Pate

Spannendes über die Mafia

Mit dem Film „Der Pate“ gelang Francis Ford Coppola der internationale Durchbruch als Regisseur. Die weltberühmte Saga zeigt die sizilianische Großfamilie um Don Vito Corleone und seine beiden Söhne Michael und Sonny, denen der Aufstieg von mittellosen Einwanderern zur mächtigsten Mafiaorganisation von New York gelingt.

Die Trilogie ist eine Mischung aus Fiktion und Realität, denn aus der sizilianischen Kleinstadt Corleone stammen einige der bekanntesten Bosse der Cosa Nostra wie Luciano Liggio, Totò Riina und Bernardo Provenzano. In „Don Vito – Mein Vater, der Pate von Palermo“ packt Massimo Ciancimino zusammen mit dem renommierten Mafia-Experten und Journalisten Francesco La Licata über eine weitere Schlüsselfigur aus.

Sein Vater, Vito Ciancimino, wurde als erster italienischer Politiker wegen Zusammenarbeit mit der Mafia rechtskräftig verurteilt. Als Baustadtrat Palermos vergab Don Vito, wie sie ihn nannten, während des Baubooms in den 1960er-Jahren Milliardenaufträge an die Cosa Nostra. Später gestand er in einem Polizeiverhör, in Italien laufe nichts ohne Schmiergelder, „das wäre, als ob man mit nur drei Rädern Auto fahren wollte“.

Dem „Sacco di Palermo“, dem Ausverkauf der Stadt an die Mafia, fielen ganze Straßenzüge mit wertvollen Villen aus der Jugendstilzeit zum Opfer. Sie wichen sterilen Betonhochbauten. 1984 wurde Ciancimino senior, der Anfang 1970 für kurze Zeit christdemokratischer Bürgermeister Palermos gewesen war, von einem Mafia-Aussteiger enttarnt und festgenommen. Seine Haftstrafe verbrachte er jedoch in lockerem Hausarrest in Rom.

Nach seinem Tod 2002 übernahm Sohn Massimo die Geschäfte. Als eines von fünf Kindern 1963 in Palermo geboren, war er jahrzehntelang der Vertraute und Bote seines Vaters gewesen. Schon früh begegnete Ciancimino junior dem untergetauchten Boss der Bosse der Cosa Nostra, Bernardo Provenzano.

Die Gespräche drehten sich um Verstrickungen zwischen Staat, Geheimdiensten, Wirtschaft und Mafia. Wenn Provenzano nicht persönlich vorbeikam, ließ er sogenannte pizzini überbringen, kleine Zettel mit Anweisungen. Bis heute entschlüsseln Ermittler das brisante Material, das Informationen zu vielen ungelösten Mysterien Italiens enthält.

Nach seiner Verhaftung 2006 wegen Geldwäscherei entschloss sich Massimo Ciancimino zur Zusammenarbeit mit der sizilianischen Justiz. Als Italiens wichtigster Kronzeuge gegen die Mafia plauderte er auch über Regierungschef Silvio Berlusconi. Die Mafia habe das Immobilienprojekt „Milano 2“ des Unternehmers sowie dessen 1993 gegründete Mitte-rechts-Partei Forza Italia massiv unterstützt.

Das Buch ist nicht nur ein biografisches Werk fernab jeglicher Milieuromantik, sondern zugleich ein spannendes Zeugnis der Geschichte der Cosa Nostra. Cianciminos Anschuldigungen, etwa dass der Staat in die Ermordung der Untersuchungsrichter Giovanni Falcone und Paolo Borsellino 1992 verwickelt gewesen sei, entbehren häufig jeglicher wissenschaftlich-historischer Grundlage. Viele Kapitel enden mit den Worten „Ich weiß es nicht genau“ oder „Was sie besprochen haben, kann ich nicht sagen“. Ein wenig mehr Recherchearbeit von Co-Autor La Licata sowie eine ausführlichere Betrachtung der Jugendzeit Massimos und des Verhältnisses zu seinem jähzornigen, gefühllosen Vater wären wünschenswert gewesen.

Sophia E. Gerber

***Massimo Ciancimino und Francesco La Licata: „Don Vito – Mein Vater, der Pate von Palermo“**, Piper Verlag, München 2010, gebunden, 365 Seiten, 19,95 Euro*

Ein Jahr am Hindukusch

Viele Hintergrundinformationen, es fehlt aber der politische Aspekt

In Afghanistan bekämpfen die USA einen Feind, der aufgrund des weiträumig zerklüfteten Terrains strategisch durchweg im Vorteil ist. In einem asymmetrischen Krieg werden die US-Soldaten aus dem Hinterhalt in ihren Stützpunkten beschossen und mit Straßenbomben angegriffen. Der amerikanische Journalist und Bestsellerautor Sebastian Junger, Jahrgang 1962, lebte als „eingebetteter Reporter“ von Juni 2007 bis Juni 2008 mehrmals für einige Wochen mit einer kleinen Einheit US-Soldaten im unzugänglichen Korengal-Tal im Ostteil des Landes, einem schmalen Einschnitt im Vorland des Hindukusch. Junger hatte den am meisten exponierten Vorposten „Restrepo“ im Korengal gewählt, um Soldaten in einem Platoon (Zug) der Combat Infantry der US Army über einen längeren Zeitraum zu begleiten. Mit ihm zusammen arbeitete während einiger Aufenthalte der britische Fotograf Tim Hetherington (er starb im April dieses Jahres während eines Einsatzes im libyschen Misrata). Neben einer Reportage für die „Vanity Fair“, in deren Auftrag sie in Afghanistan waren, produzierten beide 2010 den Dokumentarfilm „Restrepo“, für den sie den Preis des Sundance Film Festivals für den besten Dokumentarfilm erhielten.

Als hervorragender Beobachter und Berichterstatter erweist sich Junger auch in seinem Buch „War – Ein Jahr im Krieg“, das in deutscher Übersetzung vorliegt. Es umfasst gleich einem Mitschnitt die bedeutsamen Ereignisse während des 15-monatigen Einsatzes „seiner“ Einheit. Im Mittelpunkt stehen die Soldaten selbst, deren Gespräche der Autor großenteils wörtlich wiedergibt. Junger liefert eine stark psychologisierende Beobachtung ihres Verhaltens, das unter dem Druck schwierigster Verhältnisse insbesondere vom Phänomen des Gruppenzusammenhalts geprägt war.

> Die US-Armee bezahlte einen hohen Blutzoll

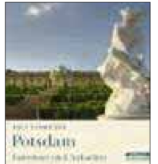
In Sowjetzeiten galt das Korengal als uneinnehmbar und nicht beherrschbar. Selbst die Taliban hatten sich nicht hineingewagt. Die US-Armee bezahlte für die Verteidigung der 2006 eingerichteten Basis „Korengal Outpost“ einen hohen Blutzoll. Damals begann sich die allgemeine Lage zu verschlechtern. Mehr als 40 Soldaten starben, Dutzende wurden teils schwer verwundet. „Der Schlachtplan für das Tal glich einem taktischen Bockspringen“, so Junger. Um sich gegen das Steilfeuer von den umgebenden Hängen und den Granatbeschuss des meist unsichtbaren Feindes zu schützen, wurde das höher gelegene Gelände mit kleinen Vorposten belegt, die aber ebenfalls leicht verwundbar waren. Im Frühjahr 2010 verließen die letzten Amerikaner das Tal.

Jungers Buch ist ein erschütterndes Dokument über die Kriegführung in einer fast unzugänglichen Gebirgsregion und über das Leben der GIs unter extremen Bedingungen. In Restrepo gab es keine Elektrizität, kein fließend Wasser, keine warmen Mahlzeiten. Eine undurchsichtige Rolle spielte durchweg die einheimische männliche Bevölkerung. Leitthemen des Buches sind die ständigen Angriffe der Heckenschützen, die Kriegsmaschinerie und die Auswirkung von Stress und Angst auf die Soldaten im Alter zwischen 20 und 30 Jahren. Über Moral oder den Sinn und Zweck ihres Einsatzes machten sie sich keinerlei Gedanken. Wut und Verzweiflung über einen gefallenen Kameraden weckten in einigen unbändige Rachegefühle und Mordlust. Aufgestaute Wut und Hassgefühle machten sich im Alltag Luft, etwa durch ritualisierte Prügeleien.

In dieser aufrüttelnden, mit Hintergrundinformationen reich ausgestatteten Dokumentation – es kommt auch zu überflüssigen Diskursen, etwa über die mögliche Existenz eines Gens für Mut und dessen Sinn im „genetischen Wettbewerb“ – fehlt jedoch ein Gegengewicht. Es fehlt der politische Aspekt. Diese überwiegend aus schwierigen sozialen Verhältnissen stammenden jungen Männer waren teilweise noch in der High School angeworben worden. Viele hatten sich für den Eintritt in die US-Armee entschieden, weil sie eine Alternative zu ihrem bisherigen Leben suchten – mit dem Risiko des Verlusts desselben. Dass die USA in Afghanistan Krieg gegen den Terror führen, ist der Grund dafür, dass Zehntausende Männer und Frauen am Hindukusch täglich ihre Haut zu Markte trugen und tragen. Es dürften auch strategische und wirtschaftliche Interessen eine Rolle spielen. Offen bleibt die Frage, warum diese Zusammenhänge ausgeklammert wurden.

D. Jestrzemski

***Sebastian Junger: „War – ein Jahr im Krieg“**, Blessing Verlag, München 2010, gebunden, 336 Seiten, 19,95 Euro*



Potsdams Perlen

Handlicher Reiseführer mit anschaulicher Schilderung historischer Bauten

„Was von Preußen bleiben wird und allein bleiben sollte, ist der Geist seines besonderen Spätbarock und Klassizismus, sind Bauten und Gärten, sind protestantische Philosophie, schöne Literatur und aufklärerisches Denken. Was von Preußen bleiben wird und allein bleiben sollte, sind Vernunft und Ästhetik. Potsdam zeigt davon sehr viel“, schreibt der Chemnitzer Rolf Schneider in seinem neuen handlichen Buch über Potsdam. Ausführlich illustriert mit historischen Abbildungen und aktuellen Fotografien, ist so ein kleiner Reiseführer durch die alte Garnisonstadt entstanden.

In seinem Text geht Schneider allerdings sehr kritisch mit dem Ruf nach den preußischen Tugenden um und sieht in ihm fatalerweise nur den Wunsch nach der Rückkehr zum Militarismus. Hingegen gelingt ihm in der Schilderung der Historie Potsdams eine gut lesbare Geschichte, da er abwechslungsreich auch die architektonischen Kleinode mit einbaut. Potsdam ist schließlich nicht nur Sanssouci, sondern auch Schloss Babelsberg, das Holländische Viertel, die Nikolaikirche, der Einsteinturm des Allensteiner Architekten Erich Mendelsohn auf dem Telegrafenberg oder das von Ludwig Persius erbaute Dampfmaschinenhaus. Wenngleich der aufmerksame Besucher der alten Garnisonstadt überall noch die Wunden der jüngsten Vergangenheit entdecken kann, so sieht man dennoch hier und da auch das emsige Bemühen, den alten Glanz wieder erstehen zu lassen.

os

***Rolf Schneider: „Potsdam – Garnison und Arkadien“**, mit Fotografien von Therese Schneider, edition q im bebra Verlag, Berlin 2011, 80 Seiten, durchgehend farbig illustriert, gebunden, 9,95 Euro*

In der Redaktion eingetroffen

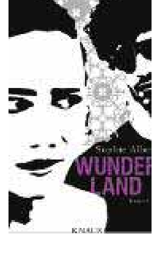
***Wolf J. Eichstädt: „Sanitätsdienst der Schutztruppe für Deutsch-Ostafrika im Ersten Weltkrieg“**, Projekte Verlag Cornelius, Halle/Saale 2010, brosch., 132 Seiten, 10 Euro*

***Werner Halw: „Der Sieg der Primitiven oder wieviel Degeneration verträgt ein Land“**, Werner Halw, An der Schnepp 14, 50769 Köln*

***Frank Hertweck, Dimitrios Kisoudis (Hrsg.): „Solange das Imperium da ist – Carl Schmitt im Gespräch 1971“**, Duncker & Humblott, Berlin 2010, broschiert, 198 Seiten, 28 Euro*

***Hans Georg Prager: „Schulschiff Deutschland – Weißer Schwan der Unterweser“**, Hauschild, Bremen 2010, gebunden, 168 Seiten, 27,50 Euro*

***Dolores Balduhn: „Könnt' ich mit den Wolken fliegen – Eine Sammlung von Versen“**, Frieling Verlag, Berlin 2011, 80 Seiten, broschiert, 6 Euro*



Parallelwelt

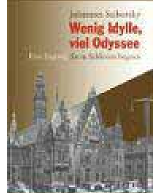
Nur an Oberfläche gekratzt

Das Thema ist durchaus reizvoll, das sich Sophie Albers, Kultur-Redakteurin beim „Stern“, für ihren Debütroman „Wunderland“ ausgesucht hat: Die 35-jährige Journalistin Hanna Persson recherchiert für einen Artikel über Migranten in Berlin und gerät dabei in den Bann ihres Untersuchungsobjektes. Tamer, 25 Jahre alt und Sohn einer Deutschen und eines Palästinensers, lässt sich von Hanna interviewen, doch statt klarer Antworten erhält sie einen Blick in seine Lebenswirklichkeit, die sich als Parallelwelt entpuppt. Leider gelingt es der Autorin nicht, die Faszination, die der Macho Tamer auf Hanna ausübt, auch den Leser spüren zu lassen. Dieser ist genauso wie Freunde und Kollegen der Journalistin von ihrer Passion abgestoßen. Tamer, der stets und ständig über andere abfällig redet, Deutsche als „Opfer“ und Frauen als „Schlampen“ bezeichnet, bleibt für den Leser ein asoziales Ekel. Sein „Schick-sal“, dass er, obwohl in Deutschland geboren und aufgewachsen, für seine Umwelt immer nur der Ausländer war, berührt angesichts seines Verhaltens nicht. Dass Hanna versucht, Tamer zum „edlen Wilden“ zu stilisieren, wird ihr nicht von ungefähr vorgeworfen. Und dass sie sich in seiner Gegenwart ihm automatisch unterwirft, ist genauso ärgerlich wie der Umstand, dass Hanna von der Autorin zur Jüdin gemacht wird: Halb-Palästinenser trifft auf Jüdin, diese Konstellation wirkt hier einfach zu konstruiert.

Und obwohl Albers einige gute Beobachtungen über die Unterschiede der deutschen und Migrations-Lebenswelten Berlins in ihrem Roman verarbeitet hat, kratzt „Wunderland“ nur an der Oberfläche, ohne zu den wirklichen Problemen vorzudringen. Und so bleibt am Ende das Gefühl, dass eher die orientierungslose Hanna und nicht so sehr der offenbar kriminelle Tamer ein Fall für den Therapeuten ist.

Bel

***Sophie Albers: „Wunderland“**, Knaus, München 2011, gebunden, 166 Seiten, 14,99 Euro*



Verlorene Jugend

Die Odyssee eines Schlesiers

Häufig fällt es den Menschen schwer, Vergangenes objektiv zu betrachten. Die Zeit hat den Blick auf die Geschehnisse relativiert, rückblickend erkennt man Zusammenhänge, die zum Zeitpunkt des Geschehens nicht sichtbar waren. In dem Buch „Wenig Idylle, viel Odyssee – Eine Jugend, die in Schlesien begann“ versucht Johannes Sziborsky einen Bericht vergangener Erlebnisse vor dem Hintergrund seines heutigen Geschichtswissens.

Der Autor beginnt mit seiner Kindheit in Schlesien, versucht sich an seine damalige Sichtweise der Vorkriegs-Geschehnisse zu erinnern und erzählt, wie er und seine Familie den Zweiten Weltkrieg erlebten und überlebten. Viele persönliche Anekdoten und Erinnerungen von Johannes Sziborsky finden in diesem Büchlein einen Platz. Ebenso die Geschehnisse der harten und von Hunger geprägten Nachkriegszeit, deren Beginn Johannes Sziborsky als „Stunde Null“ bezeichnet.

„Die Stunde Null hatte ich ja bereits geschildert: Den ersten Tag nach Waffenstillstand … Noch sah alles friedlich aus, nach einer ‚Stunde der Befreiung‘ und der Geißel der NS-Diktatur. In der Nacht vom 10. zum 11. Mai jedoch begann für uns Deutsche das Inferno. Mit Knüppeln oder Gewehrkolben wurde lautstark gegen die Haustür geschlagen, immer wieder. Da niemand öffnete, versuchte man mit Tritten die Tür aufzubrechen. Alle im Haus … bangten um unser Leben. Wir waren von heute auf morgen rechtlos geworden, Freiwild, der Willkür der Sieger ausgeliefert.“

> Der Willkür der Sieger ausgeliefert

In „Wenig Idylle, viel Odyssee“ trauert Sziborsky auch um seine verlorene Jugend. Als der Krieg endlich das lang ersehnte Ende fand und sich das Leben von Sziborsky, seiner Mutter und seinem Bruder wieder einigermaßen normalisierte, war er bereits zu einem jungen Erwachsenen gereift. Rückblickend resümiert der Autor, dass seine Jugend deutlich mehr Odyssee als Idylle beinhaltete.

„Wenig Idylle, viel Odyssee – Eine Jugend, die in Schlesien begann“ spiegelt die subjektiven Wahrnehmungen der Vorkriegs-, Kriegs- und Nachkriegszeit des Autors wider, vermengt mit dem Wissen, das ihm das Geschichtsstudium an der Universität in Münster bescherte.

Zum Teil bezieht Sziborsky den Leser in seine Gedanken, Überlegungen, Erinnerungen und Kenntnisse mit ein und verleiht dem Ganzen mittels einiger abgebildeter alter Schwarzweißfotografien eine ganz besondere Note. Ein Zeitzeugenbericht, wie man ihn sich wünscht.

Vanessa Ney

***Johannes Sziborsky: „Wenig Idylle, viel Odyssee – Eine Jugend, die in Schlesien begann“**, Westkreuz-Verlag, Bad Münstereifel 2011, broschiert, 214 Seiten, 14,90 Euro*

MELDUNGEN

Für mehr Enkelkinder

Moskau – „Wir wollen Enkel!“ Schilder mit dieser Parole vor sich her tragend haben Rentner im morgendlichen Berufsverkehr sämtliche Sitzplätze in Moskaus Metro besetzt. Per Telefonkette hatten sie sich zu dieser ungewöhnlichen Aktion verabredet. Hintergrund ist der bedrohliche Geburtenrückgang im Land. Seit dem Zerfall der Sowjetunion ist die Bevölkerung Russlands um 12,5 Millionen Menschen auf zirka 142 Millionen geschrumpft. *MRK*

JU-Vorsitzender attackiert Grüne

Berlin – Philipp Mißfelder, Bundesvorsitzender der Jungen Union (JU), wirft den Grünen vor, Gegner bürgerlicher Freiheiten zu sein. In Berlin riefen sie dazu auf, Nachbarn anzuzeigen, die ihre Wohnungen „luxussanieren“, also, so Mißfelder zur „Welt“, Parkett verlegten oder ihre „Bäder kacheln“. Solche „lächerlichen Detailvorschriften“ seien „gegen unseren Freiheitsbegriff gerichtet“, kritisiert Mißfelder, der auch dem CDU-Präsidium angehört. *H.H.*

ZUR PERSON

Kein Mann der Funktionäre

Wenn er scheitert, wird er tief fallen, zumindest, was seine Perspektiven in der Politik angeht: Der 46-jährige neue Ministerpräsident von Portugal, **Pedro Passos Coelho**, ist das Gegenteil eines Polit-Apparatschiks und daher in der Funktionärsschicht seiner eigenen Partei alles andere als verwurzelt. Erst nachdem die zerstrittenen und desorientierten Konservativen keinen anderen Ausweg mehr sahen, kürten sie ihn vergangenes Jahr mit großer Mehrheit zu ihrem Vorsitzenden und Kandidaten für den Posten des Regierungschefs.

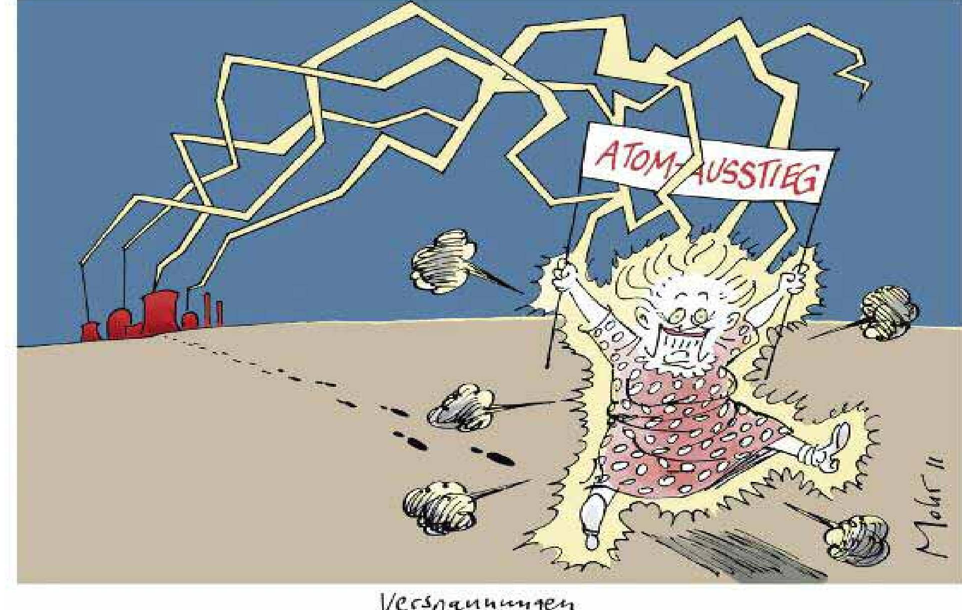
In Coimbra geboren, verbrachte der Arztsohn seine ersten Lebensjahre im damals portugiesischen Angola. Nach der Revolution 1974 kehrte die Familie nach Portugal zurück, wo Passos Coelho sich früh der Politik zuneigte. Zunächst tummelte er sich bei den Kommunisten. Doch schon mit 14 stieß er zu den Konservativen, die sich in seinem Land Sozialdemokraten nennen.



Mit 20 wurde er Chef der Parteijugend und legte sich bald mit dem Chef der Konservativen, Aníbal Cavaco Silva, an. Der ist heute Staatspräsident. Nach einer Zeit im Parlament verabschiedete sich Passos Coelho aus der Politik und verzichtete sogar auf seine Abgeordneten-Pension – einmalig in seinem Land.

Danach holte er sein Ökonomie-Studium nach, arbeitete als Unternehmensberater und lehrte an einer Hochschule. Die Gründer einer wirtschaftsliberalen Denkfabrik überzeugten ihn schließlich, in die Politik zurückzukehren.

Pedro Passos Coelho übernimmt ein Land am Rande des Abgrunds. 78 Milliarden Euro an Hilfen sind Portugal gewährt worden. Doch Experten zweifeln, ob der neue Premier das Land aus der schweren Krise wird führen können. *H.H.*



Zeichnung: Mohr

Fest versprochen!

Warum wir trotzdem keine Sprossen mögen, wofür man seine Rente im Hades benötigt, und wie die Griechen unsere Lügen erzählen / Der Wochenrückblick mit HANS HECKEL

Ja, was nun? Die letzte Nummer mit der Gurkengeschichte war noch gar nicht bei Ihnen, da hieß man uns, die Gurken waren's gar nicht. Dann tischte man uns diese Sprossen auf. Zwischenzeitlich nahmen die Argusaugen der Ermittler sogar unschuldige Frikadellen ins Visier, die womöglich nicht richtig durchgebraten waren.

Die Sprossen kamen mir immer schon verdächtig vor, typisch neumodischer Kram. Beim Chinesen lassen wir die (gekocht) ja noch durchgehen. Aber roh? Das weiße Gefussel am Rande des Salattellers schmeckte eigentlich nach nichts, bis auf diesen unangenehm seifig-süßlichen Beigeschmack. Können die meinetwegen ruhig weglassen.

Doch die Sprossen sollen es nun auch nicht gewesen sein. So geht das unheimliche Erreger-Raten weiter. Derweil sind Menschen gestorben und gute Gründe geschaffen worden, warum man uns böse ist in Spanien. Die Iberer fühlen sich übel misshandelt, und das „ausgerechnet von unserem geliebten Deutschland“, wie eine spanische Zeitung aufheult. Was soll man da sagen: Tut uns Leid, war doch nicht mit Absicht? Stimmt ja, dennoch bleibt ein fieser Kloß im Hals.

Schwer, diesem Tritt in den Fettnapf etwas Gutes abzugewinnen. Vielleicht könnten wir die Empörung der Spanier als Übung betrachten für die nahe Zukunft. Antideutsche Aufwallungen in einigen EU-Ländern dürften demnächst nichts Ungewöhnliches mehr sein. Zeit also, sich daran zu gewöhnen.

Was nicht leichtfällt: Da zahlen und retten und tun wir bis an den Rand des eigenen Ruins, und dann beschimpfen die uns auch noch dafür. Schwer zu verstehen, doch auf fremde Hilfe reagieren die Leute nun mal ganz unterschiedlich. Die einen sind peinlich berührt, andere freuen sich ganz einfach und wieder andere entwickeln einen abgrundtiefen Hass auf den Helfer. Letztere können sich nicht vorstellen, dass jemand aus Pflichtgefühl oder Erbarmen die Hand reicht, weshalb sie sich schnell allerlei niedere Motive zusammenreimen, die den Helfer vermeintlich treiben. Letztlich ist das eine Sache des Charakters. Nur gute Menschen können Gutes erkennen. Die Deutschen waren nach dem Marshallplan über Generationen davon überzeugt, dass die Amerikaner, trotz ihrer verhängnisvollen Rolle im Ersten Weltkrieg, im Kern ausgezeichnete Kerle sein müssen. Die Griechen wiederum sind sich, seitdem sie wissen, dass wir den Löwenanteil der Hilfen meistern, sicher, dass die Deutschen der dunkle Meister eines Monstrums mit Namen EU sind. Was lehrt uns das über den Charakter der keifenden Hellenen? Nun, sie sind in ihrem Kern halt wirkliche ... wir wollen nicht ausfallend werden. Das heißt: Wollen würden wir schon gern; das gehört sich aber nicht. Schade.

> Sehr anspruchsvoll: In der Athener Komödie sind die Deutschen Idiot und Bösewicht in einem

Der Athener Politik kommt die antideutsche Ablenkung von ihrem eigenen Versagen verständlicherweise gelegen, weshalb sie gern noch etwas nachhilft. Das macht sie außerordentlich geschickt: Neuerdings verbreiten die Demonstranten Parolen gegen die Deutsche Telekom. Die erhöht nämlich ihren Anteil am griechischen Anbieter OTE. In den Straßen von Athen halten sie Pappschilder hoch: „Ihr seid hire (sic!) nicht erwünscht!“ Hintergrund: Die Telekom würde auf die Erhöhung ihres OTE-Anteils liebend gern verzichten. Der Laden ist eine ökonomische Bruchbude, in der sich Unmengen unkündbarer griechischer Beamter tummeln. Doch die Deutschen sind per Vertrag verpflichtet, dem griechischen Staat dessen Restanteil abzukaufen, wenn der das will.

Es wäre Athen natürlich möglich, die Deutschen aus dieser in scheinbar besseren Tagen eingegangenen Verpflichtung zu entlassen, aber daran denken die natürlich gar nicht. So werden die Deutschen von den einen Griechen zur OTE-Übernahme gezwungen, wofür sie von anderen Griechen angepöbelt werden. Am liebsten möchte man die ganze Brut in einem riesigen Fass voll klebrigem Retsina ... Ja, ja – wir beruhigen uns ja schon wieder. Man kann es schließlich auch positiv sehen: Die klassische Komödie, die können die immer noch, die Griechen, wobei sie uns Deutschen einen durchaus anspruchsvollen Part zugeschrieben haben: Idiot und Bösewicht in einem. Das ist keine Nebenrolle, das ist nur was für große Künstler. Wir dürfen uns geschmeichelt fühlen. In den klassischen Stücken ist es übrigens nicht ungewöhnlich, dass jemand ins Reich der Toten, den Hades, eintaucht und von dort wieder zurückkehrt. Dementsprechend konnten die Hellenen nichts Verwerfliches daran finden, dass Tausenden von Toten weiter Rente gezahlt wurde. Die benötigen schließlich Taschengeld für ihre Ausflüge in die Welt der Lebenden.

Dass wir Deutsche uns darüber aufregen, wird dem Hass auf uns weitere Nahrung geben. Wir sehen schon die Schlagzeilen in der Athener Presse: „Die Deutschen wollen den Hades plündern!“

Und dann immer unser Gezeter, sie sollten endlich ihre Steuern zahlen! Kein vernünftiger Grieche tut das, und zwar mit gutem Grund: Alle paar Jahre verpflichtet der griechische Fiskus Unternehmer und Freiberufler zum Kauf eines Ablasses. Dafür werden Einkünfte und finanzielle Verhältnisse eingeschätzt und jeder entsprechend zur Kasse gebeten. Danach ist alle alte Steuerschuld erloschen.

Der Clou: Jeder muss den Ablass zahlen, auch der, der vorher jahrelang treu und redlich seine Steuern abgedrückt hat. Mit anderen Worten: Wer regulär Steuern zahlt, wird bestraft, wer sie gänzlich hinterzieht, der wird amnestiert. So stellen wir uns das Steuersystem eines „gescheiterten Staates“ am unteren Ende der Dritten Welt vor: Alle paar Jahre lässt der Oberhäuptling den Hut rumgehen und jeder schmeißt was rein. Da waren die Länder, die nicht nur geographisch zu Europa gehören, schon im elften Jahrhundert weiter mit ihrem „Zehnten“.

Wir sollten die Sache dennoch nicht dramatisieren. Gerade erst hat die „Troika“ aus Internationalem Währungsfonds, Europäischer Zentralbank und EU-Kommission ihren Bericht über Griechenland veröffentlicht. Ergebnis: Athen hat kein einziges der vor einem Jahr gesteckten Ziele auch nur annähernd erreicht. Was schließen die Unbestechlichen daraus? Na was wohl: Es ist alles auf bestem Wege. Man ist sehr zufrieden. Warum? Weil Griechenland fest versprochen hat, dass ab morgen alles anders wird. Haben sie uns das nicht schon vor einem Jahr versprochen? Ja, irgendwie schon, aber diesmal versprachen sie es noch viel, viel fester! Der optimistische „Troika“-Bericht hat sein solides Fundament weniger in griechischen Reform-Erfolgen als in dem Grundsatz, den Eurozonen-Chef Jean-Claude Juncker auf jenem sagenumwobenen Ministertreffen in Luxemburg ausrief: „Wenn es ernst wird, müssen wir eben lügen.“

Und es wird täglich ernster, auch für die deutsche Politik. Wie die Berliner Lokalpresse meldet, wird das Regierungsviertel zunehmend von wilden Tieren belagert. Ein Fuchs sei kürzlich durch den nahegelegenen Hauptbahnhof flaniert und ein aggressiver „Terror-Waschbär“ marodiere beim Schloss Bellevue. Die Viecher würden vor allem vom Müll angelockt.

Von dem produzieren sie im Regierungsviertel ja wahrlich jede Menge. Das Gesetz zur „Energiewende“ ist noch gar nicht in Tüten, da fault und muffelt es bereits wie drei Wochen altes Ehec-Gemüse. Die SPD hat den Gestank als erste bemerkt und schleicht sich leise von der Bühne der Verantwortlichen. Man sei ja ganz und gar dafür, aber nur unter der Bedingung, dass nichts schiefgeht.

Wobei sicher scheint, dass schon bald mehr als nur etwas schiefgehen wird. Die „Energiewende“ ist übersät mit den Keimen des absehbaren Debakels: Aussichtsreiche Klagen der Energieunternehmen hier, unabsehbare Strompreissprünge dort und mögliche Produktionsverlagerungen infolge zu hoher Energiekosten allerorten. Das Gesetz hätte aus Athen stammen können.

MEINUNGEN

*Der DDR-Bürgerrechtler und Vize-Chef der CDU/CSU-Fraktion im Bundestag **Arnold Vaatz** sagte im „Focus“ (online) über den **evangelischen Kirchentag**:*

„Der Kirchentag ist fast eine rein grüne Veranstaltung. Meinungen, die dem rot-grünen Milieu fremd sind, werden in der evangelischen Kirche immer mehr stigmatisiert.“

*Der **britische Historiker Peter Watson** hat mit seinem 2010 erschienenen Werk **„Der deutsche Genius“** in der angelsächsischen Welt große Aufmerksamkeit erzielt. Der „Jungen Freiheit“ (3. Juni) verriet Watson, was jenen Genius seiner Meinung nach ausmacht:*

„Wenn ich über den deutschen Genius spreche, dann meine ich damit nicht etwas Mythisches oder etwas Genetisches, sondern die Art und Weise, wie die Deutschen sich organisieren. Ihr Deutschen organisiert euch bis heute auf ganz andere Art und Weise als der Rest der Welt.“

Sei's drum!

*Gemutmaßte Gurken
sind doch keine Schurken
– so scheint es zur Zeit –
und samt den Iberern,
den Schuldenvermehrern,
vom Vorwurf befreit.*

*Ja, was man berichtet,
ist manchmal erdichtet,
denn wenn es pressiert
und drum man sich sputet
wird das, was vermutet,
als Fakt publiziert.*

*Trotz Reizüberflutung
wär' Unschuldsvermutung
zwar vorher nicht schlecht,
von Klagegesängen
bleibt trotzdem was hängen –
zuweilen zu Recht!*

*Dann wurde geschlossen,
auf keimende Sprossen,
auf deutsche sogar –
weshalb was zu reimen
zu Risken in Keimen,
noch einfacher war:*

*Es brauchen Erreger
halt meist Überträger,
denn selbst sind sie lahm,
auch Dinkel und Bohne
sind folglich nicht ohne –
ist das nicht infam?*

*Und macht's nicht psychotisch,
was teils symbiotisch,
teils parasitär
in Mägen und Därmen
sich tummelt in Schwärmen
wie Plankton im Meer?*

*Doch gleichfalls daneben,
das hat sich ergeben,
ist Sprossenverdacht,
der Biokost-Mahnern
und mehr noch Veganern
Frustrierung gebracht.*

*Viel Zeit ging verloren,
und wir sind als Toren
so klug wie bisher –
es ist das Mutieren,
wie wohl wir kapieren,
halt recht arbiträr!*

*Nach solchen Rankünen
keimt sicher bei Grünen
und Roten der Schluss,
dass mangels Erklärung
man auch die Ernährung
verstaatlichen muss.*

*Doch ich kann nur schließen:
Geht Braten genießen
und grübelt nicht bang –
die Welt voll Neurosen,
die steht laut Prognosen
ja eh nimmer lang!*

Pannonicus